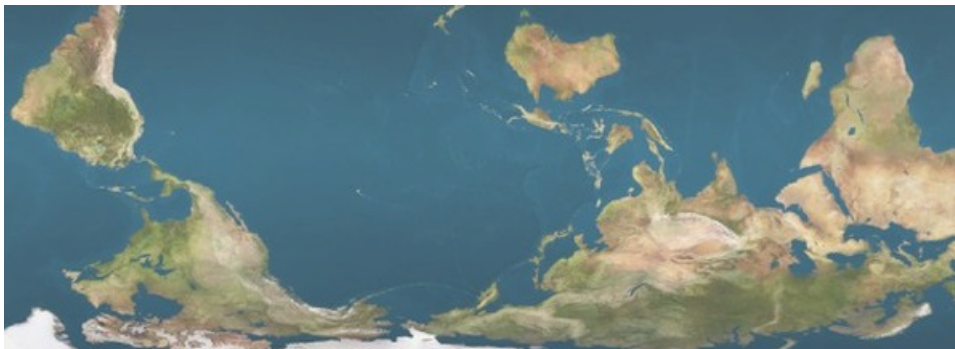


Linke EU- und Europakritik

Ausgabe Nr. 39, 05. April 2016



Manche meinen, es brauche ein anderes Europa, ein *erneuertes* Europa, das *diesem* Europa entgegensteht, ein Europa von unten. Doch kann es ein solches überhaupt geben? Und ist das überhaupt erstrebenswert? War nicht Europa von Beginn an ein exklusives und imperialistisches Projekt, und sind somit nicht alle Versuche, dieses Europa zu transformieren, im Kern schon falsch ausgerichtet?

Für eine grundsätzliche EU-Kritik von links bieten die aktuellen Entwicklungen prinzipiell genügend Anknüpfungspunkte. Die Europäische Union und ihre demokratische Ideologie befinden sich in einer grundlegenden Krise. Dies wird unter anderem am Umgang mit Griechenland deutlich: Die deutsche Bundesregierung hat in einem offen autoritären Akt die sozialdemokratische Syriza-Regierung in Griechenland zu einem unsäglichem Sparkurs zu Lasten der prekarierten Bevölkerung erpresst – und kam damit durch. Auch in der Türkei zeigt sich die vermeintlich demokratische Interessenspolitik der EU aktuell in Höchstform: Recep Tayyip Erdoğan soll für Milliardenbeträge die Grenzen zu Syrien sichern und fliehende Menschen davon abhalten, Europa zu erreichen. Dabei wird über den Bürgerkrieg gegen die kurdische Bevölkerung, die Repression und Verfolgung linker Strukturen und Oppositioneller und den militärischen Ausbau des totalitären türkischen Staatsapparats eilig der Mantel des Schweigens geworfen – oder anders ausgedrückt: des Bedauerns ob der Unabänderlichkeit aufgrund beidseitiger Interessenslagen.

Für uns ist deutlich: Dieses Europa gibt vor, das Leben der Menschen zu verbessern. Doch es ist im Kern ein Klassenprojekt von oben, welches die Ungleichheit zwischen Zentrum und Peripherie innerhalb seiner Grenzen aufrecht erhält. Dieses Europa gibt vor, demokratisch zu sein. Doch die Union des Kapitals, insbesondere die von nationalen Interessen dominierte, duldet keinen Widerspruch. Dieses Europa gibt vor, ein Friedensprojekt zu sein. Doch es externalisiert den Krieg nach außen und mischt weltpolitisch kräftig mit. Dieses Europa gibt vor, ein Vorreiter der offenen Grenzen zu sein. Doch es versucht permanent, die Bewegungsfreiheit der Menschen zu kontrollieren und schottet seine Grenzen nach außen ab. Dieses Europa gibt vor, ein fortschrittliches Projekt zu sein. Doch es baut auf kolonialen Herrschaftsverhältnissen auf, die immer noch bis weit in die Gegenwart hineinreichen.

Trotzdem zeigte das Jahr 2015, dass Migrationsbewegungen immer wieder vermeintlich unüberwindbare Grenzen ins Wanken bringen können und für Situationen sorgen, welche die Herrschenden dazu zwingen, diese immer wieder neu unter Kontrolle zu bringen. Die vergangenen Monate machten uns aber auch klar, dass es an linken Konzepten in einer Umbruchsituation fehlt. Es mangelt uns nicht nur an anschlussfähigen Alternativen, sondern auch an Ansätzen, eine grundlegende linke Kritik an der EU und Europa zu formulieren. Die Kritik an der mangelnden Demokratie der EU darf allerdings nicht den rechten Kräften überlassen bleiben. Dass eine linke

Alternative zu den bestehenden Verhältnissen unsichtbar war und ist, liegt an uns. Wir haben uns daher in dieser Ausgabe diesem Thema gewidmet und greifen mit den Beiträgen vielfältige Dimensionen linker EU-Kritik auf.

Gleichzeitig ist diese Ausgabe auch eine Jubiläumsausgabe für kritisch-lesen.de: Wir feiern unseren fünften Geburtstag! Das sind fünf Jahre Gegenöffentlichkeit mit dem Versuch, linke Positionen sichtbar und zugänglich zu machen. Die (Produktions-)Bedingungen auf dem linken Buchmarkt haben sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert, und viele interessante und kritische Veröffentlichungen bleiben unbemerkt. Umso unerlässlicher ist es gerade heute, die aktuellen Debatten nicht kampflos anderen Kräften zu überlassen. Wir bleiben dran, lassen nicht nach und hoffen, dass sich auch in Zukunft unsere Leser_innen, Autor_innen und Genoss_innen gemeinsam mit uns der Aufgabe stellen, hier und da einzugreifen, Breschen zu schlagen und Aussichten zu schaffen.

Und um es zu diesem Anlass ordentlich krachen zu lassen, haben wir frisch dekoriert und unsere Seite neu gestaltet. Damit sagen wir danke an alle Leser_innen und Autor_innen und alle Unterstützer_innen. Und machen klar: wir bleiben am Ball!

Viel Spaß beim kritischen Lesen!

Arbeitskampf im Interesse Aller



Gespräch mit Elena Rossi über migrantische Kämpfe in Berlin.

Federica Fermo sprach für kritisch-lesen.de mit Elena Rossi von den Berlin Migrant Strikers über die Rolle des Netzwerks in der Organisation von migrantischen Arbeiter_innen und die Möglichkeiten des Widerstands gegen Ausbeutung. Die Berlin Migrant Strikers sind ein Kollektiv, das vor knapp anderthalb Jahren gegründet wurde und dessen Aktivist_innen aus Italien kommen.

kritisch-lesen.de: Kannst du euch und eure Organisation kurz vorstellen?

Elena Rossi: Wir kommen aus unterschiedlichen Kontexten und haben uns entschlossen, unser politisches und soziales Potenzial in unserer neuen Situation als Migrantinnen und Migranten zusammenzutragen. Wir versuchen, eine neue Praxis zu schaffen, die auf Mutualismus, also Gegenseitigkeit, Kooperation und Solidarität basiert und in der wir als politisch aktive Subjekte wahrgenommen werden. Wir haben mit einem Kit für die Selbstverteidigung auf dem Arbeitsplatz begonnen und haben das vor bestimmten Läden plakatiert. Dann haben wir Filmabende mit Volksküchen und Diskussionen zum Thema Migration veranstaltet. Irgendwann wurden wir immer mehr Menschen und haben uns entschlossen, ein politisches Manifest zu schreiben. Wir wollten uns an den Kämpfen hier beteiligen, Teil des Ganzen sein. In unseren Heimatstädten haben wir schon immer Politik gemacht, wir wollten den Kampf nicht aufgeben.

KL: Weshalb seid ihr nach Deutschland gekommen?

ER: Wir haben Italien aus unterschiedlichen Gründen verlassen. Diese sind schwer zu verallgemeinern, man müsste die Geschichte jedes Einzelnen erzählen. Wir begreifen uns nicht als typische Krisenmigranten, dennoch ist Arbeit ein wichtiger Faktor. Auch wenn man nicht an das Märchen glaubt, Deutschland sei das Paradies und der Motor Europas: In dem Moment, in dem man weggehen muss, um einen Job zu finden, sucht man sich einen Ort, der einem eine Perspektive gibt, an dem man sich, wenn auch nur ansatzweise, frei fühlen kann. In den kleinen Provinzstädten in Italien ist die Atmosphäre erdrückend. Es gibt nichts, was eine Perspektive schafft, und keinen Raum, etwas zu verändern, auch nicht in der radikalen Linken. Das Thema Perspektive ist also eines, das uns verbindet. Fast alle Migrantinnen und Migranten, die wir in Berlin kennengelernt haben, haben ein Projekt, eine Idee. Wenn ich mich aus Arbeitsgründen entschlossen hätte auszuwandern, wäre ich sicher nicht nach Berlin gezogen. Aber Berlin ist eine Stadt, in der wirklich viele unterschiedliche Gemeinschaften und Nationalitäten zusammenleben. Es könnte die Stadt sein, von der aus man den Funken zünden kann.

KL: Welche politische Heimat habt ihr?

ER: Wir sind ein heterogenes Kollektiv. Die Zusammenführung unterschiedlicher politischen Praktiken und Positionen ist eines unserer Ziele. Wir haben es geschafft, interne Widersprüche zu überwinden und an einem Tisch mit Leuten zu sitzen, mit denen wir in Italien kaum gesprochen hätten. Viele von uns waren in Italien organisiert, manche Leute haben auch erst hier angefangen, politisch aktiv zu werden.

KL: Wie ist eure Arbeitssituation hier - und was hat sich durch eure Organisation verändert?

ER: Wir arbeiten fast alle in der Gastronomie - auch aus politischen Gründen. Wir versuchen, etwas anderes auf die Beine zu stellen. Etwas, das auf Selbstorganisation und gleichberechtigtem Anteil am Profit basiert. Die Basis für unsere Analysen sind die Konzepte von „smart community“

und „sharing economy“. Einige von uns treiben die Idee voran, sowohl eine selbstorganisierte politische Gruppe zu sein als auch eine Gruppe von Menschen, die sich ökonomisch wechselseitig unterstützen. Das ist noch nicht Teil unserer politischen Grundsätze, aber wir arbeiten daran.

KL: Kannst du uns Beispiele eurer politischen Arbeit geben?

ER: Unsere politische Arbeit fokussiert die Rechte der Arbeiter und Migranten, worunter wir auch den Zugang zu sozialen Leistungen fassen. Der Standard deutscher Staatsbürger sollte für alle gelten. Jede Woche machen wir Sozialberatung. Die Probleme, die wir durch diese Arbeit mitbekommen haben, waren Auslöser für eine zielgerichtete Kampagne gegen die Ausbeutung in der Berliner Gastronomie. Diese ist ein Wirtschaftssektor, der jährlich Millionen Euro Umsatz schafft, und oft basieren die Profite auf Ausbeutung. Es handelt sich meist um Saisonarbeiter, die es nicht schaffen, sich zu integrieren. Denn wenn du zwölf Stunden am Tag arbeitest, hast du nicht die Möglichkeit, zur Schule zu gehen und die Sprache zu lernen. Du bleibst dann in diesem ausbeutenden System gefangen. Wir organisieren Streikposten, versuchen, politischen Druck zu erzeugen, Menschen fernab des Arbeitsplatzes zu organisieren, bestimmte Vorfälle öffentlich zu machen. Ein anderes wichtiges Thema ist für uns die Nicht-Arbeit. Vielen von uns fällt es schwer, staatliche Sozialleistungen nicht als Almosen zu betrachten, sondern als ein Recht. Zudem haben wir angefangen, uns mit der Wohnproblematik auseinanderzusetzen. Es ist ein zentrales Problem: Wenn du keine Anmeldung hast, bekommst du keinen rechtsgültigen Mietvertrag, wenn du keine Arbeit hast, kannst du keine Wohnung finden, wenn du keine Wohnung hast, kannst du dich nicht anmelden. Hier beißt sich der Hund in den Schwanz.

KL: Unter welchen Bedingungen führt ihr die Arbeitskämpfe hier durch?

ER: Es ist ein anderes Land, mit anderen Gesetzen, einer anderen Bürokratie. Das waren keine einfachen Startbedingungen. Wir mussten erst einmal damit klarkommen, dass hier nicht jeder einen Tarifkonflikt führen kann. In Italien läuft das Ganze nämlich etwas anders. Man muss keine eingetragene Gewerkschaft sein, um die Arbeiter zu organisieren. Wir sind keine Gewerkschaft, wir wollen auch keine werden. Wir konzentrieren uns mehr auf die politischen Kampagnen. Die Sprache ist ein anderes großes Problem, nicht nur für die einzelne Arbeiterin, sondern auch für das politische Kollektiv. Du musst die Sprache können, um an bestimmte Informationen zu kommen, die es dir ermöglichen, bestimmte Kämpfe zu führen. In diesem Sinne ist die Arbeit der Beratung für die Weitergabe von Informationen bereits eine Art Kampf. Es klingt banal, ist aber sehr wichtig: Wenn du nichts weißt, kannst du auch nichts machen.

KL: Seid ihr von Diskriminierung betroffen?

ER: Die ersten Fälle von Diskriminierung hatten wir erst vor kurzer Zeit, sie betrafen in Gewerkschaften organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter. Es ist normal, dass du dich angreifbar machst, wenn du als Gewerkschafter die Entscheidung triffst, nicht mehr alles zu akzeptieren und auch Kollegen dazu ermunterst. Ich würde das aber nicht als Diskriminierung bezeichnen, sondern als politische Repression. Die Diskriminierung spüren wir eher bei der Wohnungssuche.

KL: Seid ihr im Austausch mit Menschen aus anderen „Krisenländern“?

ER: Wir versuchen es, das ist jedoch nicht einfach. Viele kommen aus südeuropäischen Ländern, aber unsere politischen Traditionen und die Situationen in unseren Herkunftsländern sind sehr unterschiedlich. Mit den spanischen Genossen arbeiten wir immer wieder zusammen. Das ist möglich, weil wir ähnliche politische Arbeit leisten, etwa die Sozialberatung. Auch die Verknüpfung von Politischem und Sozialem ist bei uns ähnlich. Die Gemeinsamkeit, „Migrant“ zu sein, beeinflusst stark die politische Arbeit und die Felder, die man dabei fokussiert. Eines der Dinge, die uns am besten gelungen sind und die durch die Zusammenarbeit mit den Leuten aus Spanien zustande kam, war die Organisation eines migrantischen Blocks auf der Kreuzberger Gay Pride. Unser Block war einer der größten. Das zeigt noch einmal, dass man nicht immer aus ökonomischen Gründen flieht.

KL: Wie ist eure Einschätzung der gemeinsamen Klassenkämpfe - sind diese überhaupt möglich?

ER: Das Problem ist sehr einfach: Wenn eine Migrantin für die Hälfte des Geldes und der Rechte ein Jobangebot annimmt, wirst du keine Arbeit mehr finden. Denn es wird immer eine Migrantin geben, die einen Job für weniger Lohn und unter schlechteren Arbeitsbedingungen macht. Wenn dir diese Konditionen als Migrantin aufgezwungen werden, kannst du dich nicht dagegen wehren, weil dir die nötigen Informationen und Mittel fehlen. So werden Ausbeutungshierarchien reproduziert, und die Mächtigen können weiterhin einen Krieg zwischen den Armen anheizen. Davon können wiederum rechte Populisten profitieren. Um diese Hierarchien zu unterwandern, muss uns klar werden, dass es nicht immer um Solidarität geht, sondern auch um das eigene Interesse: Es ist im Interesse nicht migrantischer Arbeiter, dass alle den gleichen Lohn bekommen. Man muss das Bewusstsein schaffen, dass der Mensch, der neben dir sitzt oder steht, gerne für den gleichen Lohn arbeiten würde. Er arbeitet nicht freiwillig für weniger Lohn, sondern weil er dazu gezwungen ist. Der Kampf der Migrantinnen und Migranten ist der Kampf von allen. Wer das versteht, begreift, dass es nicht darum geht, dass jemand immer jemand anderem etwas wegnimmt. Die spanischen Genossen haben eine erfolgreiche Kampagne zum Thema gleicher Lohn für alle im Pflegedienst durchgeführt. Konkrete Arbeit ist sehr wichtig, denn wir können reden, so viel wir wollen, wenn du nie gewinnst und den Leuten kein erfolgreiches Modell anbieten kannst, schaffst du es nicht, sie auf deine Seite zu ziehen.

KL: Welche Rolle haben Gewerkschaften?

ER: Die Gewerkschaften spielen in Deutschland eine unglaublich wichtige Rolle. Gesetzlich betrachtet sind sie ja die Einzigen, die einen Tarifkonflikt führen können. Man braucht sie, um legalen Druck aufbauen und Widerstand leisten zu können. An erster Stelle muss man gegen die Vorurteile der Migranten arbeiten. Viele lehnen halbstaatliche Strukturen generell ab, denn in unseren politischen Traditionen spielen kleine und selbstorganisierte Gewerkschaften eine viel bedeutendere Rolle. Das wichtigere Problem hier ist ein anderes: Wir müssen die bestehenden Strukturen modernisieren und akzeptieren, dass die Gewerkschaften gerade eine Krise durchmachen. Und die Arbeiterklasse, die größte Klasse, die es gibt, ist schwer zu fassen. Man muss sie wieder aufbauen, ihr eine neue Bedeutung geben. Sie hat einen anderen historischen Hintergrund, und es braucht neue Instrumente für ihre Analyse. Man muss neue Akteure mit einbeziehen: zum Beispiel prekäre Arbeiterinnen, Schwarzarbeiter, Arbeitslose, falsche Selbstständige. Es muss gelingen, diese ganzen kleinen Teile zusammenzubringen und dem Konzept Streik eine neue Bedeutung zu geben. Wir sind eine unglaublich große Klasse mit einem sehr großen Sabotagepotenzial. Es bringt nichts, den Arbeitskampf als isolierten Kampf zu betrachten. Wir müssen ihn mit allen anderen sozialen Themen verbinden und versuchen, dieser Klasse wieder ein Selbstbewusstsein zu geben.

KL: Wo gibt es Anknüpfungspunkte für weitere Kämpfe? Und wie können linke Strukturen sich stärker solidarisch zeigen?

ER: Das, was hier häufig unter Solidarität verstanden wird, sehen wir kritisch. Wir stießen auf dieses Problem, als wir anfangen, mit deutschen Gruppen zusammenzuarbeiten. Wir brauchen nicht jemanden, der mit uns solidarisch ist. Wir brauchen Menschen, die verstehen, dass unser Kampf auch ihr Kampf ist, ein Kampf, den wir gemeinsam führen müssen. Das ist in den Flüchtlingskämpfen sehr ähnlich: Es geht nicht darum, für Flüchtlinge zu kämpfen, sondern darum, mit ihnen zu kämpfen. Wenn man das nicht versteht, reproduziert man die Logik der strukturellen Spaltungen. So bleiben wir in den Kategorien „Deutscher“, „Migrant erster Klasse“ und „Migrant zweiter Klasse“ verhaftet und denken, wir seien zwar solidarisch, das Problem habe aber nichts mit uns selbst zu tun.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: Arbeitskampf im Interesse Aller. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1329>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Griechenland: eine deutsche Schuldenkolonie?



Essay von Margarita Tsomou

Eine neue (postkoloniale) Lesart der griechischen Krise. Oder: Wie aus Griechenland ein neokoloniales Protektorat wurde, und was dies für die dortige und europäische Demokratie bedeutet.

Essay von [Margarita Tsomou](#)

Nach dem 13. Juli vergangenen Jahres waren sich viele einig: Die Art und Weise, wie der griechische Regierungschef Alexis Tsipras gezwungen wurde, das dritte Memorandum zu unterschreiben, glich einem Staatsstreich. Der Hashtag #Thisisacoup ging um die Welt. Das Augustheft des unabhängigen griechischen Politmagazins „Unfollow“ titelte zugespitzt: „In Kolonien braucht es keinen Staatsstreich.“ Griechenland, so sagte man auch andernorts, sei zu einer Schuldenkolonie oder einem Schuldenprotektorat degradiert worden (Bülow/Troost/Paus 2015, Schumann 2015). Mittlerweile scheint sich die Aufregung gelegt zu haben. Es heißt, nach den Wahlen im September 2015 befinde sich Griechenland in einer neuen Phase der Konsolidierung und Stabilität.

Es soll nun endlich Ruhe und Normalität einkehren im Land, das seit 2010 durch permanente politische Turbulenzen geplagt war: In den vergangenen sieben Jahren erlebte Griechenland vier Wahlgänge, ein Referendum, sechs Regierungsbildungen, unzählige Generalstreiks und Protestbewegungen. Das frühere politische Establishment ist delegitimiert. Die einst etablierten Parteien der Mitte, auf die sich vor 2010 noch 85 Prozent der Stimmen konzentrierten, schaffen es heute nicht mal mehr auf 35 Prozent. Eine ganze Reihe von neuen Parteien wurde gegründet, wovon viele wieder innerhalb von kurzer Zeit von der Bildfläche verschwanden; und jede bisherige Regierungskonstellation, die versucht hat, das Memorandum durchzusetzen, ist vor dem Ablauf der Legislaturperiode gefallen. Dieses Mal scheint gelungen, was seit Jahren unmöglich schien: die Unterschrift des griechischen Souveräns – die Zustimmung der Bürger_innen für die Umsetzung des Troika-Programms und damit eine demokratische Legitimation dafür – zu erhalten.

Doch zum Troika-Programm gab es nicht gerade viele Alternativen. Der OXI-Wähler und griechische Blogger Kostas Terzis (2015) kommentierte, dass die Wahlen nicht nötig gewesen seien. Die EU habe unmissverständlich klargemacht, dass es zum Programm keine Alternative gäbe, unabhängig davon, was gewählt würde. Schließlich wurde Tsipras durch die systematische finanzielle Strangulierung, durch das Abdrehen des Liquiditätshahns seitens der Europäischen Zentralbank (EZB), dazu gezwungen, das Memorandum im Eilverfahren per Dekret noch vor den Wahlen durch das Parlament zu jagen. Die Wahlen im September hätten der Illusion einer existierenden Demokratie in Griechenland und in der EU genutzt. Andere Beobachter_innen meinten, es war ein Bilderbuchbeispiel des postdemokratischen Paradigmas, da hier der Souverän erst eingeschaltet wurde, nachdem im August der politische Rahmen mit den wichtigsten Richtlinien der Haushalts-, Fiskal- und Justizpolitik bereits festgesetzt worden war.

Es scheint nicht weit hergeholt, Griechenland als Protektorat oder Schuldenkolonie zu bezeichnen.

Zwar werden die Worte gerne benutzt, selten aber wird ihre analytische Gültigkeit überprüft. Was ist nun aber eine Schuldenkolonie, und trifft diese Bezeichnung überhaupt auf Griechenland zu?

Neokolonialismus, Schulden und Strukturanpassungsprogramme

Der Themenkomplex Schulden, Postdemokratie und Neokolonialismus ist außerhalb Europas nicht neu. Vor allem für diejenigen, die sich mit den Entschuldungskampagnen des Globalen Südens beschäftigen, ist er ein alter Hut.

Was sagen Kommentator_innen, die aus einer postkolonialen Perspektive auf Europa schauen? Hier findet sich zunächst das Argument, dass Europa und Griechenland viel mehr mit dem Globalen Süden gemeinsam hätten, als sie willig seien zuzugeben. So schreibt Ranabir Samaddar (2015): „Ein europäisches Land als Kolonie zu bezeichnen ist beleidigend. Kolonialismus und ein post-koloniales Schicksal ist anderen bestimmt: Ländern, Nationen und Menschen außerhalb der nördlich-europäischen Welt.“ (übersetzt durch Redaktion) Er argumentiert weiter: Europa wird mit Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie verbunden, und es scheint unvorstellbar, dass dieser Rahmen langfristig verlassen werden könnte.

Die Kommentator_innen aus dem Globalen Süden werfen in dieser Annahme einen „europäischen Ausnahmefall“ („european exceptionalism“, übersetzt durch Redaktion) auf, den sie für einen unbegründeten Mythos halten. Davon spricht zum Beispiel Jayati Ghosh, Professorin am Zentrum für ökonomische Studien an der Jawaharlal-Nehru-Universität in Neu Delhi, Indien. Ghosh (2015) argumentiert, dass die Schuldenkrise der europäischen Peripherie alles andere als neu oder ein Ausnahmeunfall in der europäischen Geschichte sei, sondern einem bereits vorgeschriebenen Skript folge: Dabei reihe sich Griechenland in die lange Liste der überschuldeten Länder der Peripherie des Westens ein, die sich durch ein neokoloniales Verhältnis zu ihren Gläubigern auszeichnen. Was ist damit gemeint?

Neokolonialismus ist ein Begriff der Postcolonial Studies und meint eine geopolitische Praxis, die ökonomische Mechanismen, globalisierte Unternehmen, aber auch transnationale ökonomische Regulationsinstitutionen wie WTO, IWF, Weltbank nutzt, um die Politik von Ländern zu beeinflussen, anstatt – wie etwa im Kolonialismus – sie direkter militärischer Kontrolle zu unterziehen. Den Begriff schöpfte der von 1960 bis 1964 amtierende ghanaische Präsident Kwame Nkrumah. Nkrumah (1965) fasst Neokolonialismus wie folgt zusammen:

„Die Essenz des Neokolonialismus ist, dass der Staat, um den es geht, theoretisch unabhängig erscheint und das gesamte Drumherum einer internationalen Souveränität nach außen präsentiert. Real werden jedoch seine wirtschaftlichen und damit auch seine politischen Entscheidungen von außen gelenkt.“ (übersetzt durch Redaktion)

In Jean-Paul Sartres „Kolonialismus und Neukolonialismus“ (1964) oder auch in Frantz Fanons „Die Verdammten dieser Erde“ (2015) wird der Begriff im Kontext der These verwendet, dass trotz der Prozesse der Dekolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg die ehemaligen Kolonialmächte oft die Kontrolle über die alten Kolonien nicht aufgegeben haben. Vielmehr behielten sie sich durch eine dominante ökonomische Präsenz in Handel, Finanzen, aber auch in der Exploration natürlicher Ressourcen einen bedeutenden Einfluss in der Politik der entsprechenden Länder bei.

Einer der wichtigsten Mechanismen für die Herstellung dieser neokolonialen Abhängigkeit ohne militärischen Eingriff ist natürlich die Verschuldung. David Graeber (2012) hat gezeigt, wie Schulden stets ein Herrschaftsinstrument zwischen Nationen waren und das Recht auf politische Kontrolle der Gläubiger legitimierten und begründeten. Offensichtlich wurde das in den Schuldenkrisen des Globalen Südens in 1970ern und 1980ern, als Asien oder Lateinamerika von Weltbank und IWF Kredite gegeben wurden, die an politische Reformbedingungen geknüpft

waren. Sicherlich ist Griechenlands Abhängigkeitsverhältnis mit diesen Fällen eher vergleichbar als mit den Ländern der ehemaligen Kolonien wie zum Beispiel Ghana, Kongo oder Burkina Faso.

Die Logik ist bekannt: Ökonomisch schwache Länder sind zur Aufnahme von Schulden gezwungen, die Kreditvergabe ist dabei an Strukturanpassungsprogramme gebunden. Es sind Programme zur kompletten Umstrukturierung von Ökonomie und Gesellschaft. Sie betreffen Regelungen zu fiskal-, geld- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten, die Forderung zur Reduktion von Staatsausgaben, Fragen von Steuern und Subventionen, die Anzahl von Staatsbediensteten bis zur Festsetzung des Lohnniveaus. Dazu kommen die Privatisierung von Staatsunternehmen und -eigentum, die Erleichterung von ausländischen Investitionen sowie die Deregulierung von Märkten. Diese Maßnahmen werden eingeführt von Gläubigerstaaten im Schulterschluss mit intergouvernementalen Institutionen, die jenseits parlamentarischer Kontrolle sind: etwa dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der World Trade Organisation (WTO), früher der OECD oder unabhängigen Notenbanken.

Die Parallelen zu Griechenlands Memorandumvertrag vom 13. Juli 2015 sind offensichtlich. Die Bedingungen für die weitere Schuldenvergabe an Griechenland waren auch gebunden an die Festsetzung des Mindestlohns, der Mehrwertsteuer und der Unternehmenssteuern, die Bestimmung des Rentenniveaus und Renteneintrittsalters, den Eingriff in Arbeitsrechte oder an die Privatisierung von Staatseigentum wie zum Beispiel den Verkauf von 14 gewinnbringenden Flughäfen an Fraport.

Das Machtzentrum Europas

Der entscheidende Unterschied zu außereuropäischen Staaten ist, dass Griechenland selbst Teil des Körpers ist, zu dem sich ein ökonomisches neokoloniales Abhängigkeitsverhältnis entwickelt hat. Zudem stellt sich die Frage des „Ortes der Macht“ deutlich anders als bei den traditionellen kolonialen Verhältnissen: Es gibt keinen offensichtlichen feindlichen „Fremdstaat“, sondern ein multilaterales Netz von EU-Institutionen, Finanzakteuren, EU-Bürokraten und Regierungen mit unterschiedlich starkem Mitspracherecht.

Anders als gemeinhin behauptet, leben wir nicht in einem Europa ohne Zentrum, das auf der Basis der Gleichberechtigung aller Partner agiert. Spätestens seit der Finanzkrise 2008 sind Hierarchisierungen zwischen den europäischen Ländern entstanden, die auf dem Verhältnis von Gläubiger versus Schuldner beruhen. Dies liegt im Kern an einer Entwicklung, die Joseph Vogl (2015) in seinem Buch „Souveränitätseffekte“ den schrittweisen Übergang in einen „ökonomischen Souveränismus“ in der EU genannt hat: den systematischen Transfer von Machtkompetenzen von den legislativen Organen und Parlamenten hin zu unabhängigen Akteuren der Wirtschafts- und Finanzwelt.

Vogl hat diese Mechanismen des Demokratieabbaus im Zuge einer Ökonomisierung von heutigen Regierungspraktiken beispielhaft beschrieben. Er konstatiert einen neuen Regierungsstil, der Entscheidungskompetenzen in einem Netz zwischen Staatsorganen, internationalen Organisationen, improvisierten Expertengremien, Notenbanken und Privatunternehmen verteilt. Die Regierungsagent_innen haben die Rechte und Kompetenzen inne, souveränen Staaten ökonomische Richtlinien hinsichtlich etwa ihrer Geldpolitik und Preisstabilität zu verordnen. In Europa besteht das Netz etwa aus der EZB, der Troika, der Eurogruppe oder dem Rat für Wirtschaft und Finanzen (Ecofin). Dieser Machttransfer in eine "Souveränität eigener Ordnung“, wie Vogl es ausdrückt, lässt sich anhand der Unabhängigkeit der Zentralbanken zeigen. Das Gremium muss unabhängig sein von „an einer Wiederwahl interessierten politischen Mandatsträger(n)“ (ebd., S. 182), es muss immun „gegen die Dynamik kurzfristiger Zustimmung politischer Kräfte“ (ebd.) und autonom von Verfassungs- und Regierungsorganen sein.

Ihre politische Macht hat die EZB im Zuge der Verhandlungen der griechischen Regierung mit der

Troika eindrucksvoll gezeigt: Die griechische Regierung hat seit Amtsantritt mit der finanziellen Strangulierung durch die EZB zu schaffen, und es war letztlich das stufenweise Abdrehen der Liquidität, die die Kapitulation von Tsipras erzwang. Die EZB hörte sofort nach dem Antritt der Syriza-Regierung auf, griechische Staatsanleihen zu kaufen, woraufhin nur die Notfall-Liquiditätshilfen (ELA) eingeschaltet wurden. Um den Druck zu erhöhen, wurden nach Ankündigung des Referendums die ELA eingefroren und Kapitalverkehrskontrollen erzwungen. Ohne die Bereitstellung von Liquidität musste Tsipras einlenken, und zwar unter allen Umständen.

Der Ort des Souveräns ist damit verschoben, so könnte man mit Vogl folgern, die nationalen Parlamente haben ihre Rechte an transnationale intergouvernementale Finanzinstitutionen abgetreten. So ist Europa weniger von legislativem und Souveränitätsrecht geleitet als vielmehr von den Dimensionen der Finanzwelt: von Wirtschaftspolitik, Stabilitätskriterien und Wettbewerbslogik. Und in so einem Europa ist die politische Gleichberechtigung zweitrangig. Die Bedeutung des Mitspracherechts der jeweiligen EU-Partner wird an seiner wirtschaftlichen Leistung gemessen. Das Wort derjenigen, die die Stabilitätskriterien am optimalsten erfüllen, die gute Außenhandelsbilanzen, gute Überschüsse erzielen, gute Ratingagentur-Noten erhalten, wiegt mehr als das der anderen.

Und wer hat die besten Noten, und wessen Wort wiegt dementsprechend schwer? Es ist Deutschland. Das Primat Deutschlands in der EU geht einerseits informell vonstatten. Ulrich Beck, einer der größten Verfechter der europäischen Idee, hat kurz vor seinem Tod das Buch „Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise“ (2012) geschrieben. Darin nennt er Deutschland – in Anlehnung an Max Weber – einen „empire state“. Deutschland habe als größter Kreditgeber unter dem Druck der Krise neue Macht erlangt. Deutsche Politik könne Austeritätspolitik gegen multilaterale Verpflichtungen durchsetzen, ohne formell dazu befugt zu sein.

Doch darüber hinaus existiert Deutschlands Primat auch formell. Der Außenminister der jetzigen griechischen Syriza-ANEL-Regierung, Nikos Kotzias (2013), spricht davon, dass die EU die Wirtschaftskultur Deutschlands übernommen habe. Viele der EU-Institutionen sind nach deutschem Beispiel konstruiert worden – allen voran die EZB, die nach dem Beispiel der Bundesbank konzipiert wurde. Deutschland ist das Vorbild und exportiert Wirtschaftspolitik – sei es bei der Implementierung der Schuldenbremse, der unter dem Druck von Deutschland festgelegten Stabilitätskriterien oder bei dem Modell Hartz IV, das Lohndumping und Deregulierung des Arbeitsmarkts fordert. Kotzias argumentiert, dass Deutschland dabei nicht nur eine Beratungsfunktion zukommt, sondern dass die Souveränitätsrechte seitens der Schuldnerstaaten und allen voran Griechenlands an Deutschland abgetreten worden sind – auch in Form von einem Recht der Kontrolle und Überwachung des anderen Staates.

Kotzias beschreibt, wie über die Memoranden ein ausdifferenziertes Kontroll- und Beaufsichtigungssystem über die griechische Politik etabliert worden ist. So schickte die Troika in den vergangenen Jahren eine große Gruppe von Beamten zur Kontrolle in alle Ministerien, die für den öffentlichen Bereich von Bedeutung waren. Bis aufs kleinste Detail mussten die Beamten über die griechische Wirtschaft informiert sein: Sie forderten Namenslisten der Entlassenen, Informationen über die Öffnungszeiten von Apotheken oder die Lizenzvergabe für Kosmetikstudios. Das dritte und aktuelle Memorandum ist an die bisher intensivste Beaufsichtigung europäischer Expertenkomitees gebunden.

Beaufsichtigung oder Kontrolle sind für Kotzias zentrale Charakteristika neokolonialer Dominanz. Deshalb sei Griechenland eine Schuldenkolonie: ein Land, dessen Souveränität drastisch eingeschränkt sei; ein Land, „bei dem die den Staat betreffenden Entscheidungen aus keinen eigenen internen legitimen Entscheidungsverfahren hervorgehen, wobei die inneren Institutionen eigentlich nur eingesetzt werden, um die von Dritten getroffenen Entscheidungen zu ratifizieren“, ein Land, in dem „starke Mächte wie der deutsche Staat, die Brüsseler Bürokratie und das

Finanzkapital eine strikte Aufsicht haben" und in seine internen Belange intervenieren (Kotzias 2015). Schließlich stünden die Wirtschaft und das Finanzsystem der Schuldenkolonie unter der Kontrolle von Drittmächten. Dabei werde das Wachstum der Wirtschaft der Schuldenkolonie auf eine Weise gefördert, die die Interessen der Drittmächte berücksichtige, aber nicht die eigenen Potenziale des verschuldeten Staates nutze. Man denke daran, dass die Veräußerung der Flughäfen an die deutsche Firma Fraport im Memorandum festgeschrieben wurde. In „Vorabmaßnahmen“ des Memorandums ist zudem festgelegt, dass jedes wichtige Gesetz erst mit den Gläubigern abgestimmt werden muss, bevor es ins Parlament kommt (SN 4070/15, in Varoufakis 2015).

Legitimation durch kulturelle Abwertung

Ulrich Beck bemängelt, dass dieses Verhältnis von Bevormundung und Abhängigkeit zwischen Griechenland, den EU-Institutionen und dem tonangebenden Mitglied Deutschland über Jahre kaum Empörung hervorgerufen hat. Teilweise, weil der neokoloniale Charakter verdeckt ist, aber vor allem, weil das Vorgehen in der Öffentlichkeit begründet und legitimiert wird. Die Legitimation basiert zum einen auf der verbreiteten Schuldenideologie, man denke an das Narrativ der schwäbischen Hausfrau. Zum anderen wird ein ideologisches Muster wirksam, das die Abwertung auf der Ebene des souveränen Rechts mit den kulturellen Eigenschaften der Gesamtheit der Südländer beziehungsweise der Gesamtheit der Griechen begründet.

Dieses Muster ist nicht neu: Es geht um die kulturelle Konstruktion von Kollektividentitäten und Volksmentalitäten der Südländer und Griechen, von Selbst- und Fremdbildern sowie von einem Wir-versus-Sie-Diskurs, der sich in den deutschen Medien fast flächendeckend als ernst zu nehmendes Argument durchgesetzt hat. Das ist im Kontext postkolonialer Diskurse hinreichend beschrieben worden. Edward Said spricht etwa in seinen berühmten Orientalismusstudien von der Konstruktion des Anderen (Said 1978).

Einer der Effekte der Klassifizierung als „Anderer“ ist die Abwertung, mit der legitimiert wird, dass „Andere“ unterdrückt, ausgeschlossen oder enthumanisiert werden. Zentral dabei ist die doppelte Wertung des Anderen: sowohl als minderwertigen Anderen, aber auch als bedrohenden Anderen, der im Sinne eines zivilisatorischen Projekts erzogen werden muss.

Im Fall der Eurokrise haben wir es mit einer ökonomistischen Variation der abwertenden kulturellen Konstruktion des Anderen zu tun.

In der Medienberichterstattung wurde die Krise zur Griechenlandkrise reduziert und mit Mentalitätsanalysen des griechischen „Volks-Charakters“ erklärt. Die Argumentation folgt geheimhin dem typischen Wir-Sie-Schema. Die konstruierten Anderen sind eine homogene Gruppe von „Griechen an sich“. Sie sind unfähig, untüchtig, unvernünftig, unprofessionell, unaufrichtig, Betrüger, Trickser und eine Bedrohung für Deutschland und das gesamte Europa. Letztgenannter Aspekt zeigt, dass das „Wir“ nicht zwingend ein deutsches „Wir“ ist, sondern auch ein „europäische Wir“ sein kann. Exemplarisch dafür ist ein Beitrag in der Tageszeitung Die Welt, in dem „historisch bewiesen wurde, dass die Griechen schon einmal Europa zerstört haben“ (Seewald 2015) – und dass sie eigentlich weniger europäischer, sondern türkischer oder slawischer Abstammung seien.

Wir – die Deutschen

Schließlich produziert das negative Bild des „Anderen“ als Kehrseite eine konstruierte, eigene Identität: „die Deutschen“ seien ehrlich, ordentlich, fleißig, pünktlich, steuerzahlend und so weiter. Dieser Deutsche ist das Vorbild Europas, er ist Lehrer und Zuchtmeister gegenüber dem infantilisierten Griechen, der erst einmal seine Hausaufgaben machen soll. Der Deutsche ist aber auch Helfer. Die Figur des Helfers analysiert Fanon in „Die Verdammten dieser Erde“. Er beschreibt die „Sorge“ des Westens gegenüber der Unterentwicklung der Kolonien, denen durch angebliche

„Hilfs- und Unterstützungsprogramme“ geholfen werden soll. Bis heute werden die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme als Rettungs- und Hilfspakete bezeichnet. Der Durchschnittsdeutsche nimmt sich somit als Helfer wahr, fordert Dankbarkeit und empört sich über die undankbaren Griechen, die im Referendum auch noch OXI, also Nein, gegen die Hilfen stimmen.

Dieses „deutsche Wir“ gegen das „griechische Sie“ ist eine nationale Anrufung besonderer, weil verdeckter Art. Denn das Subjekt dieses neuen Nationalismus ist die Figur des „deutschen Steuerzahlers“, meine Lieblingsfigur in der Debatte. Es ist eine interessante nationale Identität, die nicht den Souverän, das Volk oder den Bürger als die Kollektivität setzt, sondern die ökonomische Position als verbindende Gemeinsamkeit unterstellt. Es ist einer neue Art von ökonomischem Nationalismus: ohne Blut, Verwandtschaft, Tradition, Sprache, Kultur und so weiter. Dieser neue „kleine Mann“ ist nicht Arbeitnehmer oder Wähler, sondern Steuerzahler, und als solcher hat er das gleiche Interesse wie „unsere Banker und unsere Politiker“. Und er ist natürlich Opfer: Er sowie „seine Banken“ geben Milliarden an die Griechen – und was ist mit ihnen? Die Angst der Deutschen vor dem sozialen Abstieg in der europäischen Krise wird nicht an die Habenden adressiert, sondern umgelenkt an die vermeintlichen Nicht-Zahler. Dieser ökonomische Nationalismus entpuppt sich dadurch auch als Klassismus, denn Nicht-Zahler sind natürlich auch Hartz-IV-Empfänger, Flüchtlinge, „Sozialschmarotzer“ – oder eben undankbare Griechen.

Dankbarkeit kann man nur fordern, wenn man davon ausgeht, dass die Misere des Anderen nichts mit dem eigenen Handeln zu tun hat. Und das zeugt von einer beeindruckenden Amnesie des Westens, Europas und Deutschlands gegenüber der eigenen Vergangenheit und davon, wie diese mit der Vergangenheit des „Anderen“ verflochten ist. Bei den Autor_innen, die die griechische Krise aus postkolonialer Perspektive betrachten, überwiegt das Erstaunen über diese Amnesie, auch hinsichtlich der Vorstellung der europäischen Identität, die nun zu zerfallen droht. So konstatiert Sadia Abbas (2015):

„Europa war schon immer nur eine Fiktion. Aus Perspektive der Kolonien eine grausame Fiktion. Wenn Europäer über die Ideale von Frieden und Wohlstand sprechen und dabei die Gewalt der zwei Weltkriege vergessen, dann ist es eine verwunderliches Wahrnehmung kollektiver europäischer Unschuld, die nur bestehen kann, da sie die Vergangenheit auslöscht. Wir denken nicht an Siedlungskolonien, Sklaverei, die Verelendung des Südens und Ostens, das Werben für die Last der Zivilisation weißer kolonialer Vorherrschaft, die Berlin Konferenz... stattdessen stürzen wir uns in die romantische Idee einer europäischen Union, die sich auf Rechte, Gesetze, Sozialdemokratie usw. stützt. Die romantische Idee der Europäischen Union konnte nur bestehen aufgrund dieses Vergessens.“ (Übersetzung durch Redaktion)

Vergesslichkeit gegenüber der eigenen Geschichte ist also Teil der Geschichte anderer Länder. Die eigentümliche Krankheit der Amnesie betrifft sowohl die eigene Kolonialgeschichte, die nun mit den Flüchtlingen ins Auge springt, als auch die Geschichte der Strukturanpassungsprogramme und ihres Misserfolgs im Globalen Süden. Im Fall Deutschlands plagt die deutsche Politik Amnesie hinsichtlich etwa der Schuldenkonferenz 1953, wo Deutschland gütigerweise die Hälfte seiner Kriegsschulden erlassen wurden – von denselben Nationen, die unter den Nazis gelitten hatten. Amnesie herrschte natürlich auch bis vor Kurzem gegenüber den Gräueltaten in Griechenland in der NS-Zeit und den nie bezahlten Reparationszahlungen sowie dem Zwangskredit, der nie zurückgezahlt wurde.

Lasst uns Namibia werden!

Die griechische Autorin Eleni Bellou hat sich mit der ehemaligen deutschen Kolonie Namibia befasst, wo zwischen 1904 und 1909 unter der deutschen kolonialen Besatzung ein beispielloses Genozid stattfand, dem 65.000 Menschen zum Opfer fielen. Im vergangenen Juli war eine namibische Delegation in Deutschland. Sie forderte die deutsche Politik unter anderem dazu auf,

die historische Verantwortung in Form von Zahlungen für den Genozid zu übernehmen. Dies ist bisher nicht erfolgt. Bellou (2015) fordert von der griechischen Politik, sich gleichermaßen in Europa für die ausstehenden Reparationszahlungen gegenüber Griechenland zu bemühen.

Doch seit dem 13. Juli ist über dieses Thema nichts mehr aus Griechenland zu hören. Vielleicht, weil auch die Tsipras-Regierung eingesehen hat, dass die Frage der Reparationen und des Zwangskredits diplomatisch nicht gegen Deutschland durchsetzbar ist. Um das symbolische „Werden wir Namibia“ zu unterschreiben, müsste man die eigene Geschichte neu lesen, die Gemeinsamkeiten Griechenlands mit den weiteren überschuldeten Staaten im Globalen Süden anerkennen und sich in ihre Allianzen einreihen. „Greece Not Alone“ hieß etwa eine Kampagne (Jubilee Debt Campaign 2015).

Doch das Verhältnis der griechischen Bevölkerung zum Konstrukt „Europa“ ist ambivalent. Und das ist keine neue Entwicklung, sondern hat mit der komplexen Genealogie des Imaginären der griechischen Identität zwischen Antike und Hellenismus, Byzantinismus und Orthodoxie, Osmanischem Reich und anatolischem Habitus, einer Teil-Identifikation mit dem Balkan und, nicht zuletzt, der Konstruktion des griechischen modernen Staats zu tun. So kommt es, dass, auch wenn die griechische Gesellschaft von antikolonialen Affekten gegen die „europäischen Besatzer der Finanzinstitute“ im Sinne eines klassischen antikolonialen Befreiungsnationalismus getrieben ist, sich die Allgemeinheit nicht mit Menschen aus dem Globalen Süden, den Menschen aus dem Balkan oder den Kulturen Anatoliens identifizieren möchte (mit denen man immerhin bis in die Neuzeit hinein über Jahrhunderte zusammengelebt hat). Die beliebtere identitäre Projektionsfolie bilden die starken und weißen Nationen dieser Welt, immerhin ist die europäische Idee aus der griechischen Antike inspiriert.

Im Einklang mit dieser Haltung hat die griechische Regierung entschieden, dass das harte neoliberale Programm Europas besser für die Bevölkerung ist als aus der Eurozone zu fliegen. Diese Entscheidung basiert auch auf der Überzeugung, dass Griechenland außerhalb der Euro-Gemeinschaft nicht überlebensfähig ist. Das erinnert an typische Dilemmata ehemaliger Kolonien und ihrer Befreiungsbewegungen, von denen Fanon spricht. Es ist die Frage danach, ob die Dekolonialisierung überhaupt von ökonomischem oder kulturellem Vorteil ist oder ob nicht der Anschluss an einen starken Markt und die liberalen Werte Europas zur positiven und stabilen Entwicklung des Landes beiträgt. (Fanon 2014, S. 127f.)

Möchte man Fanons Beobachtung auf die griechische Lage anwenden, scheint es, als hätten Bevölkerung und Regierung vorerst die Frage mit ja beantwortet. Das ändert nichts daran, dass wir es mit einem Europa zu tun haben, dass in seinem Inneren neokoloniale Verhältnisse unterhält. Solange Griechenland als europäische Peripherie nicht zumindest in der Grundversorgung autark ist und die griechische Bevölkerung der Überzeugung ist, dass dieser Zustand die bisher einzig mögliche und in letzter Instanz die bessere Alternative für sie ist, wird es in absehbarer Zeit so bleiben.

Verwendete Literatur

Abbas, Sadia (2015): Neoliberal moralism and the fiction of Europe. A postcolonial perspective. Online einsehbar [hier](#).

Bellou, Eleni (2015): Kriegsreparationen: Lasst uns Namibia werden. Online einsehbar [hier](#) (griechisch).

Beck, Ulrich (2012): Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Bülow, Marco/Troost, Axel/Paus, Lisa (2015): Schuldenkolonie Griechenland – ein bleibender Auftrag für die plurale Linke. Schriftenreihe Denkanstöße, Institut für Solidarische Moderne, Online einsehbar [hier](#).

Fanon, Frantz (2015): Die Verdammten dieser Erde. Erste Auflage 1981, Originalausgabe 1961,

Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Gosh, Jayati (2010): Greece's debt must be restructured. As the African experience shows, there is no alternative to a major restructuring of the Greek debt. Why is this being ignored? Online einsehbar [hier](#).

Graeber, David (2012): Schulden – die ersten 5000 Jahre. Klett-Cotta, Stuttgart.

Jean-Paul Sartre (1968): „Kolonialismus und Neo-Kolonialismus“. Rowohlt Verlag, Reinbek.

Jubilee debt Campaign Greece (2015): Online einsehbar [hier](#).

Kotzias, Nikos (2013): Griechenland: Schuldenkolonie. Europäisches Imperium und das deutsche Primat. Patakis Athen. (griechisch).

Kotzias, Nikos (2015): Die EU als Imperium und Deutschlands Primat. Ein neuer Rahmen zur Interpretation der Krise in Südeuropa. In: Agridopoulos, Aristotelis/Papagiannopoulos, Ilias (Hg.): Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse. Springer VS, Wiesbaden. S. 39-65.

Nkrumah, Kwame (1965): Neo-Colonialism, The Last Stage of Imperialism. Online einsehbar [hier](#).

Said, Edward W. (2009): Orientalismus. Originalausgabe 1978, Fischer Verlag, Berlin.

Samaddar, Ranabir (2015): The postcolonial bind of Greece, Online einsehbar [hier](#).

Seewald, Berthold (2015): Griechenland zerstörte schon einmal Europas Ordnung. Die Welt, 11.06.2015. Online einsehbar [hier](#).

Schumann, Harald (2015): Griechenland: Hoffnung für das Protektorat. Der Tagesspiegel, 17.07.2015. Online einsehbar [hier](#).

Varoufakis, Yanis (2015): Ein Kathargischer Frieden. Mit Bezugnahme auf SN 4070/15, EUROSUMMIT, Erklärung des Euro-Gipfels, Brüssel, vom 12. Juli 2015.

Online einsehbar [hier](#).

Terzis, Kostas (2015): Sie wollen, dass du dein Land eigenhändig übergibst. Online einsehbar [hier](#) (griechisch).

Vogl, Joseph (2015): Souveränitätseffekte. diaphanes, Zürich-Berlin.

**

Margarita Tsomou, arbeitet als Autorin, Dramaturgin, Kulturschaffende und Kuratorin in Berlin. Sie ist eine der Herausgeberinnen des Pop-feministischen Missy Magazine und schreibt für deutsche Zeitungen und Radiosender. Ihre künstlerische Arbeit wurde an der Volksbühne, im Hebbel am Ufer und im Kampnagel Hamburg sowie am Goethe-Institut in Athen gezeigt. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Feminismus, politische Kunst und die Schuldenkrise in Griechenland.

Zitathinweis: Margarita Tsomou: Griechenland: eine deutsche Schuldenkolonie? Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1328>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Provozierend schreitet er voran



Slavoj Žižek

Der neue Klassenkampf

Die wahren Gründe für Flucht und Terror

Er appelliert für Leitkultur und Grenzen: Für manche Linke ist Slavoj Žižek deshalb ein rechtsöffener Unruhestifter. Zu Recht?

Rezensiert von [Sebastian Friedrich](#)

Es gibt genügend Gründe, um Slavoj Žižek zu kritisieren. Auch seine 2015 bei Ullstein veröffentlichte Streitschrift „Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror“ möchte man schnell wieder zuklappen und in den Giftschränk stellen. Žižek geriert sich als Sarrazinesker Tabubrecher, wenn er gegen Linksliberale oder die Kritik an Eurozentrismus und Islamophobie polemisiert oder wenn er für eine emanzipatorische Leitkultur streitet. Mit Bezug auf Flüchtlinge sinniert er darüber, Menschen hätten eigentlich immer ein schwieriges Verhältnis mit ihren Nachbarn. Žižek provoziert – doch ein Blick auf seine Grundannahmen zeigt: Linke sollten seine Gedanken nicht leichtfertig beiseiteschieben.

Probleme mit den Nachbarn

Wie kommt Žižek auf den merkwürdigen Nachbar-Vergleich? Er argumentiert mit Freud: Ein Nachbar sei „ein traumatischer Eindringling, jemand, dessen andersartige Lebensweise [...] uns stört, unsere gewohnte Lebensweise durcheinanderbringt“ (S. 67). Allzu große Nähe mit einem Nachbarn könnte zu aggressiven Reaktionen führen. Soll man daher lieber auf Nachbarn verzichten? Man könnte Žižek so verstehen. Es geht ihm aber um etwas anderes: Es fällt an dieser Stelle nicht leicht, der assoziativen Argumentation zu folgen, doch die Mühe lohnt sich. Žižek führt sein Nachbar-Argument mit Hilfe zweier Szenen aus.

Die erste: Ein israelischer Soldat durchsucht ein Haus in den besetzten Gebieten, das niedergewalzt werden soll. Er tritt auf eine Mutter mit ihrer Tochter, die Mutter ruft das verschreckte Mädchen bei ihrem Namen. Sie hat den gleichen Namen wie die Tochter des Soldaten. Der Soldat menschelt, zückt ein Foto seines Kindes und zeigt es der palästinensischen Mutter. Ihr nützt der kurze Moment der Rührseligkeit leider nichts: Der Bulldozer walzt kurz darauf das Haus nieder. Hat die Empathie des Soldaten etwas gebracht? Nein, im Gegenteil: „Die Vorstellung, dass wir trotz aller politischen Differenzen doch Menschen mit denselben Vorlieben und Sorgen sind, neutralisiert die Wirkung dessen, was der Soldat eigentlich im Begriffe ist zu tun.“ (S. 70)

Žižek verzichtet auf Rückbezüge und kommt direkt zur zweiten Szene. Sie stammt aus dem Film „Sullivans Reisen“ (USA 1941). Darin will der berühmte Hollywood-Regisseur John L. Sullivan das Leben eines Habenichtens am eigenen Leib erfahren. Sullivan sinniert über sein Vorhaben mit seinem Butler Burrough, der nüchtern bemerkt: „Wenn Sie mir die Bemerkung gestatten, Sir, das ist kein interessantes Thema. Die Armen wissen alles über die Armut, und nur die morbiden Reichen würden sich von diesem Thema faszinieren lassen.“ (S. 73) Egal, was er tut, Sullivan sitzt nicht im selben Boot wie die Armen. Seine Güte bleibt hilflos.

Unweigerlich denkt man hier an die vielen Willkommensinitiativen, die es gerade gibt. Klar, sie sind notwendig, einige Geflüchtete kritisieren aber auch den Paternalismus in den Solidaritätsnetzwerken. Ob gütiges Wesen oder interessantes Studienobjekt: Die Figur des Flüchtlings eignet sich als Projektionsfläche. Žižeks Appell:

„Wir sollten helfen, weil es unsere Pflicht ist, es zu tun, aber ohne jegliche Sentimentalitäten, die in dem Moment in sich zusammenfallen, da wir erkennen, dass die meisten der Flüchtlinge eben nicht 'so sind wie wir' – nicht, weil sie Fremde sind, sondern weil wir selbst nicht 'so sind wie wir'. [...] Die schlichte Tatsache, dass eine solche Ausstellung von Großzügigkeit uns ein gutes Gefühl gibt, sollte uns misstrauisch machen.“ (S. 76)

Žižek hat in diesem Punkt Recht. Mitmenschlichkeit und Mitgefühl sind deshalb keine geeignete Basis, weil sie jederzeit wieder entzogen werden können. Es kann manchmal sehr schnell gehen. Im Sommer feierten sich weite Teile der deutschen Gesellschaft als Willkommensweltmeister, als Probleme auftauchten oder aufgebauscht wurden, entzogen viele aus dem Weltmeisterteam ihre Solidarität.

Hin zu einer Kritik der politischen Ökonomie

Die Lieblingsfeinde Žižeks sind diejenigen Kulturlinken, die ökonomische Fragen zugunsten gesellschaftspolitischer aufgegeben haben. Žižek fordert eine radikale Abkehr vom Kampf der Kulturen. Dieser hat zwei Seiten: Nicht nur Rassisten, sondern auch Linksliberale, „deren Politik sich auf den Kampf gegen Sexismus, Rassismus und Fundamentalismus und für multikulturelle Toleranz konzentriert“ (S. 52). Žižek appelliert für einen Perspektivwechsel „hin zu einer konkreten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Analyse“ (S. 37). Es gehe letztlich auch in der aktuellen Situation um Klassenverhältnisse. Diese überdeterminieren alles, sind strukturierendes Prinzip. Er versucht sich an einer Analyse der politischen Ökonomie der Flüchtlingsthematik. Da macht er richtige Punkte, die so gar nicht nach Eurozentrismus klingen: Schuld an der globalen Nahrungsmittelkrise sei der Westen, konkreter die USA, die EU, die Weltbank, der IWF und entsprechende Strukturanpassungsprogramme, Lebensmittelexporte sowie postkoloniale Abhängigkeiten, die sich daraus ergeben.

Linksliberale bringt Žižek vor allem gegen sich auf, wenn er sich für die Beibehaltung von Grenzen ausspricht. Žižeks Skepsis gegenüber Bewegungsfreiheit muss man nicht teilen, aber sein Argument ist bedenkenswert: Es kann keine Bewegungsfreiheit ohne die Abschaffung des Kapitalismus geben. „Die Verwirklichung dieser Freiheit setzt nichts weniger voraus als eine radikale sozioökonomische Revolution.“ (S. 48) Er führt sein Argument nicht zu Ende, doch es fällt nicht schwer, es weiterzudenken. Im Rahmen einer globalisierten, kapitalistischen Welt ist der Ruf nach Bewegungsfreiheit einer, mit der sich die Kapitaleseite durchaus arrangieren kann. Junge, arbeitsfähige Menschen können nicht nur hervorragend an Bahnhöfen beklatscht, sondern auch außerordentlich gut ausgebeutet werden. Die Forderungen deutscher Wirtschaftsverbände nach einer Aussetzung des Mindestlohns für Flüchtlinge sprechen dahingehend Bände. Das Kapital hat es schon immer verstanden, sich Migration zunutze zu machen, wie etwa die Gastarbeiterära zeigte. Man sollte daraus nicht die Schlussfolgerung ziehen, Obergrenzen zu fordern, doch die Interessen der Kapitaleseite zu ignorieren, wäre fatal. Vielmehr sollten diese zum Ausgangspunkt gemacht werden.

Žižek hat das im Sinn, wenn er fordert, „dass wir Brücken zwischen 'unserer' und 'deren' Arbeiterklasse bauen – dass wir sie, die Flüchtlinge, an einem solidarischen Kampf beteiligen“ (S. 57). Žižek am Schluss: „Wir müssen den Klassenkampf wieder auf die Tagesordnung bringen. Und das ist allein dadurch zu bewerkstelligen, dass man auf der globalen Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten besteht.“ (S. 89) Wer mag ihm da widersprechen?

Das Gewohnte hinterfragen

Žižek provoziert immer wieder, seine radikale Kritik kippt manches Mal ins Zynische, etwa wenn er schreibt, dass es eigentlich darum gehen müsse, „die Basis der Gesellschaft weltweit so umzugestalten, dass keine verzweifelten Flüchtlinge mehr auf diesen Weg gezwungen werden“ (S. 12). Ja klar, es geht ums Ganze, doch sollte man einfach die Füße hochlegen, pocht die Revolution ja gerade nicht an unsere Tür? Auch die Eliminierung der zentralen Fluchtursachen (Imperialismus, Umweltzerstörung, Kapitalismus) wird noch ein bisschen dauern. Was machen wir bis dahin? Bizarr wird es, wenn Žižek sich positiv auf das Militär bezieht oder in AfD/CSU-Manier von europäischen Staaten geführte Aufnahmezentren für Flüchtlinge in Krisenregionen anregt.

Man sollte deshalb nicht mit allem mitgehen, was Žižek schreibt, in vielem muss man ihm entschieden widersprechen. Aber: Er legt den Finger in die Wunde. Er bricht mit Gewissheiten, fordert Linke heraus. Es ist eine Methode Žižeks: überspitzen, über das Ziel hinausschießen, eine Gegenposition erzwingen, um das Gewohnte in Frage zu stellen.

Daher ist Žižeks Kernanliegen im Grundsatz zu unterstützen. In der aktuellen Polarisierung zeigt sich in schauriger Weise, in welchem schlechtem Zustand die Linke in Deutschland, wohl in ganz Europa ist. Es gibt gerade nur die Merkel-Position und eine rechte (vermeintliche) Alternative. Das Schlimmste dabei: Es muss eine linke Position nicht einmal unterdrückt oder verschwiegen werden.

Slavoj Žižek 2015:

Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror.

Ullstein Buchverlage, Berlin.

ISBN: 13 9783550081446.

96 Seiten. 8,00 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Provozierend schreitet er voran. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1321>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Leichen im Keller



Aleš Šteger
Archiv der toten Seelen
Roman

Zwischen Schein und Sein: Aleš Štegers Roman über die slowenische Stadt Maribor ist ein bissiger Kommentar zur europäischen Kulturgeschichte und ein schräges Porträt der europäischen Kulturhauptstadt.

Rezensiert von [Stephanie Bremerich](#)

Thriller, Grotteske, Gesellschaftsroman, Stadtporträt? Irgendwie von allem etwas ist Aleš Štegers „Archiv der toten Seelen“. Mit seinem ersten Roman ist dem slowenischen Autor, der bislang vor allem als Lyriker hervorgetreten ist, eine ziemlich ungewöhnliche Geschichte und eine ebenso ungewöhnliche Form der Geschichtsaufarbeitung gelungen. Dreh- und Angelpunkt ist die slowenische Stadt Maribor, die 2012 europäische Kulturhauptstadt wurde.

Mitten im Medienrummel und überdies zur Karnevalszeit reisen der aus Maribor stammende Dramaturg Adam Bely und die kubanisch-österreichische Journalistin Rosa Porteroan – vorgeblich, um ein Porträt der Stadt zu erstellen, tatsächlich aber in geheimer Mission. Rosa und Adam sind nämlich nicht nur einer Verschwörung auf der Spur, die bis in die oberen Ränge der lokalen Politik reicht, sondern auch als Seelenerlöser unterwegs. Ihre Werkzeuge: Hypnose, Wahrheitsserum, Lügendetektor, scientologisches Know How und kleine Backerbsen, die es auf besondere Weise in sich haben. Klingt schräg? Ist es auch. Tatsächlich kann einem bei der Lektüre von Štegers Debütroman schwindlig werden. Dazu tragen nicht nur die verspleenten Protagonisten bei – allen voran das Duo Bely/Portero samt ihrer dubiosen Ermittlungspraktiken –, sondern auch die Abgründe, die sich unter der Oberfläche der Kulturhauptstadt auftun.

Maribor, das wird schnell klar, hat nämlich ziemlich viele Leichen im Keller. Wenn Bely und Portero das „Archiv der toten Seelen“ öffnen, kommen nicht nur Korruption und Kulturkapitalismus des neuen Jahrtausends zum Vorschein, sondern auch vergangene Verbrechen, die bislang in den anonymen Massengräbern unter der Stadt begraben waren. Tatsächlich ist es gerade die Mischung von Grotteske und geschichtlichen Hintergründen, von Fantastik und Kritik, die Štegers Roman so originell und so reizvoll macht. Was Schein und was Sein ist, lässt sich oft nicht mehr klar sagen. Die Selbstbespiegelungen des zeitgenössischen Kulturbetriebs und Stadtmarketings rücken dabei ebenso in den Fokus wie die historische Versehrtheit und zerrissene Identität Maribors – einer Stadt, die einst von den Habsburgern beherrscht wurde und zu Österreich-Ungarn gehörte, später Teil des Königreichs Jugoslawien war, in den 1940er Jahren von den Nazis annektiert wurde, danach zum sozialistischen Jugoslawien gehörte und seit 1991 als zweitgrößte Stadt Sloweniens gilt. Einer Stadt mithin, in der vieles verdrängt und unter den Tisch gekehrt worden ist, in der vertrieben, betrogen und gemordet wurde und in der sich das größte Massengrab (circa 15.000 Opfer) des Massakers von Bleiburg befindet, das bis heute weder vollständig ausgegraben noch offiziell ausgewiesen ist.

Nun also europäische Kulturhauptstadt. Auf literarisch-künstlerische Weise hinterfragt Šteger diesen Titel und weist auf die dunklen Seiten eines „geeinten Europas“ – was auch immer man darunter verstehen will – hin. „Archiv der toten Seelen“ ist ein Roman, in dem Absurdität

Programm ist und der sich schwer in irgendeine Schublade stecken lässt (die Verlagsinfo bietet Kafka, Gogol und Bulgakow zum Vergleich an). Aleš Šteger erzählt von historischen Traumata und handfestem Kapitalismus, von Okkultismus und Kommerz und bietet dabei ebenso einen fantastisch-grotesken Kommentar zur europäischen Kulturgeschichte wie eine bissige Satire des gegenwärtigen Kulturbetriebs. Ein sonderbarer, exzentrischer, spannender und unterhaltsamer Text.

Aleš Šteger 2016:

Archiv der toten Seelen. Roman.

Schöffling & Co., Frankfurt a.M..

ISBN: 978-3-89561-446-0.

336 Seiten. 22,95 Euro.

Zitathinweis: Stephanie Bremerich: Leichen im Keller. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1322>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Im Buckeln und Treten geeint



Daniel Cohn-Bendit / Guy Verhofstadt

Für Europa!
Ein Manifest

Die Autoren führen unfreiwillig vor, warum der europäische Integrationsprozess in einer Sackgasse gelandet ist

Rezensiert von [Patrick Schreiner](#)

Der frühere grüne Europa-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit und der frühere belgische Premierminister Guy Verhofstadt, heute Fraktionsvorsitzender der liberalen Fraktion im Europaparlament, gehen mit ihrem 2012 veröffentlichten „Für Europa!“ in die Vollen. Mitten in der schwierigsten politischen und wirtschaftlichen Krise der Europäischen Union fordern sie einen europäischen Föderalstaat – und damit die Übertragung der nationalen und völkerrechtlichen Souveränität aller EU-Mitgliedstaaten auf die Europäische Union.

Ihren Text nennen sie nicht einfach „Programmschrift“, sondern „Manifest“ – und beanspruchen damit längerfristige Gültigkeit. Es soll ja Manifeste geben, die noch mehr als 150 Jahre nach ihrer Erstveröffentlichung mit Gewinn gelesen werden können. Cohn-Bendits und Verhofstadts Werk wird dieses historische Glück nicht beschieden sein. Dazu ist dessen Argumentation zu simpel, die intellektuelle Erkenntnis nach dessen Lektüre selbst für Befürworter einer stärkeren Integration zu begrenzt.

Gut gegen Böse?

Im Kern sind es zwei Aussagen, die die beiden treffen. Ihr „Manifest“ besteht aus einer Art Dauerschleife, aus beständigen Wiederholungen dieser Aussagen in teils identischen, teils wechselnden Worten: Erstens, die Europäische Union müsse zu einem Bundesstaat weiterentwickelt werden. Europa könne nur in dieser Form der Globalisierung und der Konkurrenz durch andere Großstaaten (wie zum Beispiel USA, Russland, China, Indien, Brasilien) erfolgreich begegnen. Zweitens, dieser notwendige politische Schritt unterbleibe, weil Nationalisten aller politischen Couleur ihn verhinderten. Bürgerinnen und Bürger müssten endlich verstehen, dass Nationalismus nicht weiterführe. Auch in einem längeren Interview, das im Buch auf das eigentliche „Manifest“ folgt, findet sich diese Argumentation wieder.

Das damit gezeichnete Bild folgt einer simplen Schwarz-Weiß-Logik: Vernünftige Föderalisten versus irre Nationalisten, Befürworterinnen eines europäischen Bundesstaats versus dessen Gegnerinnen. Hier die Seite der „Guten“:

„Die Europäische Union ist ein großes Projekt, das sich Nationalismus und Konservatismus entgegenstellt, ein stolzer Erbe der besten europäischen Errungenschaften der vergangenen Jahrhunderte: die Aufklärung, der Rechtsstaat, die Menschenrechte, die freie Wirtschaft, die politische Demokratie, die soziale Sicherheit“ (S. 34).

Dort die Seite der „Bösen“: Sowohl „rechts“ als auch „links“ ist es in Mode gekommen, die

Souveränität des Nationalstaats anzubeten (S. 18).

Die große Gruppe der nationalistischen Bremser und Blockiererinnen differenzieren Cohn-Bendit und Verhofstadt nur unwesentlich aus. Sie zählen dazu Linke und gemäßigt Rechte genauso wie extrem Rechte – einschließlich aller Regierungen der EU-Mitgliedstaaten. Nationalistische Politik reicht in ihren Augen von vorsichtigen nationalstaatlichen Markt-Regulierungsversuchen über außenhandelspolitischen Protektionismus bis hin zu offenem Rassismus und Forderungen nach geschlossenen Grenzen. Und alldem stellen sie die Europäische Union als leuchtendes Gegenmodell gegenüber.

Alles Nationalismus?

Nun wird man ihrer Nationalismus-Kritik dort folgen können, wo sie Rassismus und Rechtspopulismus, Vorstellungen nationaler Abschottung und die Ablehnung von Einwanderung aufs Korn nimmt. Cohn-Bendit und Verhofstadt haben hierzu zwar nichts Neues zu sagen, aber eben auch nichts Falsches. Den Nationalismus-Begriff aber in einer Weise auszudehnen, dass er jeden Versuch selbst sinnvoller Politik als nationalistisch brandmarkt, sofern dieser im einzelstaatlichen Rahmen geschieht, ist naiv und politisch fatal.

Dies ist es nun allerdings nicht, weil europäische Nationalstaaten alleine heute tatsächlich noch nennenswerte Gegengewichte zur Macht des Kapitals sein könnten. Das können sie nicht, wie unter anderem das Scheitern von SYRIZA in Griechenland verdeutlicht haben mag. Naiv und politisch fatal ist er, weil in ihm eine hochgradig ideologische Vorstellung vom europäischen Integrationsprozess zum Ausdruck kommt: Europa ist hier nicht der Versuch, ein grundlegendes Gegenmodell zu Konkurrenz und Abschottung schlechthin zu bilden. Europa ist hier vielmehr der Versuch, Konkurrenz und Abschottung im Inneren als „bösen Nationalismus“ zu überwinden, um sie nach außen umso mehr zum Inhalt der eigenen „guten“ Politik zu machen.

Es ist dies eine letztlich neoliberale und apolitische Vorstellung von Europa. Neoliberal ist sie, weil sie nicht darauf zielt, Märkte umfassend zu regulieren, soziale Höchststandards für alle weltweit durchzusetzen und die schädliche Konkurrenz zwischen Wirtschaftsstandorten im globalen Maßstab durch wirtschaftspolitische Kooperation zu ersetzen. Apolitisch ist sie, weil sie die Augen verschließt vor Interessengegensätzen: Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit interessiert sie nicht, umso mehr aber der angebliche Konflikt zwischen EU-Europa und dem Rest der Welt. Ein Europa, das Kapital und Arbeit vereint ins Feld führt gegen die Unbill von außerhalb des Kontinents.

Feindbilder im Rest der Welt, denen sich ein geeintes Europa entgegenstellen müsse, beschreiben Cohn-Bendit und Verhofstadt folgerichtig gleich mehrfach. Nur drei Beispiele

„Mehr Europa ist [...] notwendig, [...] um, koste es, was es wolle, unsere Position in der Welt sicherzustellen“ (S. 18).

„während wir unsere Interessen gleichzeitig mit immer mehr Nachdruck gegen wirtschaftliche und politische Großmächte vom Kaliber Chinas, Indiens, Brasiliens, Russlands oder der Vereinigten Staaten verteidigen müssen“ (S. 9).

„Innerhalb von nur fünfundzwanzig Jahren wird kein einziges europäisches Land mehr zu den Mächten zählen, die das Weltgeschehen bestimmen. Der Klub der reichsten Länder, die sogenannten G 8, wird dann aus den Vereinigten Staaten, China, Indien, Japan, Brasilien, Russland, Mexiko und Indonesien bestehen. Nicht ein europäisches Land, inklusive Deutschland, wird daran teilnehmen. Allerdings ist sowohl heute als auch morgen ein starkes und vereinigtes Europa der mächtigste und wohlhabendste Kontinent der Welt; reicher als Amerika, mächtiger als alle neuen Imperien zusammen“ (S. 14).

Weiter so?

Europa als einig Bollwerk in globalisierter Konkurrenz – diese Vorstellung ist mehr als kompatibel mit dem europäischen Integrationsprozess, wie er sich seit Jahrzehnten vollzieht. So sehr Cohn-Bendit und Verhofstadt auch über die nationalen Regierungen schimpfen: Letztlich folgen sie alle der gleichen Vorstellung von Europa. Mit dem einzigen Unterschied vielleicht, dass es einfacher ist, ein neoliberales und apolitisches Europa in einem „Manifest“ einzufordern, als es in praktische Politik umzusetzen.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten folgen einer solchen Vorstellung von Europa, wenn sie TTIP und andere Freihandelsverträge durchsetzen wollen – unter anderem mit dem Argument, man müsse sich so gegen die drohende ökonomische Macht aus China wappnen. Sie folgen einer solchen Vorstellung von Europa, wenn der Kontinent sich an seinen Grenzen gegen Geflüchtete abzuschotten versucht. Sie folgen einer solchen Vorstellung von Europa, wenn eine striktere Regulierung von Finanz- und anderen Märkten wieder und wieder am Widerstand des europäischen Kapitals scheitert, dem man keine „Wettbewerbsnachteile“ gegenüber asiatischem oder amerikanischem Kapital zumuten mag. Sie folgen einer solchen Vorstellung von Europa, wenn in Südeuropa Lohnsenkungen und Sozialabbau als „Strukturreformen“ durchgesetzt werden, um diese Länder wieder global „wettbewerbsfähig“ zu machen. Sie folgen einer solchen Vorstellung, wenn europäische Vereinbarungen immer mehr Mechanismen vorsehen, um die „Wettbewerbsfähigkeit“ der EU-Staaten zu „stärken“. Sie folgen einer solchen Vorstellung von Europa, wenn der deutsche Exportwahn zum Vorbild für die gesamte Eurozone wird.

Und so überrascht es nicht, dass auch Cohn-Bendit und Verhofstadt mehrfach „Reformen“ und Haushalts-„Disziplin“ einfordern. Sie ergänzen dies zwar um die Forderung nach ergänzender Wachstumsförderung und um eine vorsichtige Kritik an übermäßigen Ausgabenkürzungen. Aber ähnlich wie entsprechende Forderungen der europäischen Sozialdemokratie bleiben diese schmückendes Beiwerk, nette Rhetorik am Rande einer ansonsten auf neoliberale Austerität und globale Konkurrenz zielenden Politik.

Der europäische Integrationsprozess ist in einer Sackgasse, weil sein neoliberaler und apolitischer Charakter zunehmend die Integration selbst untergräbt. Vermeintliche Alternativlosigkeit dieser Politik, politisches Versagen und Blindheit gegenüber konkreten Interessen konkreter Menschen führen zu inneren Verwerfungen – zu sozialer Verelendung, politischer Uneinigkeit, nationalen Egoismen, einem politischen Rechtsruck und wachsender Europaskepsis. Cohn-Bendit und Verhofstadt haben dem nichts anderes entgegensetzen als ein radikales „Weiter so“. Wenn das die Eliten sind, die diesen Kontinent aus der Misere herausführen sollen – dann Gute Nacht!

Daniel Cohn-Bendit / Guy Verhofstadt 2012:

Für Europa! Ein Manifest.

Carl Hanser Verlag, München.

ISBN: 9783446241879.

140 Seiten. 8,00 Euro.

Zitathinweis: Patrick Schreiner: Im Buckeln und Treten geeint. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1323>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Ausverkauf auf Europäisch



Hannes Hofbauer

EU-Osterweiterung

Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen

Hannes Hofbauer zeichnet in seiner sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Rekonstruktion des EU-Erweiterungsprozesses die ökonomisch und sozial verheerenden Folgen neoliberaler Programme nach.

Rezensiert von [Jens Zimmermann](#)

Die akademische Europaforschung zeichnet sich nicht gerade durch übersprudelnde Kritikfreude aus. Erst mit der Finanzkrise und den anschließenden Verwerfungen meldeten sich immer mehr ForscherInnen zu Wort, die grundsätzliche Zweifel an der ökonomischen und politischen Verfasstheit der EU äußerten. Hannes Hofbauer ist einer der wenigen, die auch schon vor dem Finanzcrash mit materialistisch geschultem Auge und in der Tradition der Weltsystemtheorie den europäischen Integrationsprozess analysierten und sich dabei vor allem auf Osteuropa konzentrierten. Mit seiner Arbeit zur EU-Osterweiterung ist ihm dabei ein großer Wurf gelungen. Um die Kritik vorwegzunehmen: Hofbauers Studie endet genau zu dem Zeitpunkt, als die Finanzkrise an Fahrt aufnimmt. Dies kann dem Autor nicht vorgeworfen werden, ist aber trotzdem bedauerlich, da gerade in den osteuropäischen Beitrittsländern die Auswirkungen der globalen Krise besonders heftig zu spüren waren. Eine Fortschreibung wäre also eine auf jeden Fall dankenswerte Arbeit.

Bei aufmerksamer Lektüre wird schon im ersten Kapitel zu den historischen Wurzeln der verschiedenen Europabilder klar, dass hier keine bloße Nachzeichnung der einzelnen Beitrittsetappen geleistet wird, sondern eine theoretisch fundierte Perspektive formuliert werden soll. Hofbauer gehört mit seinen historischen Studien zu der kleinen Gruppe deutschsprachiger GeschichtswissenschaftlerInnen, die sich der Tradition der Weltsystemtheorie à la Immanuel Wallerstein und den dazugehörigen Konzepten von (kapitalistischer) Peripherie und Zentrum sowie ungleicher Entwicklung verpflichtet fühlen. In diesem Modell wird die kapitalistische Entwicklung einzelner Staaten und Regionen immer relational begriffen. Der ökonomische und politische Aufstieg einzelner Staaten (Zentrum) funktioniert nur durch die herrschaftliche Einbindung anderer Staaten (Peripherie). Kennzeichnend für diese Perspektive ist die Darstellung historischer Phänomene über einen langen Zeitraum und vor allem im geographisch großen Maßstab. In Bezug auf den Prozess der EU-Osterweiterung rekonstruiert Hofbauer daher die Begriffsgeschichte Europas seit der Antike und flankiert sie mit der historisch-räumlichen Entwicklung des Gebietes der EU seit den Kreuzzügen im 12. Jahrhundert. Durch die Darstellung der ideologischen und geopolitischen Entwicklungsgeschichte kann Hofbauer plausibel aufzeigen, dass seit jeher „der Osten“ expansive Begehrlichkeiten weckte, wie einzelne Kolonisationsprojekte und militärische Auseinandersetzungen zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert deutlich machen.

Deutsche Europavisionen

Im Deutschen Reich werden die expansiven Bestrebungen noch vor dem Ersten Weltkrieg auch ideologisch ausgekleidet. Die liberal-mitteuropäische und deutsch-nationale Variante waren sich dabei in der Notwendigkeit einer unumschränkten Führungsrolle Deutschlands einig und begründeten dies mehr oder weniger aus ökonomischen Interessen. Interessant ist nun, dass

Hofbauer mit mehreren Beispielen empirisch belegen kann, dass auch in den Kreisen nationalsozialistischer Unternehmer ähnliche Europavisionen kursierten. Zum Beispiel verweist er auf Werner Daitz, einen führenden Unternehmer in der NSDAP und ab 1931 Mitglied der Reichsleitung:

„Wenn wir den europäischen Kontinent wirtschaftlich führen wollen, wie dies aus Gründen der wirtschaftlichen Stärke des europäischen Kontinents als Kernraum der weissen (sic) Rasse unbedingt erforderlich ist und eintreten wird, so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine Großraumwirtschaft öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst und aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und technischen Schwergewicht Deutschlands und seiner geografischen Lage.“ (S. 28)

Zum einen lässt sich hier argumentieren, dass eine deutsche Europa-Großmachtspolitik zwar von den Nationalsozialisten umgesetzt wurde, aber schon zu Beginn des Jahrhunderts in bürgerlich-liberalen und deutsch-nationalen Kreisen vorgedacht wurde. Zum anderen, so Hofbauer, lässt sich nicht plausibel zeigen, dass nach 1945 ein Bruch mit diesen Kernelementen der deutschen Europavision stattgefunden hat. Und auch das Kauder'sche Diktum, in Europa würde wieder Deutsch gesprochen, legt nahe, dass innerhalb der politischen Klasse der BRD nach wie vor in großen Maßstäben gedacht wird.

Der Zusammenbruch des „Ostblocks“

Das zweite und dritte Kapitel wenden dann den Blick auf den Zerfall des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – eine Wirtschaftsgemeinschaft der realsozialistischen Staaten – und die daraus resultierende ökonomische Peripherisierung der osteuropäischen Staaten. Der Kollaps des realsozialistischen Wirtschaftsraumes lässt sich, so Hofbauer, auf ein ganzes Bündel aus inneren und äußeren Faktoren zurückführen. Zum einen konnten die Staaten des RGW nicht wie ihre Systemkonkurrenten auf imperiale Projekte zurückgreifen, die ihnen den einfachen Zugang zu Ressourcen sicherten. Zum anderen erreichte auch die Planbarkeit der Wirtschaftsaktivitäten innerhalb des RGW schnell ihre Grenze, und einzelne Staaten, wie zum Beispiel Rumänien, rissen sich aus der Gemeinschaft los. Spätestens seit Mitte der 1970er Jahre waren die Staaten des RGW durch ihre Verschuldung bei westlichen Staaten in das kapitalistische Weltsystem integriert und so auch für dessen Krisen anfällig, was spätestens an dem Punkt deutlich wurde, an dem die Kredite fällig waren und kaum zurückbezahlt werden konnten. In den 1980er Jahren wurde die Marktintegration dann vollendet, indem die Sowjetunion ihre Erdölpreise am Weltmarktdurchschnitt orientierte.

Der gesamtgesellschaftliche Preis, den die osteuropäischen Staaten zu zahlen hatten, war dramatisch. Innerhalb von fünf Jahren setzte eine umfassende Deindustrialisierung ein, die in einer an den EU-Markt orientierten Exportwirtschaft mündete – ein klassisches Merkmal für peripheren Kapitalismus. Hofbauer zeigt hier detailreich, wie in Osteuropa ein Arbeitsmarkt hergestellt wurde, auf dem nur 1/30 der Durchschnittslöhne im Vergleich zu Deutschland gezahlt wurden – ein idealer Standort also für die Auslagerung lohnintensiver Produktionen. Begleitet wurde dieser Prozess mit einer einschneidenden sozialen Umverteilung:

„Osteuropas Reformjahrzehnt, das auch in der westeuropäischen Politik seine Spuren hinterlassen hat, entpuppt sich unter dem Bilanzstrich von Soll und Haben als große Umverteilungsmaschine. Lohnabhängige und RentnerInnen wurden enteignet, große ausländische Konzerne gingen als Gewinner der Transformation hervor. Die Schrumpfung von Sparguthaben via Hyperinflation sowie die Streichung von Arbeitsplätzen mittels Privatisierung und Schließung von Betrieben zählt zu den effektivsten Formen des sozialen Raubs.“ (S. 58)

Und auch die ehemals staatlichen Schlüsselindustrien weckten das Interesse westlicher Investoren,

die nach erfolgter Privatisierung bei der Belegschaft den Rotstift ansetzten. Wer bis zu diesem Zeitpunkt Hofbauers Darstellung folgt, kann das Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch des RGW als Herstellung Osteuropas als kapitalistische Peripherie und Vorbereitung für den politisch-ökonomischen Anschluss an die kerneuropäischen Staaten deuten.

Bulgarien als Musterbeispiel

Die insgesamt zehn Länderstudien (Ungarn, Polen, Slowenien, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Baltikum und Kroatien) bilden den Kern der Studie. In einer detektivischen Kleinarbeit rekonstruiert Hofbauer die verschiedenen „Entwicklungswege“ bis zum Eintritt in die EU. Aus diesen Länderstudien lohnt es sich, Bulgarien genauer anzuschauen, um die Logik der Peripherisierung klar darzustellen. Nach der Ablösung der sozialistischen Partei 1997 setzte die neue Regierung ihr wirtschaftliches Programm um, das im Wesentlichen aus einer konsequenten Privatisierung des Staatseigentums und Neoliberalisierung der (Arbeits-)Marktstrukturen bestand. Innerhalb kürzester Zeit wurde die bulgarische Währung um fast 1.000 Prozent entwertet. Diese Hyperinflation machte quasi über Nacht alle Sparguthaben wertlos. In der Folge nahmen der IWF, die Weltbank und die deutsche Bundesbank die geldpolitischen Geschicke Bulgariens in die Hand und erlegten dem Land eine Sparpolitik auf, die bis heute tiefe Einschnitte im sozialen Gefüge des Landes hinterlassen hat. Hier ist besonders bekümmertlich, dass Hofbauers Analyse abbricht, denn in der Finanzkrise zeigte sich das ganze Ausmaß der ökonomischen Destruktion. Verschiedene EU-Surveys dokumentieren, dass jede/r Zweite in Bulgarien unter materieller Not leidet, jede/r Dritte ist aufgrund von Miete, Krediten und Hypotheken verschuldet. Dazu kommt, dass der bulgarische Staat nur 35,9 Prozent seines BIPs für sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgibt und damit im Europavergleich auf dem letzten Rang platziert ist. Kein Wunder, dass Menschen für einen der niedrigsten Durchschnittslöhne (384 Euro) in der EU bereit sind zu arbeiten. Gleichzeitig wurden billige Arbeitskräfte für den kerneuropäischen Arbeitsmarkt freigesetzt, die hierzulande unter unfassbaren Bedingungen in der Baubranche oder Fleischindustrie arbeiten.

Im letzten Kapitel „Osteuropas Zurichtung zur Peripherie“ resümiert Hofbauer noch einmal die ökonomischen Folgen des Erweiterungsprozesses für die osteuropäischen Staaten und zeichnet ein dichtes Bild ökonomischer und sozialer Verwerfungen. Diese knapp 27 Seiten wären schon allein die Veröffentlichung wert, denn eine genauere Analyse kerneuropäischer Hegemonialpolitik wird man nur schwer woanders finden. Mit viel Empirie zeichnet Hofbauer die Deregulierung der Arbeitsmärkte, Privatisierung von Schlüsselindustrien und Übernahme des heimischen Finanzsektors sowie die Auslagerung von arbeitsintensiven Industrien in die osteuropäischen Billiglohnländer nach. Letztlich eine mehr als bedrückende Zusammenschau. Trotz des schon etwas zurückliegenden Veröffentlichungsdatums ist Hofbauers Studie allen zu empfehlen, die an einer sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Analyse der kapitalistischen Entwicklung in der EU interessiert sind und ökonomische Kennziffern nicht scheuen. Vor allem in der Debatte um ein sozialeres Europa von unten sind solche Studien notwendig, um die machtpolitische Konstellation in den osteuropäischen Staaten zu verstehen.

Hannes Hofbauer 2007:

EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen.

Promedia Verlag, Wien.

ISBN: 978-3-85371-273-3.

320 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Jens Zimmermann: Ausverkauf auf Europäisch. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1324>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Risse im System



Raul Zelik

Mit PODEMOS zur demokratischen Revolution?
Krise und Aufbruch in Spanien

Dieses Buch ist weit mehr als eine Einführung zum Parteiprojekt Podemos, bettet es dieses in die Geschichte Spaniens wie auch in die aktuelle politische Lage ein.

Rezensiert von [Markus Baumgartner](#)

Wer sich, vom Buchtitel angesprochen, eine primäre Beschäftigung mit den Chancen oder Illusionen der Partei Podemos erwartet, der/die dürfte enttäuscht sein. Denn bereits bei einem Blick in das Inhaltsverzeichnis wird deutlich: Podemos nimmt hier vergleichsweise wenig Platz ein. Nicht nur vom „demokratischen Aufbruch seit den Platzbewegungen 2011“ und der Entwicklung der „neuen Anti-Austeritätspartei Podemos“, sondern auch von der „anderen“, nämlich „weitgehend unbekannt[e] Geschichte Spaniens“ (S. 11) will das neueste Buch von Raul Zelik berichten. Denn ohne diesen Hintergrund könne man, so Zelik, die derzeitigen Konflikte und Dynamiken im spanischen Staat auch kaum verstehen. Gemeint sind die Diskussionen um eine Reform der sogenannten Verfassung von 1978, genauso wie der anhaltende Konflikt zwischen der Madrider Zentralregierung und den Unabhängigkeitsbewegungen im Baskenland und Katalonien. Außerdem wird ausgeführt, wie sich neben Podemos noch weitere erfolgreiche linke Projekte entwickelt haben, die ebenfalls eine Alternative zur neoliberalen Politik bieten wollen. Somit hat sich Zelik, der sowohl als Schriftsteller wie Politikwissenschaftler bekannt ist, auf knappen 200 Seiten recht viel vorgenommen.

Unter der Überschrift „Die Last der Transición“ wird im ersten Kapitel deutlich, dass es sich beim Übergang Spaniens von der Franco-Diktatur in eine parlamentarische Demokratie keineswegs um eine lupenreine Erfolgsgeschichte handelt – zumindest aus linker Perspektive. Werde der Übergang als Verdienst von König Juan Carlos und einiger demokratisch gesinnter Politiker geschildert, würde unterschlagen, dass eine „kontrollierte Modernisierung durchaus im Interesse der franquistischen Machteliten lag und von diesen gewollt war“ Mehr noch: „Soziale Kämpfe, Jugendrevolte, bewaffneter Kampf und das Erstarren der Unabhängigkeitsbewegung“ (S. 28) hätten den Staat in eine politische Krise getrieben, während parallel die wirtschaftlichen Eliten zunehmendes Interesse an einer europäischen Integration Spaniens gezeigt hätten. Gerade letzteres habe aber eine formal demokratische Staatsform vorausgesetzt.

Zelik spricht daher von einem - nicht als formalen Pakt zu verstehenden - „historischem Kompromiss“ zwischen den franquistischen Modernisierer_innen und anti-franquistischen Parteien. Die politische Liberalisierung infolge der „Transición“ habe zwar bürgerliche Freiheiten gebracht, dabei aber die etablierten (ökonomischen wie politischen) Machtverhältnisse größtenteils unangetastet gelassen. Keiner der Verantwortlichen der Diktatur musste sich vor Gericht für die zahllosen Verbrechen verantworten, die Polizei habe weiter Folter betrieben. Auch die konservative Regierungspartei Partido Popular steht für Zelik noch in einer Kontinuität zum Franquismus. Die Entscheidung Zeliks, an dieser Stelle etwas weiter auszuholen, erweist sich jedenfalls als richtig: Durch diese Hintergründe werden die mit der 15M-Bewegung ausgebrochenen Diskussionen um den Zustand der Demokratie in Spanien deutlich verständlicher und konkreter.

Voodoo-Ökonomie und soziale Proteste

Das zweite Kapitel beginnt Zelik mit der These, dass Spanien auch nach 30 Jahren EU-Mitgliedschaft über keine zukunftsfähige ökonomische Grundlage verfüge. Das spanische Wirtschaftsmodell der Vorkrisenjahre bezeichnet er als spekulative „Voodoo-Ökonomie“ - was sich mit dem Platzen der Immobilienblase als fatal offenbart habe. Dabei waren es absurderweise die EU, IWF und OECD-Experten, die meinten, der spanische Boom „beruhe auf einem stabilen Fundament [...] und werde anhalten“ (S. 54). Heute behaupten die gleichen Expert_innen, Spanien habe jahrelang über seine Verhältnisse gewirtschaftet. Überhaupt kommt die Wirtschaftspolitik der EU bei Zelik nicht gut weg. Denn sie habe den

„entwickelten Staaten der europäischen Peripherie nicht etwa dabei [geholfen], ihre Industrien zu modernisieren und zu schützen, sondern propagiert im Gegenteil die Konzentration auf den Dienstleistungssektor, sprich eine Deindustrialisierung des Südens. Die europäischen Randstaaten sollen sich auf den Aufbau ihrer Infrastruktur, Immobilien, Handel, Tourismus und ein bisschen Landwirtschaft konzentrieren – genau das und die vom Boom aufgeblähte Konsumnachfrage jedoch führen dazu, dass das Leistungsbilanzdefizit bis 2007 auf 10 Prozent des BIP steigt“ (S. 65).

In Zuge der Krise kommt die europäische „Rettungspolitik“ auch nach Spanien. Während der spanische Staat die Schulden von Privatbanken übernimmt, verpflichtet er sich zu einer drastischen Reduktion der Sozialausgaben. Zelik führt eine lange Liste der Kürzungen an, die vor allem den Gesundheits- und Bildungsbereich betreffen. Hinzu kommen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 21 Prozent, Privatisierungen öffentlicher Unternehmen und die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen. Trotzdem verdreifachen sich zwischen 2007 und 2015 die spanischen Staatsschulden. Für Zelik ist es daher falsch, die EU-Politik als reine „Sparpolitik“ zu bezeichnen, denn im Kern stünde „nicht Austerität, sondern Umverteilung: die sozial integrativen Funktionen des Staates werden zugunsten des Finanzkapitals und der großen Konzerne rückgebaut“ (S. 67).

Vor diesem Hintergrund beschreibt das dritte Kapitel die „Rückkehr der Bewegungen“ im spanischen Staat. Zelik zufolge herrschen in den 2000er Jahren zunächst schlechte Ausgangsbedingungen für politische Bewegungen, da die Gesellschaft als entpolitisiert erscheint. Wichtige Impulse kommen dennoch über die zapatistische Revolte und ihre Rezeption in der globalisierungskritischen Bewegung. Die schwappt schließlich auch nach Spanien. Mit der Bewegung V de Vivienda („W wie Wohnung“) werden dann ab 2006 die negativen Seiten des Immobilienbooms thematisiert: Wer sich eine Wohnung kauft, verschuldet sich faktisch auf Lebenszeit – während so gut wie kein Mietmarkt als Alternative existiert. Mit V de Vivienda werden laut Zelik bereits Inhalte und Praxen von 15M vorweg genommen.

Und dann sind da noch die Autonomiebewegungen. Da der Staatspakt von 1978 eine territoriale Einheit Spaniens vorsieht, ist die Antwort des Staates weiterhin eine nationalistisch-autoritäre, heißt, er ist kaum zu Zugeständnissen bereit. So macht sich die Erfahrung in Katalonien breit, dass die spanischen Institutionen nicht reformierbar sind. Veränderungen „scheinen nur gegen die und außerhalb der Institutionen möglich“ (S. 87). Zelik sieht daher im „Katalanismus“ weniger einen Wohlstandschauvinismus am Werk als vielmehr einen „demokratischen Impuls, der sich gegen das Madrider Diktat richtet und damit auf die grundlegenden Widersprüche der Transición verweist“ (S. 83). Dies erklärt zumindest, warum sich viele Linke, nicht aber die katalanischen Unternehmerverbände an der Bewegung beteiligen.

Von 15M zu Podemos

All dies ist schließlich der Hintergrund, vor dem sich dann 2011 mit 15M laut Zelik „eine der dynamistischen Protestwellen der jüngeren europäischen Geschichte“ (S. 92) Bahn bricht. Deren unmittelbarer Erfolg liegt für ihn „im Eindringen bislang nicht organisierter Menschen in die Politik

und in der Erfindung neuer Kommunikations- und Aktionsformen“ (ebd.). Trotz der Vielfalt und Kreativität der sozialen Bewegungen scheint die spanische Regierung die Proteste jedoch einfach auszusitzen. Sie produzieren keine relevanten ökonomischen Schäden und sind letztlich nicht in der Lage, die Regierung zu Fall zu bringen.

Das vierte Kapitel widmet Zelik daher der Linkspartei Podemos, die bei den spanischen Parlamentswahlen im Dezember 2015 auf 20 Prozent der Stimmen kam, sowie dem, was als „municipalistische Linke“ verstanden werden kann – offene kommunale Wahlplattformen wie Ahora Madrid oder Barcelona en Comú, die jeweils die Kommunalwahlen in ihren Städten gewinnen konnten. Vor dem Hintergrund, dass die Proteste die Regierung nicht beeinflussen konnten und dass sich Ermüdungserscheinungen in den sozialen Bewegungen breit machten, begann an mehreren Stellen eine Debatte darüber, wie eigene Position stärker in die Institutionen gelangen können. Während die einen an der genannten municipalistische Variante zu arbeiten beginnen, plädieren andere für eine gesamt-spanische Parteigründung, der sie ein ähnliches Potenzial wie der Syriza in Griechenland zutrauen. Zelik schildert informativ, wie sich die Führungsfiguren von Podemos entwickelt haben, was ihre theoretischen Prämissen sind (zum Beispiel Theoretiker eines Linkspopulismus wie Ernesto Laclau), was die internen Konfliktlinien sind und letztlich auch, wie aus dem ursprünglich basisdemokratischen gedachten Projekt eine zunehmend hierarchische Partei wurde. Er kritisiert dabei auch, dass die Parteiführung von Podemos im Vorfeld der nationalen Wahlen immer stärker von Positionen abgerückt ist, die sie auf der Linken verorten. Hinter Maßnahmen wie der Zentralisierung der Partei oder dem Abrücken von radikalen Forderungen sieht Zelik die Wiederholung eines klassischen Fehlers der (parlamentarischen) Linken, die

„die Eroberung der Regierungsmacht immer schon für das einzig entscheidende Kriterium erfolgreicher Politik gehalten hat. Damit gibt sie die zentrale Erkenntnis des 15M preis, dass nämlich die Repräsentationsformen der bürgerlichen Demokratie und die konstituierte Staatsmacht selbst Teil des Problems sind“ (S. 181).

Die stärksten Sympathien lässt Zelik selbst übrigens für die kleine katalanische Partei CUP erkennen, die er als „linksradikal“ einstuft und die hierzulande trotz sensationeller Wahlerfolge noch kaum bekannt ist. Es ist überhaupt der Konflikt zwischen Katalonien und Madrid, dem er zur Zeit die größte Sprengkraft für das politische System Spanien zutraut.

Insgesamt glänzt das Buch dadurch, dass es sowohl unheimlich fundiert recherchiert wie auch gut strukturiert und ungemein flüssig zu lesen ist. Die lockere, aber nie oberflächliche Art, in der Zelik zu schreiben weiß, übertrifft den trockenen Charakter, den linke Fachtexte leider in aller Regel mit sich bringen, bei weitem.

Raul Zelik 2015:

Mit PODEMOS zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien.

Bertz+Fischer Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-86505-733-4.

224 Seiten. 9,90 Euro.

Zitathinweis: Markus Baumgartner: Risse im System. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1325>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Europa des Kapitals



Srećko Horvat / Slavoj Žižek

Was will Europa?

Rettet uns vor den Rettern

Slavoj Žižeks und Srećko Horvats Analyse „der europäischen Sackgasse“ liest sich drei Jahre nach Erscheinen aktueller denn je.

Rezensiert von [Isabelle Holz](#)

Das Buch des slowenischen Philosophen und Kulturkritikers Slavoj Žižek und des kroatischen Autors Srećko Horvat ist 2013 erschienen, in dem Jahr, in dem Kroatien der EU beitrug. Die beiden Autoren nähern sich kritisch aus dem Blickwinkel Kroatiens, Sloweniens, Griechenlands und Zyperns einem Europa, das aus ihrer Sicht als soziale Idee die schmückenden Federn verloren hat und als Wirtschaftsungeheuer Zähne zeigt. Europa als ein Projekt, das vergessen hat, was es war und was es sein könnte.

Der Band vereint verschiedene Einzelbeiträge der beiden kritischen Denker und Autoren in lockerer thematischer Reihenfolge, wobei die Fragen „was ist Europa“, „was will Europa“ und „was könnte Europa sein“ den verbindenden roten Faden darstellen. Dabei werden nicht nur Machenschaften der europäischen Eliten kritisch hinterfragt, auch die Verantwortung der Linken wird neu angedacht. Griechenland, Zypern, Slowenien und Kroatien dienen den Autoren als „Testgelände für ein neues sozioökonomisches Modell“ (S. 62), auf dem die Vision eines sozialen, solidarischen und gerechten Europa durchgespielt und gedanklich aufgebaut wird. Dabei gewinnen die Leser_innen Einblick in komplexe, teilweise absurd anmutende finanz- und wirtschaftspolitische Zusammenhänge, in den Klassenaspekt der griechischen Reformverträge und der Bankenpolitik. Und sie werden, das gehört bei Žižek dazu, über verrückte Sinnbilder auf akute Krisen aufmerksam gemacht. Die konkreten Fragen des Buches werden jedoch wenig praktisch unterfüttert, und man läuft am Ende Gefahr, genauso ratlos zurückzubleiben wie zuvor. „Indem wir Griechenland vor seinen sogenannten Rettern retten, retten wir auch Europa selbst.“ (S. 62) Klingt gut – aber wie?

„Glückliche Banker, unglückliche Gesellschaften“

Mit dem Vorwort von Alexis Tsipras mit dem programmatischen Titel „Die Zerstörung Griechenlands als Modell für das gesamte Europa“ ist einer der wenigen Texte außerhalb Griechenlands abgedruckt, die Aufschluss über die Einschätzungen und die Strategie von Alexis Tsipras geben. Er beschreibt darin unter anderem, welche Rolle Begriffe und die Sprache in der Politik spielen, wenn von der technokratischen Elite über Europa gesprochen wird. Gemeint sind Begriffe wie „Stabilisierung“, was konkret die Beschneidungen der öffentlichen Ausgaben meint und die Auflösung des Sozialstaates mit sich bringt. Oder „Reformen“, was die „Abschaffung von Tarifverträgen“ und damit die „Vereinfachung von Entlassungen“ (S. 9f.) bedeutet: ein Lockmittel, um der Wirtschaft zu erlauben, unter Kolonialbedingungen zu investieren und so den größtmöglichen Profit zu erlangen. Man muss an Gerhard Köpfs Aufsatz „Europa eint der Hass“ von 1995 denken, der darin Europa so buchstabiert: „E wie Egoismus, U wie Unduldsamkeit, R wie Rassismus, O wie Overkill, P wie Pogrom, A wie Ausländerhass. Ach Europa!“

Seit der Unterschrift von Syriza unter das Reform-Memorandum hat sich die wirtschaftliche Lage dramatisch verschlechtert. Die Wirtschaft erholt sich nicht, weil Steuern nicht eingetrieben werden können von Menschen, die auf der Straße leben. Tsipras erklärt den Teufelskreis, in dem Griechenland steckt, mit einem Vergleich: Die Wirtschaft ist wie eine Kuh. Sie frisst Gras und produziert Milch. Man kann ihr nicht das Gras wegnehmen und erwarten, dass sie viermal so viel Milch produziert. Tsipras hat nicht Unrecht, wenn er sagt, dass sich Europa in zwei Lager teilen lässt: das der Herrschaft des Kapitals, ohne Regeln, Normen oder einen Plan für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, und das der „Demokratie und der gesellschaftlichen Güter“ (S. 12). Seine Lösungsvorschläge klingen deshalb auch zunächst gut: Panzerung der europäischen Gesellschaften gegen die Spekulation des Finanzkapitals, Neugestaltung des Wirtschaftswachstums und ein neues Produktionsmodell, das auf der Würde der Arbeit fußt. Vor dem Hintergrund der aktuellen griechischen „Realpolitik“ und der Lebensrealität der Griech_innen macht so viel Pathetik jedoch eher wütend.

Was will Europa?

In den folgenden Einzelbeiträgen von Horvat und Žižek und den abschließenden Gesprächen zwischen Horvat und Tsipras sowie Tsipras und Žižek werden vor allem die Rolle der europäischen Linken und der „Zusammenstoß der brutalen neoliberalen Politik mit den demokratischen Grundwerten“ (S. 117) analysiert. In dem einleitenden Aufsatz „Was will Europa“ stellt Žižek die in den folgenden Texten zentrale Frage, in welchem Europa wir leben und eigentlich leben wollen. Seine Varianten: in der amerikanischen „McWorld“-Zivilisation beziehungsweise in einer autoritären Alternative des chinesischen Kapitalismus, oder in einer wirklichen europäischen Moderne. Bei den kurzen Ausführungen zu dem System „Europa“ wird nicht ganz klar, was „Europa“ für Žižek eigentlich bedeutet. Man bekommt aber den Eindruck, dass (das westlich orientierte) Europa für Žižek mithin einzig wahre Leitkultur ohne Alternative ist. Ähnlich wie Tsipras sieht jedoch auch Žižek als Gefahr

„die Konturen eines geteilten Europas: der südliche Teil wird mehr und mehr auf eine Zone mit billiger Arbeitskraft reduziert, außerhalb des Sicherheitsnetzes des Wohlfahrtsstaates, eine Gegend, die zum Outsourcing und für den Tourismus taugt. Kurz gesagt: Der Graben zwischen der entwickelten Welt und den Hinterherhinkenden verläuft nun innerhalb Europas“ (S. 48).

Er stellt deshalb die Fragen, in welches Europa ein weiterer Staat eigentlich eintritt, und für welche Werte und Ziele die europäische Gemeinschaft (noch) steht. Heißen die zentralen „europäischen“ Werte nicht Gewinnmaximierung, wachsender Wohlstand, Konsum? Gerade in der Verteidigung dieser scheinbar „europäischen Werte“ sieht Žižek auch einen drohenden Werteverfall: Wenn „Terroristen bereit sind, diese Welt aus Liebe zu einer anderen Welt zu ruinieren, sind unsere Krieger gegen den Terror bereit, die Demokratie aus Hass auf das muslimische Andere zu ruinieren“ (S. 20).

Horvat wirft in seinen folgenden Beiträgen auf die Mythen um einen EU-Beitritt ein kritisches Licht, so dass Lügen und Täuschungen sichtbar werden. Die drei Hauptmythen um einen EU-Beitritt – „Wenn wir der EU beitreten, wird es weniger Korruption geben“ (S. 39), „wird mehr Wohlstand“ (S. 39), „wird mehr Stabilität herrschen“ (S. 41) – muten lächerlich an, wenn man auf durchaus korrupte Eliten schaut. So schildert Horvat unter anderem, wie kurz vor dem Beitritt Kroatiens in die EU die europäische Kommission eine Londoner PR-Agentur für 20 Millionen Euro beauftragte, eine Kampagne zu entwerfen, die eben dieses Scheinbild von Europa als Zukunftsvision für die Balkanstaaten installieren und damit sicherstellen sollte, dass der Beitritt Kroatiens in die EU reibungslos verläuft. Dabei hat natürlich die „Integration“ des Balkans nach Horvat schon vor zwanzig Jahren begonnen, als die ersten Banken nicht mehr dem Balkan gehörten, sondern „deutschen, italienischen und französischen Banken“ (S.28).

Was tun?

Žižek und Horvat setzen 2013 ihre ganzen Hoffnungen auf Syriza und Alexis Tsipras. Nur Syriza könne noch „retten, was vom europäischen Erbe der Rettung wert ist: Demokratie, menschliches Vertrauen, egalitäre Solidarität“ (S. 61). Wenn man in die europäische Vergangenheit schaut, fragt man sich allerdings, von welchem Erbe Žižek spricht: Rabiante Kolonialisierung, die Ausgrenzung von nicht normierbaren Gruppen, Stellvertreterkriege und bewachte Grenzen? Trotzdem: Syriza könnte, so die Hoffnung der Autoren 2013, eine neue Perspektive bringen. Wenn die Definitionsmacht von Demokratie und demokratischen Werten nur bei den oft korrupten politischen Institutionen liegt, haben andere Demokratievorstellungen keinen Raum mehr zur Verwirklichung. Was Europa braucht, sind andere, neue Perspektiven – vielleicht könnte Europa so wieder zu einem wirklichen Solidaritätsprojekt werden.

Und Europa heute? Žižek hat ein passendes Symbol für das moderne Europa: die Costa Concordia. Ein riesiger Luxus-Kreuzer, gestrandet, von innen zerfallen, der Kapitän trinkt in der Nacht des Untergangs teuren Wein und flieht dann, wie die Manager und Broker von Goldman Sachs und der Europäischen Zentralbank, als erster vom sinkenden Schiff und überlässt die Menschen ihrem Schicksal. Das Programm bzw. die Aufgabe, die Žižek am Ende formuliert: „Durch eine kritische Auseinandersetzung mit der gesamten europäischen Tradition sollte man die Frage 'Was ist Europa?' oder eher 'Was bedeutet es für uns, Europäer zu sein?' wiederholen und so einen Neuanfang formulieren.“ (S. 108f.)

Das Buch ist deshalb heute so aktuell, weil das eingetreten ist, was von Žižek und Horvat erhofft wurde: Alexis Tsipras ist seit 2015 Ministerpräsident, und mit Syriza ist erstmals eine Partei links von der Sozialdemokratie die stärkste Regierungspartei in einem EU-Land. Wichtige Koordinaten innerhalb Europas haben sich also scheinbar nach links verschoben – und trotzdem hat sich kaum etwas verändert. Der Krisenbegriff ermöglicht es einer technokratischen Elite, Einfluss auf den europäischen Wertediskurs zu nehmen. Tsipras Vermutung, die Krisenbewältigung sei für die EU-Eliten ein Vorwand für die Auflösung des Sozialstaates und die Privatisierung grundlegender gesellschaftlicher Güter wie Wasser und Energie, wurde ihm bestätigt: durch ein Diktat der Auflagen zu den neuen Sparpaketen.

Srećko Horvat / Slavoj Žižek 2013:
Was will Europa? Rettet uns vor den Rettern.
Laika Verlag, Hamburg.
ISBN: 978-3-942281-68-3.
140 Seiten. 14,90 Euro.

Zitathinweis: Isabelle Holz: Europa des Kapitals. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1326>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Staat oder Nicht-Staat



Jens Wissel

Staatsprojekt Europa

Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union

Der Autor geht den Fragen nach, wie sich Herrschaft mit der EU neu organisiert und wie sich damit europäische, aber auch nationale Politik verändert.

Rezensiert von [Alison Dorsch](#)

Phänomene der nationalen und europäischen Politik sind miteinander verwoben und lassen sich kaum isoliert voneinander verstehen. Um die Möglichkeiten der gegenseitigen Einflussnahme einzuschätzen, gilt es, das Verhältnis zwischen EU und Nationalstaaten zu klären. Jens Wissel nimmt an, dass sich im Zuge der europäischen Integration die Mitgliedsstaaten internationalisieren. Dadurch wird der räumliche Bezug der nationalen Politik auf die europäische Ebene ausgeweitet. Die EU bleibt dabei keine rein internationale Struktur, sondern beginnt supranationale Elemente auszubilden. Sie ist also nicht mehr allein Plattform für die Politik der Nationalstaaten, sondern handelt in Teilen eigenständig.

Die Europäische Union als Staat?

Im ersten Drittel des Buches argumentiert Wissel, die EU sei ein Staat im Entstehungsprozess. Er begreift dabei „Staat“ im Sinne der materialistischen Staatstheorie. Der Staat ist entsprechend „kein einheitlicher Akteur, kein handelndes Subjekt“, sondern ein „komplexes Ensemble aus konkurrierenden Macht- und Entscheidungszentren innerhalb von staatlichen Apparaten“ (S. 27), in denen sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verdichten. Der Staat ist „also das Terrain, auf dem soziale Auseinandersetzungen nach bestimmten Spielregeln ausgetragen werden“ (S. 29). Nicht jedes Apparate-Ensemble, in dem gesellschaftliche Kräfte wirken, ist jedoch automatisch ein Staat.

Um sich als Staat zu konstituieren, muss ein Apparate-Ensemble nach Wissel fünf Bedingungen erfüllen. Es muss zunächst ein Territorium definieren, um einen Raum und eine Bevölkerung zu schaffen, über die es als Staat verfügen kann. Um auf diesem Territorium Rechtssicherheit zu gewährleisten, benötigt der zukünftige Staat das Gewaltmonopol, also das alleinige Recht, legitim Gewalt anzuwenden. Denn nur dadurch lassen sich in einer von Klassenwidersprüchen durchzogenen Gesellschaft direkte Gewaltanwendung in der Ökonomie verhindern und die Gesellschaft trotz ökonomischer Widersprüche politisch stabilisieren. Zwang äußert sich nicht mehr direkt in physischer Gewalt, sondern wird vom Staat beispielsweise über Richter_innen oder Polizist_innen ausgeübt. Solange der Staat seine Autorität behaupten kann, ersetzt die Androhung von Gewalt in der Regel die tatsächliche physische Auseinandersetzung. Damit das Apparate-Ensemble als einheitlicher Akteur, also als Staat, auftreten kann, müssen die in ihm wirkenden Kräfte in ihren Strategien bis zu einem gewissen Grad geeint und die Zuständigkeit der einzelnen Apparate im Staat ungefähr geklärt sein. Wissel unterteilt die wirkenden Kräfte nach ihren Strategien im Umgang mit gesellschaftlichen Problemen in „Hegemonieprojekte“. Erst wenn eins dieser Hegemonieprojekte zum hegemonialen Projekt wird, das heißt, wenn die ihm zugeordneten Akteure und deren Lösungsansätze die dominierenden sind, ist die relative Einheit, also Kohärenz der gesellschaftlichen Kräfte gegeben. Beginnt dieses hegemoniale Projekt Einfluss auf

institutionelle Strukturen zu nehmen, indem es den Apparaten Kompetenzbereiche zuordnet oder neue Apparate bildet, wird es zum Staatsprojekt. Die Hegemonie des Staatsprojektes ist zwar materiell bedingt, muss aber ideologisch durch eine Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis abgesichert werden, indem der „Konsens der Beherrschten“ (S. 30f.) hergestellt wird. Sobald sich die formale Struktur des Staates festigt, beginnt er eine apparative Eigenlogik auszubilden, die ihm eine relative Autonomie von den gesellschaftlichen Kräften und den dahinterstehenden Akteuren gibt.

Die EU ist mit dem Schaffen einer europäischen Grenze dabei, über den Nationalstaaten ein geeintes Innen, also europäisches Territorium und eine dazu zählende Bevölkerung zu konstruieren. Auf diesem entstehenden Territorium hat sie jedoch weder Gewalt- noch Steuermonopol inne und ist deswegen auf die Kooperation der Mitgliedsstaaten angewiesen. Akteure des europäischen Staatsprojekts sind die transnationalen europäischen Institutionen, die alle eine dem neoliberalen Projekt entsprechende Selektivität aufweisen. Die Anfänge einer europäischen Zivilgesellschaft beschränken sich auf einen engen Kreis von Lobbyist_innen und Wissenschaftler_innen. Auch die relative Autonomie der EU ist kaum gegeben, da sie einerseits von den Regierungen einzelner Nationalstaaten und andererseits von ressourcenstarken privaten Akteuren aus der Wirtschaft abhängig ist.

Vom Wohlfahrtsstaat zum Neoliberalismus

Ob die EU sich als Staat konstituieren wird, hängt von zukünftigen Entwicklungen ihrer politischen Integration ab. Wissel gibt einen Überblick über den bisherigen Verlauf des Integrationsprozesses, der aufgrund politisch-militärischer Überlegungen nach den Weltkriegen seinen Anfang nahm. Schon in den 1950ern entwickelte sich neben dieser sicherheitspolitischen Motivation das Interesse an einem gemeinsamen Markt. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich in den Nationalstaaten das fordistische Hegemonieprojekt durchgesetzt. Damit dominierten die mit dem Klassenkompromiss verbundene Sozialpolitik und das Konzept der Wohlfahrtsstaatlichkeit die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. In der Krise des Fordismus der 1970er Jahre gelang es dem neoliberalen Projekt, seine Hegemonie zu etablieren. Auf nationaler Ebene äußerte sich dies darin, dass neoliberale Parteien und Politiker_innen die Regierungen übernahmen, beispielsweise Margaret Thatcher 1979 in Großbritannien. Auf die EU bezogen bedeutete es, dass die bisherige fordistische Integrationsweise abgelöst wurde von einer wettbewerbstaatlichen, die den ökonomischen Bezug der europäischen Integration festigte.

Durch den Ausbau der transnationalen europäischen Ebene gelang es den neoliberalen Kräften, die in den Nationalstaaten organisierte Wohlfahrtsstaatlichkeit zu untergraben. In einer „passiven Revolution“, also einer Revolution von oben, gelang es den europäischen Eliten, „die komplette gesellschaftliche und die staatlich-bürokratische Struktur“ (S. 53) in ihrem Sinne zu verändern und so die Hegemonie des Neoliberalismus institutionell zu sichern. Diese Dominanz festigte sich soweit, dass seit Mitte der 1980er Jahre sich alle gesellschaftlichen Kräfte in Auseinandersetzungen in Relation zum Neoliberalismus positionieren müssen.

Die neoliberale Umstrukturierung der europäischen Institutionen begann 1986 mit der Einheitlichen Europäischen Akte. Mit ihr wurde das Programm zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes umgesetzt, das aus einer Kooperation von Europäischer Kommission und dem European Round Table of Industrials hervorgegangen war und nach Wissel „eines der größten Deregulierungsprogramme dar[stellte], die jemals realisiert wurden“ (S. 91). Darauf folgte 1992 mit dem Vertrag von Maastricht die Wirtschafts- und Währungsunion, die den Mitgliedsstaaten eine extrem restriktive Haushalts- und Geldpolitik vorschrieb. In diesem Zusammenhang wurde 1998 die Europäische Zentralbank gegründet, die „weitgehend der politischen Kontrolle entzogen und ausschließlich der Geldwertstabilität verpflichtet wurde“ (S. 119). Übergeordnetes Ziel dieser institutionellen Transformationen war, die EU nach außen als geeinte Wirtschaft in der globalen Ökonomie neu zu positionieren. Nach innen verstärkten die Veränderungen ökonomische Konzentrationsprozesse und Konkurrenzverhältnisse.

Suche nach Identität

Der ausschließlich ökonomische Bezug der wettbewerbsstaatlichen Integration konnte jedoch nicht beibehalten werden. Schon bei der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht äußerten sich die Bevölkerungen skeptisch, die dänische beispielsweise lehnte den Vertrag in einem Referendum ab. Die Kritik an der EU und der Ruf nach Demokratisierung halten sich bis heute. Eine wesentliche Stütze der EU, die passive Zustimmung der Bevölkerungen, beginnt zu bröckeln. Mit der politischen Integration, vor allem durch die mit Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte, soll eine europäische Identität entstehen, die diesem Legitimationsverlust entgegenwirkt. Die politische Integration hat nicht nur genuin europäische Apparate geschaffen (Kommission, EuGH, EZB und Agenturen), sondern auch die schon bestehenden nationalen Apparate europäisiert und damit nachhaltig verändert. Wissel untersucht die politische Integration der EU an drei Fallbeispielen, die zeigen, dass die erwähnten Apparate ihre Kompetenzen, und damit die relative Autonomie der EU, in „technokratischen, entpolitisierten und von der Öffentlichkeit isolierten“ (S. 251) mikropolitischen Auseinandersetzungen ausweiten. Diese Prozesse weisen eine hohe Selektivität bezüglich der in ihnen wirkenden Kräfte auf. Um ihre Interessen wirkungsmächtig in die EU zu tragen, muss eine gesellschaftliche Kraft auf professionalisierte Politikberater_innen zurückgreifen können. Die öffentliche Kritik gab Akteuren Wirkungsmacht, die neben der ökonomischen an einer politischen Integration der EU interessiert sind. Nur wenige dieser Akteure haben jedoch gleichzeitig ein Eigeninteresse an der Demokratisierung der EU. In der politischen Integration bleibt die Demokratisierung damit neben dem Schaffen einer legitimationsstiftenden europäischen Identität weiterhin nebensächlich.

Wissel schreibt auf knapp 300 Seiten über die Konzepte der materialistischen Staatstheorie, den Übergang vom Fordismus zum Neoliberalismus und dessen Auswirkung auf den bisherigen europäischen Integrationsprozess, die europäische Sozial- und Migrationspolitik und die Strategien der Institutionen in der europäischen Politik. Dabei scheint er zuweilen nicht nur den Überblick über die inhaltliche Gliederung seiner Arbeit, sondern auch das Interesse am Materialismus hinter seiner Staatstheorie zu verlieren. Er analysiert die EU politisch anhand Veränderungen der Machtbeziehungen zwischen Hegemonieprojekten, also gesellschaftlichen Kräften und deren Strategien. Was er als Dominanz des neoliberalen Hegemonieprojektes bezeichnet, ist nichts anderes als die Dominanz der neoliberalen Ideologie. Die Auseinandersetzung zwischen den „Projekten“, die er untersucht, sind die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen ideologischen Strömungen in Europa, die, wie er selbst sagt, materielle Grundlagen haben. Die Analyse dieser materiellen Grundlagen kommt hier jedoch viel zu kurz. Auch der Begriff „materialistisch“ bleibt in seinen theoretischen Ausführungen unbefriedigend unscharf. Der Begriff „Historischer Materialismus“ fällt kein einziges Mal. Im Zusammenhang mit einer materialistischen Staatstheorie, in der sich der Autor mit Antonio Gramsci auch auf einen marxistischen Theoretiker bezieht, wäre wenigstens ein kurzer Verweis auf Marx schön gewesen.

Jens Wissel 2015:

Staatsprojekt Europa. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union.

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster.

ISBN: 978-3-89691-859-8.

288 Seiten. 29,90 Euro.

Zitathinweis: Alison Dorsch: Staat oder Nicht-Staat. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik.

39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1327>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Europa – ein rassistischer Kontinent?



Fatima El-Tayeb

Anders Europäisch

Rassismus, Identität und Widerstand im vereinten Europa

Das Buch kritisiert mit Bezug auf Kämpfe migrantisierter Gruppen und Queer-of-Color-Gemeinschaften die Vorstellung eines demokratischen und aufgeklärten Europas.

Rezensiert von [Michael Rahlwes](#)

Gerade die Austeritätspolitik in Griechenland und anderen südeuropäischen Ländern hat in den letzten Jahren von linker Seite die Kritik an der demokratischen Orientierung der EU verstärkt: Sie setze nur mehr neoliberale Sachzwangspolitik, das heißt die Kürzung von Löhnen und Renten, und eine zunehmende Verlagerung von demokratischen Entscheidungsprozessen auf nicht demokratisch legitimierte Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds (IWF) um. Gleichzeitig schotte sie ihre Außengrenzen militärisch ab, um unerwünschte Zuwanderung einzudämmen.

Wenig Beachtung findet in diesen Diskussionen die Sicht von Migrant_innen und Communities of Color auf das Projekt Europa. Gibt es vor dem Hintergrund ihrer Erfahrung überhaupt die Möglichkeit, das europäische Projekt als demokratisch beziehungsweise aufgeklärt zu verstehen? Und auch: Wie wird, spezifisch in Europa, in den Alltagspraktiken Rassismus erfahren? Diese Fragen sind die Grundlage von Fatima El-Tayeb's Buch, das 2011 im englischen Original erschien.

Das Wechselspiel von Erinnerung und Amnesie

El-Tayeb, Historikerin und aktuell Professorin an der University of California, arbeitet bei ihren Analysen mit dem Begriff der Rassifizierung. Dieser bezeichnet Zuschreibungen und Ausschlusspraktiken, die Bevölkerungsgruppen als nicht zu Europa zugehörig stigmatisieren. Sie spricht auch von einem „System vor allem visueller Markierungen, die nicht-weiße und nicht-christlich sozialisierte Menschen als notwendigerweise nicht-europäisch festschreiben“ (S. 7). Anders gesagt: Die Bildung einer europäischen Identität geht zugleich mit dem Ausschluss von nicht-weißen und queeren Lebensformen einher.

In der vorliegenden Studie geht es nun um die „Ausgrenzung rassifizierter Bevölkerungsgruppen“ wie etwa „Communities of Color“ (S. 7). El-Tayeb möchte dabei aus der Sicht der betroffenen Gruppen und Menschen den Prozess der Rassifizierung beschreiben. Damit verbunden ist die Vorstellung, dass damit zugleich „die Werkzeuge zu dessen Dekonstruktion [ge]schaffen“ (S. 8) werden. Es geht also zunächst einmal darum, etwas hörbar zu machen, was nicht gehört wird. Hier liegt der Einwand nahe, ob das Werkzeug des Sichtbarmachens zur Dekonstruktion der rassifizierenden Positionszuweisung ausreichen kann, da Rassismus als Strukturelement sehr wirkmächtig ist. El-Tayeb versucht hier, nicht nur die subjektiven Geschichten der Communities of Color nachzuerzählen, sondern auch den gesellschaftlichen Rahmen einzubeziehen.

El-Tayeb's Rassismusbegriff bezieht sich auf die Art und Weise, wie minoritäre Europäer_innen durch „neue Formen räumlicher Ordnung“ (S. 48) regiert und damit aus der vorherrschenden europäischen Ordnung ausgeschlossen werden. An dieser Stelle verweist El-Tayeb auf Prozesse

des städtischen Ausschlusses, der vor allem migrantisierte Bevölkerungsgruppen „in segregierte Nachbarschaften“ (ebd.) wie beispielsweise die französischen Banlieues zwingt. Damit einher gehen „Diskurse der 'Rasselosigkeit‘“, die ein vermeintlich homogenes „Weißsein Europas“ (ebd.) erzeugen, das zu einer Unsichtbarmachung von Communities of Color, aber auch einer „Farbenblindheit [colorblindness]“ (S. 36) beziehungsweise einer Verleugnung von Rassismus führt. Ausgrenzung funktioniert, so El-Tayeb, durch einen Prozess, den sie als „Dialektik von Erinnerung und Amnesie“ (S. 37) bezeichnet. Dahinter steht die Vorstellung, dass Rasse das zentrale Merkmal „einer Markierung des Nicht-Dazugehörens“ (S. 39) ist, um so Menschen sozial und ökonomisch auszuschließen. Gegen diese Ausgrenzung setzt El-Tayeb eine auf die Alltagskultur abzielende Erzählung widerständiger Praktiken in ethnisierten queeren Zusammenhängen. Der Ausschluss migrantisierter Gruppen in Europa wird in vier Kapiteln beleuchtet.

Ausschluss und Widerstand

Im ersten Kapitel wird der Vorstellung eines gemeinsamen europäischen öffentlichen Raums nachgegangen. Es wird danach gefragt, unter welchen Bedingungen migrantisierte Bevölkerungen eigene Erfahrungen artikulieren können, welche Öffentlichkeit ihnen also möglich ist. Die Musik des Rappers Axiom First der Gruppe 'La Rumeur' dient dabei als Beispiel widerständiger Praktiken, welche die Aufstände in französischen Banlieues 2005 begleiteten. Dieser stellt, entgegen der hegemonialen Deutung der Ereignisse, eigene Bezüge „im Kontext der Geschichte von Kolonialismus und Arbeitsmigration“ (S. 96) her. Der Hip-Hop wird hier von El-Tayeb als eine sprachliche (und körperliche) Form für Migrant_innen dargestellt, ihre Erfahrungen von Gewalt, Ausschluss, Rassismus und Diskriminierung zu artikulieren.

Die Rassifizierung, das heißt die ethnische Stigmatisierung des vermeintlich Fremden, von Diaspora-Gemeinschaften wird im zweiten Kapitel thematisiert. Dies geschieht mit Blick auf heteronormative Geschlechterrollen, Feminismus von Frauen of Color und queere Erinnerungsdiskurse. Ein Beispiel, welches El-Tayeb hierfür wählt, ist ein 1984 von Audre Lorde gehaltenes Seminar an der FU Berlin, das die Studierenden dazu bewegte, „sich mit ihrer spezifischen Situation als Schwarze deutsche Frauen zu beschäftigen“ (S. 161). El-Tayeb schreibt an solchen Stellen gegen „Deutschlands (Selbst)Darstellung als weiße Nation“ (S. 164) an; so zeigt das Beispiel ihrer Auffassung nach, dass es „in der afrikanischen Diaspora“ (ebd.) transnationale Kämpfe gibt, die nicht auf die USA beschränkt bleiben. An diesem Beispiel ließe sich allerdings auch die Komplexität solcher Kämpfe beschreiben: Offenbar geht es in dem beschriebenen Seminar um eine spezifische Intervention in die Art und Weise der Wissensproduktion an einer europäischen Hochschule, die andererseits aber zugleich in transnationale anti-rassistische Kämpfe eingebunden ist.

Im dritten Kapitel – „Säkulare Unterwerfungen: muslimische Europäer_innen, weibliche Körper und performative Politiken“ – werden Praxen in ethnisierten Gruppen in ihrem Verhältnis zu gesellschaftlichen „Normal“-Vorstellungen untersucht. Hier greift El-Tayeb die „emotionsgeladene Kleidungs politik [emotive politics of dress]“ (S. 202) auf. Hintergrund ist die in der Öffentlichkeit oft vertretene Vorstellung des Islam „als frauenfeindlich und homophob“ (S. 204) – eine Definition, die weibliche Handlungsfähigkeit in muslimischen Kulturen stereotypisiere. El-Tayeb zeigt mit einem zweiten Beispiel über den Diskurs um Ehrenmorde in den Niederlanden, inwiefern die öffentlich zu beobachtende Gleichsetzung von „Muslim_innen mit gewalttätigen, fundamentalistischen jungen Männern“ (S. 65) zu verkürzten und rassistischen Stereotypisierungen führt. Herangezogen werden Theaterstücke der niederländischen Feministin Adelheid Roosen, die auf der Grundlage von losen Interviews mit türkischen Männern Ehrenmorde verhandelt. Dabei, so kritisiert El-Tayeb, gelinge es Roosen nicht, die Männer „als Individuen darzustellen, die sich nicht grundlegend vom holländischen Publikum unterscheiden“ (S. 207). Vielmehr erlaube der Diskurs um Ehrenmorde „der Dominanzgesellschaft“ in Europa, „Gewalt gegen Frauen weiterhin als eine private, persönliche Angelegenheit zu sehen“ (ebd.).

Der Mythos der europäischen Identität

Die sozialen Folgen der zunehmenden Urbanisierung – „mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung [lebt] in Städten“ (S. 98) – treffe, so El-Tayeb in einem nächsten Kapitel, vor allem Migrant_innen, wenn etwa die prekarierte und rassifizierte „Unterschicht“ (S. 99) zunehmend „durch Gefängnis- und Militärsysteme verwaltet“ (S. 98) werde. Mit anderen Worten: Die von Balibar sogenannten Überflüssigen werden von staatlicher Seite zum Gegenstand von politischen Programmen, um deren eigenständige Organisation und Handlungsfähigkeit zu unterlaufen.

Hinzu kommen Lebensformen und kulturelle Praxen vermeintlich offener Gruppen, die sich letztlich ebenfalls als problematisch erweisen. Dies betrifft etwa bestimmte Formen urbaner „Fluidität und kosmopolitischer Mobilität“ (S. 248), die vor allem mit der Produktion von kulturellem Kapital verbunden sind, so dass Mobilität hier neue Ausschlüsse produziert beziehungsweise andere Gruppen an Mobilität hindert. Am Beispiel eines von El-Tayeb nicht näher erläuterten „schwulen kosmopolitischen Tourismus“ (S. 254) in Amsterdam stellt sie dar, inwiefern dieser eine bestimmte Anordnung des städtischen Raumes erfordere, und damit verbunden die Ausgrenzung von migrantisierten Gruppen in Randbezirke. Gleichzeitig, so die Autorin, brauche dieser Tourismus auch „verarmte Gemeinschaften of Color“ (S. 254), die als eine Ressource für Arbeit, Essen, Sex und andere Waren angeeignet werden können. Hier fragt sich, ob solche Ausbeutungsverhältnisse tatsächlich nur auf den Tourismus zurückzuführen sind und wie trotz dieser Ausschlüsse Bündnis- und Handlungsfähigkeit entwickelt werden können. Damit einhergehend wäre es hier weiterführend gewesen, den Blick auf subversive Praktiken im öffentlichen städtischen Raum weiter auszubauen. Auch ein Blick auf die Frage, inwiefern Mobilität innerhalb der EU ungleich verteilt ist, hätte diesem Kapitel gut getan.

El-Tayeb geht es aber um etwas anderes: Ihr zufolge verbinden sich etwa Gesetzgebungen zu eingetragenen Partnerschaften und Homo-Ehe mit einer anti-muslimischen Rhetorik, die sich gegen einen vermeintlich homophoben Islam beziehungsweise die islamische Gemeinschaft abgrenzen. El-Tayeb verwendet dafür den Begriff des „Homonationalismus“ (S. 253). Hier wäre es interessant gewesen, wenn El-Tayeb den sogenannten Homonationalismus ins Verhältnis zum supranationalen Projekt der EU gebracht hätte. Wie verhalten sich diese transnationalen Praxen (wie Tourismus) zu den europäischen Institutionen? Gibt es Möglichkeiten, in einer transnationalen europäischen Zivilgesellschaft Homonationalismen zu unterlaufen?

Ein weiteres Beispiel für einen rassistisch aufgeladenen Tourismus sind die seit den Londoner Riots von 2011 bekannten „Chows“ (S. 254), die von El-Tayeb mit „Fremde von anderswo“ (ebd.) übersetzt werden. Diese sogenannten Chows werden als „vermarktbar touristische Ware“ (ebd.), das heißt als Anschauungsobjekte für westliche weiße Tourist_innen in Stadtführungen als Attraktionen feilgeboten. Damit verbunden ist die Zur-Schau-Stellung des gewaltsamen, vermeintlich nicht-zivilisierten und migrantisierten Anderen.

El-Tayeb dekonstruiert in ihrem Buch ein von so unterschiedlichen Autoren wie Jürgen Habermas und Jean Baudrillard vertretenes „lineares Narrativ“ (S. 77) eines Europas, das in einem Prozess von der Französischen Revolution bis zum europäischen Einigungsprozess eine gemeinsame Identität geschaffen habe. Sie zeigt dabei nicht nur, dass diese Geschichte selbst gar nicht so linear verlaufen ist – vielmehr macht sie deutlich, dass diese vermeintlich homogene europäische Identität durch viele alltagskulturelle Praxen wie zum Beispiel den Hip-Hop von ethnisierten Gruppen unterlaufen wird. Es hat immer wieder „Formen des Widerstandes“ (S. 53) von migrantisierten und queeren Gemeinschaften of Color gegeben, „die die ihnen zugeschriebenen essentialistischen Identitäten destabilisieren“ (ebd.). Gerade im Hinblick auf die Refugee Bewegungen ist die Problematisierung von El-Tayeb erhellend, stellt sie doch die Frage nach widerständigen Praktiken, Handlungsfähigkeit und der Selbstermächtigung von rassifizierten Menschen.

Fatima El-Tayeb 2015:

Anders Europäisch. Rassismus, Identität und Widerstand im vereinten Europa.

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-583-7.

357 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Michael Rahlwes: Europa – ein rassistischer Kontinent? Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1337>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Analysen zur Krise



Sebastian Friedrich, Patrick Schreiner (Hg.)

Nation – Ausgrenzung – Krise
Kritische Perspektiven auf Europa

Der Sammelband widmet sich dem Zusammenhang von Nationalismus, Ausgrenzung und Kapitalismus im Zeichen der „Euro-Krise“.



Rezensiert von [Zülfukar Çetin](#)

Spätestens seit dem letzten großen Wirtschaftskrisendiskurs im europäischen Kontext, der vor allem in Spanien, Portugal und Griechenland spürbar war und die Europäische Union sichtbar beunruhigte, fingen Eliten in Wirtschaft und Politik an darüber nachzudenken, wie sie die EU von den sichtbar gewordenen Widersprüchen retten können. In den Zeiten vor der Krise glaubten die Architekt_innen der EU, ein europäisches marktwirtschaftliches Ideal und eine europäische Identität gefunden zu haben, deren Wurzeln permanent auf die alt-griechische politische Ideenwelt zurückgeführt wurde. Seit der Finanzkrise wird das Ideal der Europäischen Union mit einer ausgrenzenden Wirtschafts- und Finanzmoral verstärkt beschrieben und neu definiert. EU-Länder, die diesem Ideal nicht „entsprechen“, werden mit bestimmten Kriterien der EU-Finanzmoral konfrontiert: Stabilität, Produktivität, Disziplin, Kontinuität und Anstand sind einige Elemente dieser vor allem rassistisch geprägten Finanzmoral der EU, die mit der Wirtschaftskrise in eine Identitätskrise gerät. So stellen seit der Finanzkrise große EU-Länder wie Deutschland, Britannien und Frankreich die seit Jahrzehnten selbst gemachte europäische Identität in Frage. (Hier wird Bezeichnung Britannien anstatt Großbritannien verwendet, um die koloniale Bedeutung des letzteren Begriffes auch zu kennzeichnen, Haritaworn/Tauqir/Erdem 2011, S. 52). Vor allem wurden Griech_innen Eigenschaften wie Faulheit, Disziplinlosigkeit, Diskontinuität, Bestechung, Leistungsverweigerung zugeschrieben und als Gründe für die „Pleite“ Griechenlands deklariert.

Nicht nur der Rassismus wurde durch die Finanzkrise sichtbar, auch Nationalist_innen fühlten sich angesprochen und ermutigt, die rassistischen Erzählungen und Argumentationen der Eliten in Wirtschaft und Politik sowie der Mitte der Gesellschaft zu übernehmen und diese auszudehnen. So wurde die Gefahr der Nation (re)konstruiert und die Parolen gegen „faulen Griech_innen“, „Siesta Spanier_innen“ oder „kriminelle Roma und Sinti“ verbreitet. Auch das rassistische Gedankengut Sarrazins ist kein Zufall der 2000er Jahre, in denen vor allem Muslim_innen und Schwarze, die als Gegensätze der europäischen Kultur eingestuft wurden, mit ähnlichen rassistischen Konstruktionen wieder definiert beziehungsweise deklassiert wurden. Der Sammelband „Nation – Ausgrenzung – Krise“, der von Sebastian Friedrich und Patrick Schreiner im Juli 2013 herausgegeben wurde, fragt nach den Formen und den Auswirkungen des ausgrenzenden und nationalistischen Denkens in Europa.

Krisendynamiken

Der Sammelband setzt sich zum einen mit den theoretischen Hintergründen des Zusammenhangs zwischen Nationalismus, Ausgrenzung, neoliberalen Kapitalismus und Krise auf einer analytischen Ebene auseinander. Zum anderen liegt der Schwerpunkt des Bandes auf den konkreten aktuellen Erscheinungsformen von Nationalismus und Ausgrenzung in Europa. Vor diesem theoretischen und

empirischen Hintergrund analysiert der Band die Formen und Auswirkungen von Denken, Handeln und Strukturen der Ausgrenzung und des Nationalismus im Kontext der aktuellen Wirtschaftskrise in Europa. Der Sammelband besteht entsprechend aus zwei Blöcken. Während im ersten Teil „theoretische und länderübergreifende Perspektiven“ behandelt werden, umfasst der zweite Teil Beiträge, die einzelne Länder in den Blick nehmen und aktuelle (Erscheinungs-) Formen von Nationalismus und Ausgrenzung untersuchen. In insgesamt 18 Beiträgen werden zahlreiche Beispiele und Entwicklungen aus zehn Ländern aufgegriffen und die Formen und Erscheinungsweisen von Nationalismus und Ausgrenzung in Europa analysiert.

Sebastian Friedrich geht in seinem Beitrag „Veränderte Verhältnisse. Rassismus in Zeiten der Krise“ von einem Wechselverhältnis zwischen Rassismus, Kapitalismus und Krise aus (S. 54). Anhand vorhandener Rassismus- und Krisentheorien sowie der Analyse aktueller Entwicklungen zeigt er auf, dass Rassismus Konjunkturen unterliegt und als dynamische, politische Strategie nutzbar gemacht wird. Der Beitrag von Friedrich macht deutlich, dass es zwischen Rassismus und Krisendynamiken enge Zusammenhänge gibt. Es wird nachvollziehbarer, wie die (Finanz-) Krisensituationen Rassismen reaktualisieren, reaktivieren, etablieren und neu hervorbringen.

Der Beitrag „Out of Control. Schengen und die Krise“ von Bernd Kasperek und Vassilis S. Tsianos thematisiert die Europäisierung des gegenwärtigen Grenz- und Migrationsregimes am Beispiel der globalen Finanzkrise und des Schengener Abkommens als Regulator der Europäisierung der Migrationspolitik.

„Mit dem Aufkommen der neuen, globalen wirtschaftlichen Krise, die in Europa vor allem als Krise der Staatsfinanzen wahrgenommen wird, ist der Vergemeinschaftungsprozess allerdings sichtbar ins Stocken geraten. Dieser Befund gilt auch für die Migrations- und Grenzregime im EU-Rahmen. Das System Schengen insgesamt befindet sich in einer Krise“ (S. 70).

Deutscher Nationalismus

Die genannten Beiträge sind aus dem theoretischen und länderübergreifenden ersten Teil. Im zweiten Teil werden die Entwicklungen in Russland, Belarus, Spanien, Griechenland, Italien, Niederlande, Ungarn, Deutschland, Britannien und der Türkei analysiert. Anika Kozicki zeigt in ihrem Beitrag „Deutsche Normalität in Europa. Zur Kritik des deutschen Nationaldiskurses“ die Reartikulation der deutschen nationalen Identität und deren Zusammenhang mit der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise plastisch auf. Während die von der deutschen Seite gelobte „Tugend des Sparens“ beziehungsweise die Rettungs- und Sparpolitik als Weg zur Lösung der Finanzkrise durchgesetzt wird, werden die „Anderen“, die ihre Inseln verkaufen sollen, auf eine nationalistische und rassistische Weise ausgegrenzt. Kozicki zeigt in ihrem sehr verständlich geschriebenen Beitrag auf, dass der deutsche Nationalismus sich in der Zeit der Krise durch die angeblich wirtschaftlichen Erfolge des deutschen Staates beziehungsweise der deutschen Nation reartikulieren konnte, was zur Normalisierung der Überlegenheitsgefühle der deutschen Nation beziehungsweise des deutschen Nationalismus beitrug.

Ebenfalls mit Deutschland, allerdings mit einem anderen Blickwinkel, befasst sich der Beitrag von Sara Madjlessi-Roudi. Sie untersucht die ausgrenzenden Effekte der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Entwicklungspolitik, indem sie aus einer postkolonialen Perspektive die aktuellen Diskurse und Praktiken bezüglich des Konzepts „Entwicklung“ in Frage stellt. Sie macht deutlich, dass im eurozentrischen Entwicklungsdiskurs die Welt nach einer angenommenen „universellen Entwicklungsskala“ in entwickelte und unentwickelte Länder eingeteilt wird (S. 118). Diese dichotome Einteilung der Welt (entwickelt/unentwickelt, fortschrittlich/rückschrittlich, demokratisch/undemokratisch) ermögliche laut Madjlessi-Roudi eine Legitimation (entwicklung-)politischen Handelns. Hinsichtlich der Wirtschafts- und Finanzkrise würden die Probleme im globalen Süden verortet, während die Expertise zur Lösung im globalen Norden lokalisiert werde. In diesem Entwicklungsdiskurs werde den Ländern des globalen Nordens eine Rolle als das aktiv

helfende Eigene zugeschrieben, während die Länder des globalen Südens als passive hilfsbedürftige Andere klassifiziert werden. Besonders Deutschland wird wegen seiner starken wirtschaftlichen Situation in der EU ein entwicklungspolitischer Führungsanspruch zugeschrieben.

In ihrem Beitrag ‚Zwischen ‚Big Society‘ und ‚Aspiration Nation‘‘ beschäftigt sich Sibille Merz mit dem Zusammenhang zwischen Ausgrenzung und neoliberaler Ideologie in Britannien. Die Autorin untersucht die Krisenpolitik der britischen Regierung, die auf den ausgrenzenden, abwertenden, dämonisierenden Konstruktionen der Arbeiter_innenklasse, der Migrant_innen und der „Anderen“, die als nicht nützlich klassifiziert werden, basiert. Im Beitrag ‚Verhärtung der Ausschlüsse‘ beschreibt Frank Eckardt die Verbindungen zwischen Ausgrenzung und Rassismus in den Niederlanden. Er zeigt auf,

„dass die niederländische Wahrnehmung der Euro-Krise, das eigene nationale Selbstverständnis und die damit einhergehenden Ausschlüsse von Minderheiten, insbesondere MuslimInnen, tiefgreifende Einflüsse auf die niederländische Politik und Gesellschaft haben“ (S. 175).

Savaş Taş, der sich in seinem Beitrag ‚Neue Ambitionen für das Establishment?‘ mit dem Zusammenhang zwischen dem türkischen Nationalismus und der Krise befasst, stellt die These auf, dass die Euro-Krise die außenpolitische – und nationalistische – Tendenz der türkischen Regierung verstärkt hat, sich in Richtung der mittelasiatischen Turk-Republiken zu orientieren. Auch im Mittleren Osten und in Nordafrika nehme das ökonomische und politische Engagement der Türkei zu. Demgegenüber trat das Ziel einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union eher zurück.

Die in diesem Band vorliegenden Länderanalysen von unterschiedlichen Sozialwissenschaftler_innen geben einen übersichtlichen Überblick über vor allem europäischen Nationalismen, Rassismen und ökonomisch bedingten Ausgrenzungspraktiken, -politiken beziehungsweise -mechanismen. Der gesamte Band bietet mit seinem theoretischen und empirischen Konzept eine Möglichkeit, die Erscheinungsformen der Auswirkungen der Krise ebenso wie die Zusammenhänge der Wirtschafts- und Finanzkrise mit Nationalismus, Rassismus und Ausgrenzung in Europa kritisch zu betrachten.

Zusätzlich verwendete Literatur

Haritaworn, Jin / Tauqir, Tamsila / Erdem, Esra (2011): Queer Imperialismus. Eine Intervention in die Debatte über „muslimische Homophobie“. In: Günay-Yılmaz, Koray (Hg.): Karriere eines konstruierten Gegensatzes. Zehn Jahre »Muslime versus Schwule«. Eigenverlag, Berlin

Sebastian Friedrich, Patrick Schreiner (Hg.) 2013:
Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa.
Edition Assemblage, Münster.
ISBN: 978-3-942885-36-2.
240 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Zülfukar Çetin: Analysen zur Krise. Erschienen in: Umkämpfte Migration. 30/ 2013, Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1158>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Kämpfe um Recht



Sonja Buckel

"Welcome to Europe" Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts

Juristische Auseinandersetzungen um das „Staatsprojekt Europa“

Sonja Buckel entwickelt in ihrer umfangreichen wie lesenswerten Studie eine Untersuchungsperspektive, mit der sich Kämpfe um Hegemonie im europäischen Migrationsrecht sichtbar machen lassen.

Rezensiert von [Katharina Schoenes](#)

Gegenwärtige europäische Migrationspolitiken verknüpfen zutiefst widersprüchlich erscheinende Institutionen und Praktiken, so etwa zu „Willkommenszentren“ umfunktionierte Ausländerbehörden, in denen sogenannte Hochqualifizierte umworben werden, sowie mit Stacheldraht aufgerüstete Grenzverläufe, die unerwünschte Migrant_innen auf ihrer Reise nach Europa aufhalten sollen. Hinter diesen Praktiken verbirgt sich, so Sonja Buckels Hypothese, das politische Projekt des Migrationsmanagements, in dem sich der „Wettbewerb um die besten Köpfe“ flexibel mit dem „Kampf gegen illegale Migration“ verbindet. Quer dazu verlaufen Politiken und Aktionen von Aktivist_innen aus der No Border-Bewegung, die die utilitaristische Unterteilung in nützliche und weniger nützliche Migrant_innen zurückweisen und für eine tatsächliche Willkommenskultur jenseits nationaler oder europäischer Zugehörigkeiten eintreten. Hinzu tritt schließlich die Bewegung der Migration selbst, die keinesfalls ein bloßes „Steuerungsobjekt“ (S. 201) ist, sondern vielmehr mit ihren „immer wieder angepassten Reiserouten“ (ebd.) Fakten schafft, welche die europäischen Grenzkontrollapparaturen unter Zugzwang setzen.

Diese gegensätzlichen Praktiken dienen Buckel als Ausgangspunkt und Hintergrundfolie für ihre Beschäftigung mit den rechtlichen Auseinandersetzungen um die Europäisierung der Migrationspolitik, die sie mithilfe einer hegemonietheoretischen Diskursanalyse des Rechts in Verbindung mit dem Konzept der Hegemonieprojekte in den Blick nimmt. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen zwei Fallstudien, die sich mit zwei hochaktuellen Fragen aus dem europäischen Migrationsrecht befassen: zum einen mit der Gewährung sozialer Leistungen für nicht erwerbstätige Unionsbürger_innen und zum anderen mit dem Umgang mit Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen im Mittelmeer. Während der erste Teil der Untersuchung sich auf die Konstitution eines europäischen Innenraumes unbeschränkter Mobilität konzentriert, fragt der zweite Teil nach der Konstruktion des Außen: Beleuchtet werden die „Immobilisierungsstrategien“ (S. 167), mittels derer versucht wird, Menschen aus Ländern außerhalb der EU aus dem „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ auszuschließen.

Beginn einer europäischen Sozialpolitik?

In der ersten Fallstudie geht es zentral um die Frage, wie sich zwischen 1998 und 2009 überraschend eine europäisch-soziale Rechtsprechungslinie des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) herausbilden konnte, in der die mit dem Vertrag von Maastricht eingeführte Institution der Unionsbürgerschaft mit einer Bedeutung ausgefüllt wurde, die weit über den Status des „Marktbürgers“ hinausgeht. Anhand von insgesamt zwölf Urteilen des EuGH und der entsprechenden Kommentarliteratur arbeitet Buckel heraus, wie sich in den Auseinandersetzungen um die sozialen Rechte Nichterwerbstätiger schrittweise proeuropäische Strategien durchsetzen

und das zuvor hegemoniale Binnenmarktprojekt ablösen konnten. In dem abseits von der politischen Öffentlichkeit geführten rechtlichen Diskurs entstand in den „Ruinen“ (S. 166) der neoliberalen Hegemonie das gegenhegemoniale Projekt einer europäischen Sozialunion. Die Tatsache, dass alleinerziehende Mütter, Arbeitssuchende und Arbeitslose, Studierende und sogar ein von der Heilsarmee unterstützter Obdachloser nicht länger als „migrantische Bittsteller*innen“ (S. 83) auftreten müssen, sondern sich als Unionsbürger_innen auf ihre sozialen Rechte berufen können, bewertet Buckel optimistisch als Indiz dafür, dass „im europäischen Staatsprojekt gravierende Transformationen im Gange [sind], die eine Art beginnende europäische Wohlfahrtsstaatlichkeit markieren“ (ebd.). Zugleich zeigt ihre Analyse aber auf, dass eine rein rechtliche Auseinandersetzung, die nicht von einer politischen Mobilisierung und von sozialen Kämpfen begleitet wird, nicht dazu imstande ist, grundlegende Strukturprinzipien wie das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU aufzuweichen oder die Entwicklung einer europäischen Sozialpolitik einzuleiten. Nichtsdestotrotz werden die sozialen Rechte der Unionsbürger_innen zu „strategisch-selektiven Möglichkeitsstrukturen“ (S. 166), die gerade im Zuge der Krise eine neue Dynamik entfalten könnten:

*„Wenn nämlich Unionsbürger*innen aufgrund der Verwerfungen, die vom Wohlstandsgefälle und der europäischen Krisenpolitik ausgelöst werden, ihren Aufenthalt tatsächlich in die nördlichen und westlichen Mitgliedsstaaten verlegen, könnte dies eine gewisse vertikale Umverteilung [...] nach sich ziehen“ (S. 167f.).*

Fragmentierte Terrains des transnationalen Rechts

Die Auseinandersetzungen um die Verrechtlichung der europäischen Seegrenze, die Gegenstand der zweiten Fallstudie sind, unterscheiden sich in mehrererlei Hinsicht von den Kämpfen um transnationale Rechte innerhalb der EU. Hinsichtlich der extraterritorialen Geltung menschenrechtlicher Normen gibt es momentan keine gefestigte Rechtsprechungslinie, vielmehr existieren „konkurrierende Rechtsprechungen auf unterschiedlichen fragmentierten Terrains des transnationalen Rechts“ (S. 78). An den Grenzen der EU, wo verschiedene nationale, europäische und internationale Rechtsordnungen aufeinander treffen, fehlt es an einer übergeordneten Instanz, die das Verhältnis dieser Rechtsordnungen zueinander regelt. Dieses Verhältnis wird daher erst in hegemonialen Auseinandersetzungen bestimmt. Buckel dokumentiert im zweiten Teil ihrer Untersuchung ausgehend von zwei konkreten Fällen staatlicher Rückschiebungsmaßnahmen die ersten Schritte eines „juridischen Aktivismus“ (S. 79), dessen Protagonist_innen das Ziel verfolgen, die Grenzschutzoperationen der EU vor der nord- und westafrikanischen Küste rechtlich einzuhegen.

Die untersuchten Fälle „Marine I“ und „Hirsi vs. Italien“ haben gemein, dass jeweils in Seenot geratene Bootsmigrant_innen auf hoher See von europäischen Schiffen aufgegriffen, zurückgeschoben und schließlich in Lagern außerhalb der EU interniert wurden, ohne dass ihre internationale Schutzbedürftigkeit geprüft wurde. „Marine I“ ist der Name eines Frachters, der im Januar 2007 vor der westafrikanischen Küste von einem spanischen Rettungsschiff in eine mauretanische Hafenstadt geschleppt wurde; im Fall „Hirsi vs. Italien“ wurden im Mai 2009 Migrant_innen von einem italienischen Kriegsschiff aus dem zentralen Mittelmeer zurück nach Libyen geschoben. Was sich in den beschriebenen Fällen ereignet hat, lässt sich nur vor dem Hintergrund des politischen und ökonomischen Kontexts der Funktionsweise des europäischen Grenzregimes verstehen. Das Verhältnis zwischen Europa und Afrika, welches durch koloniale Kontinuitäten, massive ökonomische Ungleichheiten sowie Strategien des „Outsourcing“ und „Offshoring“ (S. 188) von Grenzkontrollen geprägt ist, drückt sich geradezu idealtypisch in einer zum Gefängnis für festgenommene Migrant_innen umfunktionierten mauretanischen Fischverarbeitungsfabrik aus. In dieser wurde ein Teil der Passagiere der „Marine I“ über Monate interniert:

„Die Anlage zur Fischverarbeitung, ein afrikanisches Unternehmen, das aus dem Fischfang ökonomischen Nutzen für die mauretische Ökonomie hätte ziehen können, war aufgrund des massiven Konkurrenzschadens gegenüber den subventionierten EU-Betrieben geschlossen worden. [...] Nun diente die Ruine als extraterritoriales Lager zur Immobilisierung der postnationalen Subjekte“ (S. 251).

Beide Rückschiebungsmaßnahmen zogen juristische Verfahren nach sich, in denen Flüchtlingsrechtsaktivist_innen versuchten, die spanische beziehungsweise die italienische Regierung für ihr Handeln auf hoher See zur Verantwortung zu ziehen. Während der vom spanischen Flüchtlingsrat beschrittene nationale Verwaltungsrechtsweg bislang ohne Erfolg blieb und eine beim UN-Ausschuss gegen Folter eingereichte Beschwerde gegen Spanien aus formalen Gründen scheiterte, war die Individualbeschwerde, die 24 der nach Libyen zurückgeschobenen Migrant_innen mit Unterstützung des italienischen Flüchtlingsrats beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einreichten, erfolgreich. Das Gericht erklärte die Push-Back-Operation für unrechtmäßig und verpflichtete Italien, den Betroffenen eine finanzielle Entschädigung zu zahlen. Einen Erfolgsfaktor im Fall „Hirsi vs. Italien“ sieht Buckel in der Existenz eines starken Netzwerks von nichtstaatlichen flüchtlingsrechtlichen Akteur_innen in Italien; eine Schwäche im Vorgehen gegen die spanische Regierung erkennt sie unter anderem darin, dass es den beteiligten Akteur_innen nicht gelang, ihre jeweiligen Strategien zu bündeln. Hier zeigt sich, dass die Ergebnisse juridischer Auseinandersetzungen maßgeblich durch außerrechtliche Ressourcen und Kräfteverhältnisse beeinflusst werden.

Wer sich für die Frage interessiert, wie sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse ins Recht übersetzen und wo sich möglicherweise Anknüpfungspunkte für ihre Verschiebung ergeben, dem_der sei „Welcome to Europe“ empfohlen. Neben den eigentlichen Ergebnissen zu Kämpfen um Hegemonie im Recht vermittelt die Untersuchung sozusagen beiläufig und auf höchst anschauliche Weise zahlreiche Informationen über das europäische Grenzregime und die ihm zugrunde liegenden Machtverhältnisse. Auch das macht sie äußerst lesenswert.

Sonja Buckel 2013:

"Welcome to Europe" Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das „Staatsprojekt Europa“.
transcript, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-2486-1.

372 Seiten. 33,80 Euro.

Zitathinweis: Katharina Schoenes: Kämpfe um Recht. Erschienen in: Radikale Soziale Arbeit?. 33/ 2014, Asylpolitik: Wider die Bewegungsfreiheit. 38/ 2016, Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016.
URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1219>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Die Kämpfe nicht zweimal verlieren



Fritz Güde
Umwälzungen
Schriften zu Politik und Kultur

Viele Umwälzungsversuche der letzten Jahrzehnte sind gescheitert. Warum das kein Grund zur Resignation sein darf.

Rezensiert von [Andrea Strübe](#)

Geschichte einer gescheiterten Revolution, Geschichte einer Linken, die trotzdem weitermacht, politische Geschichte einer Person: In dem Band „Umwälzungen“ verdichtet sich all das. Fritz Güde, Lehrer und Publizist, hat vieles erlebt und vieles gewälzt. Die Auswahl seiner seit Anfang der 1980er Jahre erschienenen Texte zu einer schier unbegrenzten Bandbreite von Themen geben Zeugnis davon. Eines der Medien, bei denen seine Texte erschienen sind, ist [kritisch-lesen.de](#). Das Rezensionsmagazin wurde von Fritz Güde mit gegründet. Unser Selbstverständnis, nach nun fast fünf Jahren immer noch unverändert, stammt maßgeblich aus seiner Feder. In den Monaten gemeinsamer Arbeit hat er die Redaktion mit Anregungen und Kritik bereichert und wesentlich zur inhaltlichen Auseinandersetzung beigetragen.

Sein 80. Geburtstag war Güdes langjährigen Weggefährten Thomas Trüten, Patrick Schreiner und Sebastian Friedrich Anlass, eine Auswahl dieser Texte gesammelt herauszugeben. In dieser Sammlung können die Leser_innen Güdes politischen Spuren und mit seinen Auseinandersetzungen der Geschichte der internationalen Linken des 20. und 21. Jahrhunderts folgen. In Rezensionen und Artikeln befasst er sich mit linker Geschichte, Faschismus, Antifaschismus, Literatur und Kultur, tritt in den Dialog mit Mao, Pjotr Kropotkin, Erich Fried, Bertolt Brecht, Kurt Tucholsky, Guy Debord und Christa Wolf, wälzt ihre Ideen, ihre Taten und ihre Einflüsse. Einer seiner wichtigsten Stichwortgeber ist dabei immer wieder Walter Benjamin und dessen Thesen „Über den Begriff der Geschichte“. Eingeleitet wird die Sammlung von Georg Fülberth mit einem Text zur Geschichte der politischen Linken in Deutschland seit Marx.

Güde, Jahrgang 1935, wurde durch die 68er-Revolution politisiert. In den frühen 1970er Jahren trat er dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) bei. Dieses Engagement zur Anklage gemacht, wurde er 1974 als Lehrer suspendiert – als einer der ersten einer ganzen Berufsverbotswelle. Doch seinen Aktivismus gab er nicht auf, im Gegenteil. Seine Tätigkeiten im KBW behielt er zunächst bei und wurde zusätzlich im Komitee gegen die Berufsverbote und die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst tätig. Obwohl sein Berufsverbot 1978 aufgehoben wurde, trat er nie wieder den Dienst in einer staatlichen Schule an. Politisch und publizistisch aktiv ist er bis heute.

Die Niederlagen und das Scheitern linker revolutionärer Umwälzungsversuche sind Güdes wichtigste Bezugspunkte. Nicht zufällig entstanden alle hier versammelten Texte nach der Auflösung des KBW, welche für viele, die so hart gekämpft hatten, in die Resignation und/oder die Realpolitik führte. Beides war, so ist es dem Nachwort zu entnehmen, keine Option für Güde. Hier kommt Walter Benjamins Kritik am Fortschrittsglauben eine wichtige Rolle für Güdes Denken zu. Der Glaube an eine gewisse Zukunft führe entweder zu Bequemlichkeit oder – schlimmer noch – verleite dazu, eigene Verfehlungen auszublenden. Wer die Geschichte vergesse und ihre Trümmer

begrabe, verliere die Kämpfe wieder und wieder. Wer nichts als die Gewissheit einer besseren Zukunft in den Händen halte, könne angesichts der fürchterlichen Verhältnisse und der Macht des Kapitalismus nur verletzt werden. Diese Erkenntnis ließ es vielen so schwer fallen, sich nach Rückschlägen wieder aufzurappeln und weiter zu machen. Deshalb müsse es den Rückgriff auf Geschichte, auf gemachte Erfahrungen und zugefügte Narben geben. Sinnbildlich mag hier Güdes Auffassung der Rolle des Proletariats sein: Dieses zehre nicht aus dem Ideal einer befreiten Gesellschaft der Zukunft, sondern aus den Unterdrückungen und Versehrungen der Vergangenheit.

Genau diese Überzeugung macht den Nutzen des Buches deutlich, denn es wird nicht an Aktualität verlieren. Auch in fünf, zehn, 20 Jahren werden die Reflexionen Güdes auf den Verlauf der Geschichte lohnend für die andauernden Kämpfe sein. Der Ausgang der Geschichte ist nicht absehbar. Aber Linke müssen verstehen, wie sie das wurden, was sie sind. Sich der Vergangenheit abzuwenden und auf eine bessere Zukunft zu warten, führt oft genug zu Resignation und Untätigkeit. Diese Perspektive ist es dann auch, die sich im Selbstverständnis und vor allem im Namen von kritisch-lesen.de niedergeschlagen hat. Dort heißt es: „Wer meint, im Voraus zu wissen, was sein wird, ergibt sich“. Mit dem Wort Kritik ist eine ganz gezielte Form der Intervention gemeint: Erfahrungen aus den Niederlagen sind zu reflektieren und Gewissheiten zu hinterfragen. Nur so schaffen wir den „Blick ins Freie“.

Güdes Gedanken zu folgen ist nicht immer leicht. Sie sind gespickt mit Verweisen, die tiefe Kenntnis politischer und historischer Art erfordern. Wer sich darin aber zurecht findet, dem oder der steht ein großes Lesevergnügen bevor. Hier wird nicht nur sachliches Wissen verbreitet, sondern tiefe, radikale und philosophische Gedanken, gern auch mit einer Prise Witz versehen, und immer leidenschaftlich.

Fritz Güde 2015:
Umwälzungen. Schriften zu Politik und Kultur.
Edition Assemblage, Münster.
ISBN: 978-3-942885-97-3.
220 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Andrea Strübe: Die Kämpfe nicht zweimal verlieren. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1332>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Bijî Rojava, bijî Kobanê



Ismail Küpeli (Hg.)

Kampf um Kobanê

Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens

Das Buch ermöglicht vielseitige Einblicke in kurdische Kämpfe rund um Rojava – auf allen Ebenen.

Rezensiert von [Peter Nowak](#)

Der Kampf um die kleine Grenzstadt Kobanê in der Provinz Rojava hat vor einigen Monaten auch hierzulande der schon tot geglaubten internationalen Solidarität neue Impulse gegeben. Allein in Berlin sammelten nicht nur zwei Bündnisse Geld „Waffen für Rojava“: Zahlreiche Clubs und Veranstaltungsorte schlossen sich zum Bündnis „Nachtleben für Rojava“ zusammen, um zivile Projekte in der syrischen Provinz zu unterstützen.

Der Kampf der YPG-Einheiten brachte nicht nur dem sogenannten Islamischen Staat (IS) die erste wichtige Niederlage. Er zeigte einer Linken, die sich von dem Ende des Nominalsozialismus noch immer nicht erholt hat, dass die viel beschworene andere Welt nicht nur eine Floskel ist. Mittlerweile hat das Interesse an Rojava zumindest in Deutschland wieder nachgelassen. Es ist eine gute Zeit, um ein erstes Resümee zu ziehen. Der Politikwissenschaftler Ismail Küpeli hat im Verlag Edition Assemblage kürzlich unter dem Titel „Kampf um Kobanê“ ein Buch herausgegeben, das diesen Anspruch einlöst. 16 Autorinnen und Autoren schreiben über sehr unterschiedliche politische und soziale Aspekte, die mit dem Kampf um Kobanê im Zusammenhang stehen.

Leider gehört gleich der erste Aufsatz des Sozialökonomen Sebahattin Topçuođlu nicht zu den stärksten Beiträgen des Buchs. Schließlich konzentriert er sich in seinem kurzen Einblick in die kurdische Geschichte auf die Historie der „großen Männer“, statt die Kämpfe der unteren Klassen in den Blick zu nehmen.

Auch was der Autor zur aktuellen Situation schreibt, ist höchst zweifelhaft. So schreibt er über Abdullah Öcalans Vorstellungen von Selbstverwaltung und Feminismus:

„Die Ideen Öcalans werden unter anderem auch deshalb international in linksgerichteten Kreisen diskutiert, weil sie sich klar gegen Kapitalismus und Nationalstaat positionieren. In Bezug auf Staatlichkeit nehmen seine Ideen zum Teil unrealistische bzw. utopische und anarchistische Züge an“ (S. 22).

So bleib Topçuođlu am Ende der nun wahrlich nicht besonders analytische Gedanke: „Kurd_innen waren die Verlierer des 20. Jahrhunderts in der Region. Das 21. Jahrhundert bietet ihnen nun die Möglichkeit, bei der Neugestaltung der Region als Gewinner_innen hervorzugehen“ (S.23). Informativer ist der Beitrag von Ulf Petersen, der die auch in linken Kreisen häufig verbreitete Behauptung widerlegt, dass die PYD (die kurdische „Partei der Demokratischen Union“) sich nicht an der Opposition gegen das Assad-Regime beteiligt habe. Dabei habe diese sich nur geweigert, das Regime auch um den Preis einer islamistischen Herrschaft zu stürzen. „Seit dem Kampf um Kobanê 2014/15 ist allerdings deutlich geworden, dass die PYD und die Selbstverwaltung wirklich einen eigenen Weg gehen“, (S.28) schreibt Petersen.

Der Kampf der Frauen geht nicht um westliche Werte

Eine Stärke des Buches besteht darin, dass die große Mehrheit der AutorInnen aus Türkei und Kurdistan kommen und daher sehr wichtige Detailinformationen vermitteln, die in der Diskussion hierzulande kaum bekannt sind. Das gilt beispielsweise für den Aufsatz der Soziologin Dilar Dirik, die sich mit der Rolle der Frauen in Rojava befasst und dabei eine scharfe Kritik an einer romantisierenden Berichterstattung vieler Medien äußert:

„Indem die Frauen als mysteriöse Amazonen erotisiert werden, werden sie dem kapitalistischen Wertesystem entsprechend politisch sterilisiert und vermarktet. Doch in Anbetracht der radikal-demokratischen politischen Ziele der in Rojava kämpfenden Frauen, ist es fraglich, ob der Mainstream und seine Modezeitschriften, die den Kampf kurdischen Frauen nun für ihre eigenen Zwecke aneignen, auch die Gedanken dieser mutigen Kämpferinnen zu unterstützen bereit sind. Immerhin steht die Ideologie, die diese Frauen antreibt, auf der Terrorliste der Türkei, USA und EU“ (S. 38).

Dirik erinnert auch daran, dass der Kampf der Frauen in Kobanê in einer längeren Tradition steht.

„Erst wenn man sich mit der Position und den organisatorischen Praktiken der PKK befasst, ist es möglich, die Massenmobilisierung der Frauen in Kobanê zu verstehen. Sie ist nicht aus dem Nichts entstanden, sondern beruht auf bestimmten Prinzipien und betrachtet sich als die Weiterführung der Tradition, die die Frauen der PKK angefangen haben“ (S. 47).

Direk kritisiert auch eine Position, wie sie in feministischen Kreisen zu hören ist. Demnach kämpfen die Frauen in Rojava, um einer patriarchalen Gesellschaft zu entkommen. Für die Soziologin wird damit oft vergessen, dass die Frauen klare politische Positionen haben, die sie zu ihrem Kampf motivieren. Allerdings kann eine Frau sich eine feministische Perspektive in der Auseinandersetzung mit der patriarchalen Gesellschaft, in der sie lebt, erarbeitet haben. Scharf zurückweist Direk auch die These, mit den feministischen Bezügen würden die Frauen in Rojava um westliche Werte kämpfen. Die Autorin erinnert daran, dass die kurdischen TheoretikerInnen der Frauenbefreiung sich explizit gegen den westlichen Feminismus wenden, den sie als ungenügend und unvollständig bezeichnen.

Der Wissenschaftler Lokman Turgut geht in seinem kurzen Abriss über die Geschichte der PKK bis in die späten 1960er Jahre zurück, als Versammlungen des Osten, in verschiedenen Städten stattfanden. Diese Versammlungen, die 1967 in verschiedenen kurdischen Städten organisiert wurden. Einberufen wurden sie von linken kurdischen Gruppen. Thematisiert wurde die Unterentwicklung der Osttürkei. Gefordert wurde die politische und ökonomische Gleichheit mit den anderen Teilen des Landes.

Damals wurde erstmals in größerem Umfang thematisiert, dass Kurdistan eine türkische Kolonie ist. Diese Ansätze spielten in verschiedenen linken Gruppen, die es in den 1970er Jahren in der Türkei und Kurdistan gab, und später dann auch in der PKK, eine wichtige Rolle. Die kurz zusammengefasste Übersicht über die Vorgeschichte der PKK könnte LeserInnen dazu ermutigen, hier weiter zu forschen. Bisher gab es auch in PKK-nahen Kreisen oft nur eine etwas mythologische Geschichtsschreibung, die mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes 1984 begann, als ein Großteil der türkischen Linken von der Militärdiktatur ermordet, verfolgt, ins Gefängnis geworfen oder ins Exil getrieben worden war.

PKK eine stalinistische Organisation?

In seiner Zusammenfassung geht Turgut mit einer auch in Teilen der hiesigen Linken häufig bemühten PKK-Rezeption hart ins Gericht. „Die Bewertung der PKK als stalinistische oder marxistisch-leninistische Organisation, oder Versuche sie durch ihre jeweiligen einzelnen Ziele zu beschreiben, würde es verfehlen, die PKK umfassend und treffend einzuordnen“ (S. 64). Einige

Seiten später vertritt der Journalist Christian Jakob in seinem Aufsatz über die PKK in den ersten zwei Jahrzehnten nach ihrer Gründung folgende Klassifizierung: „eine kurdisch-nationalistische, autoritäre, zentralistische Kaderpartei“. Allerdings betont Jakob, wie zahlreiche andere AutorInnen, dass die PKK später einen Bruch mit autoritären Politikvorstellungen vollzogen hat, die wesentlich von Öcalan vorangetrieben wurden, der wiederum von den Ideen des Anarchisten Muray Bookchin beeinflusst ist. Die Lesart von der autoritären, ja stalinistischen PKK hatte sich bereits vor mehr als 30 Jahren in großen Teilen der außerparlamentarischen Linken in der BRD durchgesetzt. So stehen sich in dem Buch zwei Positionen gegenüber. Kurdische und türkische Linke, sehen schon in der Politik der frühen PKK viele Elemente enthalten, die die Politik bis heute bestimmen. Deutschsprachige Linke betonen den Bruch zwischen der stalinistischen und der libertären Phase. Hier spielt sicher die notwendige Kritik an autoritären oder stalinistischen Politikmodellen eine Rolle. Aber ein anderer Aspekt darf dabei nicht vernachlässigt werden. Die außerparlamentarische Linke der BRD kann sich über die sicher notwendige Zerstörung von Diskursen kaum andere Aktionsfelder vorstellen. Wie aber mehrere AutorInnen in dem Buch gut darstellen, war das Ziel der PKK ein Bruch mit dem Kolonialstatus in Kurdistan, aber auch eine innerkurdische Revolution, die sich gegen die eigene Bourgeoisie richtete. Ein solches Ziel setzt auch eine gewisse politische Organisation voraus, die schnell als autoritär kritisiert werden kann. Es sollte aber nicht vergessen werden, dass auch bewaffnet kämpfende anarchistische Verbände wie die FAI in der spanischen Revolution keine basisdemokratischen Strukturen hatten.

Auch die Journalistin Hanna Wettig begründet in ihrem ansonsten informativen Aufsatz über die syrische Opposition in einer Fußnote, warum sie den Begriff Rojava in ihren Text nicht verwendet.

„Die Eigenbezeichnung 'Rojava' wird hier nicht benutzt, da es sich nach Ermessen der Autorin nicht um eine Eigenbezeichnung der kurdischen Bevölkerung handelt, sondern um einen von der PYD in die politische Debatte eingeführten Begriff. Kurdinnen und Kurden, die sich jenseits der PYD politisch engagieren, benutzen diesen Begriff nicht oder nur spöttisch, einige lehnen ihn vehement ab“ (S. 126).

Nun hat Wettig aber nicht ausgeführt, wie hoch der Teil der Bevölkerung ist, die diesen Terminus ablehnt. Allerdings ist es auch ein Pluspunkt des Buches, das es eben auch solch kritische Beiträge neben Aufsätzen stehen lässt, die sehr eindeutig für den politischen Prozess in Rojava Partei ergreifen. Die LeserInnen haben so die Möglichkeit, sich selber ein Bild zu machen. Zudem hat die Geschichte von gesellschaftlichen Umbrüchen und Revolutionsversuchen gezeigt, dass eine kritiklose Betrachtungsweise schnell zu Enttäuschungen und oft zum Rückzug aus dem politischen Engagement führt. Eine Solidarität, die um diese Probleme weiß, die schon von Beginn an auch den kritischen Blick auf die eigene Seite wirft, ist heute notwendig. Das von Küpeli herausgegebene Buch kann einen Beitrag dazu leisten. Allerdings hätte man sich noch ein Kapitel gewünscht, dass die fortdauernde Repression gegen linke kurdische Strukturen in Deutschland noch einmal thematisiert. Neben der Türkei ist Deutschland mit dem PKK-Verbot das Land, das bis heute die kurdische AktivistInnen heftig bekämpft und kriminalisiert.

Ismail Küpeli (Hg.) 2015:

Kampf um Kobanê. Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens.

Edition Assemblage, Münster.

ISBN: 978-3-942885-89-8.

168 Seiten. 16,80 Euro.

Zitathinweis: Peter Nowak: Bijî Rojava, bijî Kobanê. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1334>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Leerstelle der biodeutschen Antifa



Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung Oberösterreich (Hg.)

Grauer Wolf im Schafspelz

Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft

Ein intensiverer Austausch über türkische FaschistInnen in Deutschland ist dringend notwendig.

Rezensiert von [Ismail Küpeli](#)

Eine faschistische Bewegung mit tausenden Mitgliedern, die in zahlreichen Parteien, Verbänden und Vereinen organisiert sind – eigentlich wäre zu erwarten, dass sich die AntifaschistInnen in Deutschland mit den türkischen „Grauen Wölfen“ intensiv beschäftigen würden. Aber ganz im Gegenteil sind seit Jahrzehnten die türkische Nationalisten und Faschisten in Deutschland aktiv – und dies weitgehend ungestört. Ein Grund für das mangelnde Interesse ist der oft nicht-öffentliche Charakter ihrer Aktivitäten. Statt auf Demonstrationen und Kundgebungen konzentrieren sich diese Organisationen weitgehend auf interne Vereins- und Stadtteilarbeit. Dabei gelingt es türkischen FaschistInnen immer wieder, sich dem jeweiligen Publikum anzupassen. Gegenüber einem türkischsprachigen werden die eigenen faschistischen Inhalte offen propagiert, im öffentlichen Erscheinungsbild und in deutschsprachigen Verlautbarungen legen sie dagegen Wert, den Anschein eines „ganz normalen“ Moscheevereins zu wahren, dessen vereinsinterne Arbeit und Aktivitäten im Stadtteil keinerlei politischem Anspruch folgen. Weil eine antifaschistische Recherchearbeit in diesem Bereich ausbleibt, fehlen Kenntnisse der entsprechenden Netzwerke, Organisationen, Symbole und Codes. So fällt es schwer, faschistische türkische Akteure und deren Aktivitäten zu erkennen und einzuordnen.

Lediglich dann, wenn die türkischen FaschistInnen zu Massendemonstrationen mobilisieren, wie etwa vor einigen Monaten, als der Krieg in der Türkei wieder aufgenommen wurde, kommt es überhaupt zu einer Berichterstattung über diese Bewegung. Allerdings beginnt die inhaltliche Beschäftigung immer wieder am Nullpunkt, so dass erst einmal dargestellt werden muss, dass es türkische FaschistInnen in Deutschland gibt. Eine kontinuierliche Analyse kann so nicht stattfinden. Die wenigen längeren Publikationen über die „Grauen Wölfe“, wie etwa „Graue Wölfe heulen wieder“ von Fikret Aslan und Kemal Bozay können diese Debatte nicht ersetzen – nicht zuletzt, weil die Zeitabstände zwischen den einzelnen Publikationen zu lang sind und sie ohnehin von den gleichen wenigen AutorInnen stammen.

Der 2012 erschienene Sammelband „Graue Wölfe im Schafspelz“ ist exemplarisch für die Probleme und Unzulänglichkeiten der mangelnden antifaschistischen Beschäftigung mit diesem Thema. Das schmale Bändchen mit 95 Seiten versammelt Beiträge von vier Autoren (ohne Binnen-I). Der erste Beitrag, geschrieben von Kemal Bozay, beschäftigt mit den „historischen Wurzeln des Faschismus in der Türkei“ und beginnt im Osmanischen Reich. Es ist eine knappe und lesenswerte Darstellung der Frühgeschichte der Türkei bis in die 1940er Jahre – aber eine Fokussierung auf den türkischen Faschismus fehlt. Erst der zweite Beitrag, ebenfalls von Kemal Bozay, geht konkreter auf die „Milliyetçi Hareket Partisi“ (MHP, „Partei der Nationalistischen Bewegung“) und ihrer Vorläufer ein. Die MHP ist die größte Organisation der türkischen FaschistInnen. Die MHP-AnhängerInnen nennen sich selbst „Ülkücü“ („Idealist“), viel seltener wird der in Deutschland

bekannte Eigenname „Bozkurt“ („Grauer Wolf“) genutzt. Die MHP war traditionell keine parlamentarische Partei, sondern vielmehr eine faschistische Organisation, von der viele politisch motivierte Gewalttaten ausgingen. In den 1990er Jahren waren die „Grauen Wölfe“ in der Türkei neben staatlich organisierten Paramilitärs und islamistischen Terrororganisationen für eine Vielzahl von politischen Morden verantwortlich. In 13 Seiten wird die Entwicklung der MHP von den 1960er Jahre bis zum Jahr 2000 dargestellt.

Es folgt ein Beitrag von Christian Schörkhuber mit dem Anspruch, die weitere Entwicklung ab 2000 bis heute darzustellen. Leider gelingt ihm das nicht. Stattdessen sind viele Überschneidungen zu der Darstellung davor festzustellen. So werden noch einmal grundlegende Merkmale der „Grauen Wölfe“ skizziert und die Geschichte der Bewegung in den 1970er, 1980er und 1990er Jahre angerissen. Daneben wird die repressive Politik der AKP-Regierung angesprochen, wobei offen bleibt, wie dies mit der MHP zusammenhängt. Auch der zweite Beitrag von Christian Schörkhuber, diesmal über die „Grauen Wölfe“ in Deutschland, bringt wenig Erkenntnisse. Stattdessen wird zustimmend Spiegel TV zitiert: „eine türkische Angelegenheit wird zum deutschen Problem“ (S. 60). An anderer Stelle wird ein CDU-Abgeordneter zitiert, der vor einer „Verharmlosung“ warnt. Anders gesagt: Statt einer politischen Analyse der „Grauen Wölfe“ erfolgt eine Rede, die aus FaschistInnen ein „Ausländerproblem“ macht, in der deutsche Konservative sich als BewahrerInnen von Demokratie und KämpferInnen gegen „Extremismus“ aufspielen können.

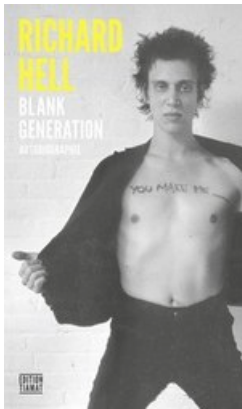
Deutlich lesenswerter sind die beiden Beiträge von Thomas Schmidinger und Thomas Rammerstorfer. Der erste Beitrag des Autorenduos skizziert die Strukturen und Netzwerke der türkischen FaschistInnen in Österreich und benennt Organisationen und Vereine konkret. Hier wird auch die Duldung und Unterstützung für die türkischen FaschistInnen seitens der österreichischen Parteien benannt und begründet. Die parlamentarischen Parteien in Österreich, nicht anders als in Deutschland, dulden oft türkische FaschistInnen, um so an die Stimmen der „türkischstämmigen“ WählerInnen aus diesem Milieu zu gelangen. Es folgt ein Beitrag über die „Gründe für den verstärkten Zulauf zu nationalistischen Gruppierungen“. Skizziert werden Gründe wie etwa Diskriminierung und Ausgrenzung von „Menschen mit Migrationshintergrund“ und die damit verbundene Ethnisierung von sozialen Konflikten, die eine Zuwendung an nationalistische Gruppen nahelegen. Die Darstellung der möglichen Motivationen der türkischen FaschistInnen ist keineswegs erschöpfend und manche Aspekte fallen zu kurz, aber insgesamt lesenswert. Die Publikation endet mit einem Forderungskatalog an den österreichischen Staat, den türkischen Staat, die österreichischen Sicherheitsbehörden und antifaschistische AktivistInnen.

Insgesamt bleibt ein ambivalenter Eindruck. Einerseits ist jede Publikation über das Thema „Graue Wölfe“ zu begrüßen, weil das Thema nur selten angesprochen wird. Die Beiträge von Kemal Bozay, Thomas Schmidinger und Thomas Rammerstorfer sind an sich durchaus lesenswert. Andererseits erfährt man in den 95 Seiten nur wenig über die Entwicklung der türkischen FaschistInnen seit 2000, weil zu viele Seiten für Themen genutzt werden, die mit dem eigentlichen Kernthema wenig zu tun haben – dazu kommen die Überschneidungen in den verschiedenen Beiträgen.

Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung Oberösterreich (Hg.) 2012:
Grauer Wolf im Schafspelz. Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft.
Steinmaßl, Grünbach.
ISBN: 978-3-902427-84-7.
95 Seiten. 19,50 Euro.

Zitathinweis: Ismail Küpeli: Leerstelle der biodeutschen Antifa. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1333>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Das Dilemma der Unterschätzten



Richard Hell
Blank Generation
Autobiographie

Mit seiner Autobiographie liefert Richard Hell, Mitglied der Punkbands Heartbreakers und Television, fragmentarische Einblicke in sein Leben.

Rezensiert von [Adi Quarti](#)

Aufgewachsen in verschiedenen amerikanischen Vorstädten als Sohn deutschstämmiger Juden, mit den üblichen Schulschwierigkeiten ausgestattet und einer frühen Liebe zu französischer Literatur, lernt Richard Meyers (so Hells richtiger Name) auf seiner Schule Tom Verlaine kennen, mit dem er eine selbstproduzierte Literaturzeitschrift verlegt und später mit anderen Musikern Television gründet. Zunächst aber erst einmal abhauen, weg aus der Vorstadtidylle und Schule, ab nach New York. Das waren in den 1970ern keine schlechte Voraussetzungen für etwas Neues - Popmusik war zu Stadionrock verkommen - aber was? Sehr früh lernen sie Malcolm McLaren kennen, damals als Manager der New York Dolls tätig, der bald in England als Manager der Sex Pistols erfolgreicher werden sollte. Patti Smith, sehr früh mit Tom Verlaine befreundet, sorgte schließlich laut Hell dafür, dass es zu einem tiefgreifenden Zerwürfnis zwischen den Freunden kommen sollte. Nach unzähligen Auftritten im damals angesagten Club CBGB's trennen sich die Wege der beiden. Der Autor gründet schließlich zusammen mit Johnny Thunders, Walter Lure und Jerry Nolan The Heartbreakers, alles damals angesagte Namen. Sie hinterließen allerdings nur ein Live-Album. Posthum auf dem kleinen französischen Fan Club Records veröffentlicht, mit Songs der New York Dolls und denen von Richard. Nebenher arbeitet er in einer Buchhandlung, neben Frauen offenbar das einzige, was ihn interessiert. Da es die Heartbreakers nach England zog - Hell hasste Tourneen und alles was damit einherging - war bald eine neue Band fällig: Richard Hell and the Voidoids. Ausgestattet mit einem Vertrag von Sire Records wurde 1977 das Album "Blank Generation" eingespielt, auf dem Cover Hell mit der berühmten Aussage mit Leerstelle auf der Brust: "You make me_".

Diverse wenig erfolgreiche Filmproduktionen, Drogensucht, aber auch der Aufstieg in die damals angesagte Intellektuellenszene New Yorks und eine weitere Platte markieren den folgenden Weg des Erzählers. Die Beschreibungen sind fast ausnahmslos seltsam distanziert, was nicht allen Leser_innen gefallen dürfte.

So dürfte es auch kaum ein Zufall sein, dass die Geschichte mit einem zufälligen Zusammentreffen der ehemaligen Weggefährten endet, Hell und Verlaine natürlich. Der hatte es nämlich im Nachhinein mit Television und dem Album "Marquee Moon" in die Top-100 der Musikkritiker geschafft, Hell selbst blieb unterbewertet. Heute arbeitet er als Journalist und Buchautor. Ein Buch für Fans.

Richard Hell 2015:
Blank Generation. Autobiographie.
Edition Tiamat, Berlin.
ISBN: 978-3-89320-200-3.
287 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Adi Quarti: Das Dilemma der Unterschätzten. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1338>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Wie aus Täterinnen Heldinnen wurden



Leonie Treber

Mythos Trümmerfrauen

Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes

Die Autorin widerlegt den Mythos der deutschen Frau, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit bloßen Händen die zerstörten deutschen Städte wieder aufbaute, und legt dar, wie sich dieser so hartnäckig im (gesamt-)deutschen Kollektivgedächtnis manifestieren konnte.

Rezensiert von [Friederike Jahn](#)

Dass nach dem Krieg die zerstörten Städte wieder aufgebaut werden mussten, scheint genauso unbestritten wie die Antwort auf die Frage, wer den maßgeblichen Beitrag dazu geleistet habe, nämlich die deutsche „Trümmerfrau“. Das Bild der „Trümmerfrau“ hat heute einen festen Platz in der Erinnerungskultur Nachkriegsdeutschlands. Leonie Treber erläutert in ihrer Dissertation, wie es dazu kommen konnte, dass – entgegen empirischer Faktenlage – vor allem Frauen als Wiederaufbauerinnen Deutschlands gelten.

Akteure der Trümmerräumung

Hierfür stellt sie zunächst dar, dass die Trümmerräumung mitnichten ein Nachkriegsphänomen war. Bereits im Mai 1940, mit Beginn des strategischen Luftkriegs gegen das nationalsozialistische Deutsche Reich, waren nach Bombardierungen durch die britische Luftwaffe erste Trümmer zu räumen. Weitreichend, im Hinblick auf die historische Materialfülle, die sie berücksichtigt, analysiert Treber akkurat, wer die eigentlichen Akteure bei der Trümmerräumung waren, sowohl in der Kriegszeit als auch in der Nachkriegszeit. Grundlage dieser Untersuchung, gleichzeitig der erste von drei Teilen, sind vor allem Akten aus den Stadtarchiven jener Städte, die Treber für ihre Analyse fokussierte. Aber auch zeitgenössische Broschüren verschiedener Bau-Ämter, Ansprachen und Briefwechsel werden untersucht. Dabei wird deutlich, dass in der Kriegszeit vor allem männliche Arbeitskommandos Trümmer räumen mussten. Außerdem wurde das deutsche Handwerk zum Wiederaufbau mit eingesetzt. Allerdings wird die männliche Konnotation von Trümmerräumung in der Kriegszeit durch die Nazis aufgelöst, indem, solange es um Gefangene geht, ebenjene Konnotation nicht vorhanden war. Es sind nämlich vor allem Zwangsarbeiter_innen und KZ-Häftlinge, die während des Krieges die Trümmer in den deutschen Großstädten räumen mussten.

Direkt nach dem Krieg wurde die Trümmerräumung einerseits sowohl bei der Bevölkerung als auch bei den Alliierten als Sühneleistung verstanden. Die Bürger_inneneinsätze waren entsprechend mal mehr, mal weniger freiwillig. Vor allem schuf schweres Baugerät die Grundlage für den Wiederaufbau. „Die Trümmerräumung in der Nachkriegszeit muss demnach in erster Linie als synchrones Phänomen mit vielen Facetten gedacht werden“ (S. 82).

Die spezifische Rolle der Frau oder: Ein Mythos wird geboren

An dieser Stelle scheint die These Trebers, dass die deutsche Frau als alleinige Wiederaufbauerin keineswegs der Realität entspricht, bereits ausreichend belegt. Dennoch wird die Rolle von „Frauen als Akteurinnen bei der Trümmerräumung“ (S. 199) als eigenständiges Kapitel nochmals detailliert dargestellt. Während sich Treber im ersten und dritten Teil des Buches vor allem darauf

konzentriert, auf Grundlage ihrer Quellen die „eigentliche“ Geschichte der Trümmerräumung zu erzählen, stehen in diesem zweiten Teil Begriffserklärungen und Definitionen im Fokus. So wird der Begriff der Trümmerfrau samt seines Ursprungs und der Begriffsgeschichte erläutert. Um zu illustrieren, wie sich der Mythos der „Trümmerfrau“ etablieren konnte und warum dieser in Westdeutschland bis in die 1980er keine Rolle spielte, werden verschiedene Printmedien als Belege angeführt. Vor allem die Systemkonkurrenz erhält in diesem Kapitel Gewicht, da es systemimmanente Unterschiede in der DDR und BRD gab:

„In Berlin und den Städten der SBZ [Sowjetische Besatzungszone, Anm. FJ] war die Heranziehung von Frauen die Regel und ihre Nicht-Heranziehung die Ausnahme, genau umgekehrt dazu verhielt es sich in den Städten der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszonen“ (S. 253).

Treber beschreibt detailliert die Situation in der SBZ/DDR, wo die rote Armee wesentlich strikter die Bevölkerung zum Arbeitseinsatz verpflichtete. Sie greift dazu auf das typische sozialistische Frauenbild, die Frau als gleichberechtigte Arbeitskraft neben dem Mann, zurück, um zu erklären, warum die „Trümmerfrau“ als Heldin stilisiert wurde und sich dieser Mythos etablierte. Im Kontrast dazu steht die Restauration des Frauenbilds in der BRD: Das Bild der Trümmerfrauen war hier eher negativ besetzt und stand im öffentlichen Bewusstsein für die schweren Nachkriegsjahre. Während das Wirtschaftswunder vor allem Männer in Lohn und Brot brachte, wurden Frauen aus dem Berufsleben (zurück-)gedrängt und aufgefordert, sich auf ihre „eigentliche“ Rolle, die der Hausfrau und Mutter zu konzentrieren. Sie wurden darauf aus dem Berufsleben (zurück-)gedrängt und aufgefordert, sich auf ihre „eigentliche“ Rolle, die der Hausfrau und Mutter zu konzentrieren.

Ein Mythos manifestiert sich

Ausgehend von diesen Unterschieden legt Treber im dritten und letzten Teil der Arbeit dar, warum sich die „Trümmerfrau“, die in der DDR eine zentrale Rolle spielte, im wiedervereinigten Deutschland so stark etablieren konnte. Erstaunlich ist hierbei, dass gerade die in der DDR verbreitete Erinnerung an die heldenhafte „Trümmerfrau“ in das gesamtdeutsche Kollektivgedächtnis übergeht. Als Beispiel führt Treber gezielte Debatten an, in denen es darum ging, in (west-)deutschen Städten ein „Trümmerfrauendenkmal“ aufzustellen. Hier wird die Stärke des Buches deutlich und auch, warum dieses Buch notwendig ist. Denn trotz massiver Widerlegungen in den letzten Jahrzehnten hält die öffentliche Meinung am Mythos fest.

Am Ende schreibt Treber, dass die „Trümmerfrau“ zu einem Generationsbegriff geworden ist, der alles umfasst, was die Nachkriegszeit zu bedeuten scheint: Elend und Entbehrung, das Gefühl der Niederlage und davon, von den Faschist_innen betrogen worden zu sein. Dieses Bild findet sich wieder in dem der (hilflosen) Frau, die nun Männerarbeit zu verrichten hat. Treber schafft es einerseits, den Antifeminismus, der diesen Aussagen zugrunde liegt, herauszuarbeiten. Ambivalent dazu bezichtigt Treber die Frauenbewegung, aktiv am Mythos mitgewirkt zu haben, kommt doch einer emanzipierten Frauenbewegung das Bild der selbstständigen und anpackenden Frau entgegen und passt der Mythos somit ins Selbstverständnis. An dieser Stelle geht Treber mit ihrer Kritik nicht weit genug. Sie kritisiert zwar die Frauenbewegung, die aktiv an der Mythenbildung beteiligt war. Allerdings versäumt sie es, auf die Leerstelle „Antifaschismus“ innerhalb der Frauenbewegung hinzuweisen. Denn, das Bild der „Trümmerfrau“ impliziert auch immer die Reinheit der Frau, als wäre die deutsche Frau vergangenheitslos und nicht mitschuldig. Mit der Glorifizierung der „starken Frau“ wird die Vergangenheit als Täterinnen ebenjener Frauen vergessen. Denn das die deutsche Frau keineswegs reines Opfer der Nationalsozialist_innen war, wurde mit dem Historikerinnenstreit hinreichend ausdiskutiert. Eben dieser Historikerinnenstreit ist eine Schwäche des Buches. Treber geht zwar auf diesen ein, also auf die Frage, inwieweit Frauen Täterinnen im NS sein konnten, oder ob sie nicht vielmehr Opfer des Systems wurden, bezieht dazu allerdings keine klare Stellung. Das Thema wäre jedoch bestens dazu geeignet, eine scharfe feministische, antifaschistische Kritik an der Nachkriegsgesellschaft zu üben, welche allzu oft aus

Täter_innen Opfer gemacht hat. Auch heutzutage wird die „Trümmerfrau“ zunehmend von rechts vereinnahmt.

Für die Forschung bringt Treber den Mythos der „Trümmerfrau“ sicherlich wieder aufs Tableau, und ihre Arbeit stellt somit ein Novum in der Geschichtswissenschaft dar. So kann der Ansatz der antifaschistischen und feministischen Perspektive auf die „Trümmerfrau“ ausgebaut werden. Andere Fragen bleiben leider ungeklärt, zum Beispiel, inwieweit Vertriebene und *displaced persons* auch nach dem Krieg bei der Trümmerräumung mit anpacken mussten.

An einigen Stellen ist die Darlegung langatmig, und es erscheint nicht auf den ersten Blick sinnvoll, dass Treber immer und immer wieder neue Kategorien mit in die Betrachtung einbezieht. Allerdings überzeugt am Ende das Gesamtkonzept. Für ein nicht fachlich versiertes Publikum allerdings ist das Buch weniger geeignet, und somit wird sich das populäre „Wissen“ um die „Trümmerfrau“ mit der Veröffentlichung dieses Buches nicht erschüttern lassen. Letztlich stellt das Buch einen Beitrag dazu dar, den Erinnerungsort der „Trümmerfrau“ beziehungsweise die Nachkriegsgeschichtsschreibung im Allgemeinen auf den kritischen Prüfstand zu stellen!

Leonie Treber 2014:

Mythos Trümmerfrauen. Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes.

Klartextverlag, Essen.

ISBN: 978-3-8375-1178-9.

483 Seiten. 29,95 Euro.

Zitathinweis: Friederike Jahn: Wie aus Täterinnen Heldinnen wurden. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1335>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Die dunklen Seiten des Menschseins



Anne Huffs Schmid, Wolf-Dieter Vogel, Nana Heidhues,
Michael Krämer (Hg.)

TerrorZones

Gewalt und Gegenwehr in Lateinamerika

Das Buch spürt der Grausamkeit, dem Sadismus, dem Terror von Menschen an anderen Menschen einerseits und dem Schmerz und der Verzweiflung der zurückbleibenden Angehörigen andererseits nach.

Rezensiert von [Ena Bonar](#)

„TerrorZones“ beleuchtet das mexikanische Leben in Terrorgefahr. Gezeigt werden verschiedene Gesichter des Terrors: Femicid (Mord an Frauen) in Ciudad Juárez, Mord an jungen indigenen Männern und TransitmigrantInnen, die Grausamkeiten von Jugendbanden. Der Untertitel des Buches mit Bezug auf das gesamte Lateinamerika ist allerdings irreführend. Denn es geht ausschließlich um die Bewertungen kolumbianischer, salvadorianischer und guatemalteker AutorInnen zu Mexiko (Zentralamerika). Das Buch folgt den im Jahr 2014 erschienenen Band „NarcoZones“, der sich insbesondere mit der Rolle der Kartelle in Kolumbien und der medialen Inszenierung des Drogenkriegs auseinandersetzt.

Im neuen Band kommen FreundInnen ermordeter Menschen ebenso zu Worte wie Angehörige, Verletzte, JournalistInnen, JuristInnen und PolitologInnen. Der Sammelband enthält Sachartikel und Reportagen, die den mörderischen Atem der Szenerie spüren lassen. Politökonomische Ursachen des Terrors in Mexiko bleiben allerdings ausgeblendet. Das Bemerkenswerte am Buch „TerrorZones“ sind die detaillierten Schildungen von Abwehrformen, traditionellen und neuen Erinnerungskulturen, der autonomen Forensik und – mitunter – stummen Protesten von ProtagonistInnen zur Durchsetzung der menschlichen Würde trotz Morddrohungen.

Die Verschwundenen von Ayotzinapa

Den Ausschlag für die Veröffentlichung gab das „Verschwinden“ von 43 Lehramtsstudenten und der Mord an sechs Studierenden aus der Landwirtschaftsschule für indigene Studierende in Ayotzinapa. Berührend beschrieben ist die physische Verlassenheit des Lehramtsstudenten Bernardo aus Ayotzinapa: Intensiv erleben die LeserInnen Bernardo im leeren Schlafsaal und seine trotzige Hoffnung auf die Rückkehr der „verschwundenen“ Freunde.

Was veranlasste die Polizei des Bundesstaates Guerrero zur Entführung junger Studierender aus der winzigen Gemeinde und ihre Übergabe an die Drogenmafia? Fast zwei Drittel der BewohnerInnen konnten in den 1960er Jahren dort weder lesen noch schreiben. Deshalb wurde in Ayotzinapa die Lehrerschule eingerichtet. Gleichzeitig waren die Menschen in Guerrero mit größeren Übeln wie sozialer Ungerechtigkeit, Macht der Kaziken, der Korruption der Lokalregierung, der Repression, der Straflosigkeit der Polizeigewalt und dem wachsenden Einfluss des Drogenhandels konfrontiert. Da Menschen durch Bildung politisiert werden, wird der LehrerInnenberuf zum Hochrisikoberuf. Gerade in Ayotzinapa kämpften immer wieder Volksbewegungen gegen das Unrecht eines unzureichenden Bildungszugangs. Im Vorfeld der zwei beschriebenen Gewaltakte gab es nachweisbare Kontakte zwischen Guerilla und LehrerInnen. Deshalb wurde die Gewalt systematisch von Massakern durch die Armee und Paramilitärs

angeheizt und begleitet.

Ein Beitrag unterstreicht die Bedeutung des mobilen Internets. Über Twitter konnten sich in höchster Geschwindigkeit die Informationen zu Ayotzinapa über den Hashtag #YaMeCanse – #IchBinEsLeid in Mexiko und der ganze Welt ausbreiten. Die Informationen mündeten zeitnah in digitalen Protesten, Massendemonstrationen in Mexiko und die Berichterstattung in internationalen Nachrichten.

Zu den Lehren des kolumbianischen Paramilitarismus bezüglich Mexiko gehören: Paramilitärs sind Teile von Drogenbanden, die vom Staat beziehungsweise von zur Regierung strebenden Parteien rekrutiert werden oder desertierte Soldateneinheiten, die von transnationalen Konzernen eingesetzt werden. Doch selbst die *autodefensas* als Selbstverteidigungskräfte von BürgerInnen nehmen paramilitärische Züge an. Als Paramilitärs haben *autodefensas* mitunter direkte oder indirekte Verbindungen zu Staat, Polizei, Justiz und Mafia oder werden direkt kolumbianisch beeinflusst, wie Alke Jenss erklärt. Die Kooperation zwischen Polizei (Staat) und Drogenmafia beim Verschwinden der 43 Lehramtsstudenten steht aber außer Zweifel. Ein Junge rief per Handy kurz vor der „Übergabe“ einen Schulfreund an und schilderte die Entwicklungen. Wolf-Dieter Vogel untersucht die aus der Selbstverteidigung entstandenen der – oft indigenen – Bürgermilizen, die gegen Morde und Entführungen durch die Drogenkartelle zusammen fanden in ihren inneren Strukturen und hinsichtlich ihrer Ziele. *Autodefensas* werden auch mit Revolutionären verglichen.

Autonome Forensik

Vorgestellt wird die Autonome Forensik aus Argentinien, die vertrauensvoll mit Hinterbliebenen zusammenarbeitet. Sie begleiten Angehörige mit subtilen Methoden bei der Suche nach Massengräbern, um das Finden ihrer „Verschwundenen“ zu beschleunigen. Wichtig sind ihre Grundsätze bei der Identifizierung von Resten ermordeter Menschen. Für sie ist unerheblich, was die Menschen zu ihren Lebzeiten getan haben. Es geht um die Achtung der Trauer der Angehörigen und nicht um die Bewertung der Toten aufgrund ihrer Taten im Leben.

Trotz extremer Gewalt in Kolumbien und Mexiko durch Paramilitärs und Drogenmafia und El Salvador, unter anderem auch durch die Mara Salva Trucha (Jugendbanden) entstehen solidarische Trauer-Phänomene aus der Religiosität, den Litaneien der Anklage der Wehrlosigkeit, den beharrlichen Beistand für die Toten, trotz Todesdrohungen gegen die Beteiligten selbst oder auch angesichts der Gefahr ihrer Ermordung beginnen Menschen mit der Bergung und Beerdigung von Leichen. Ein Dorfarzt begann beispielsweise, die im Rio Magdalena angespülten Leichen zu sezieren, einige Reste ihrer Knochen zu nummerieren und einzufrieren, ihre Besonderheiten in einem Kataster zu sammeln und die unbekanntes Leichen auf dem dörflichen Friedhof zu bestatten. Denn jeder Knochenrest Skeletteil birgt die Chance einer späteren Identifizierung. Es wird erzählt, wie die AnwohnerInnen trotz Mordandrohungen die Gräber dieser namenlosen Toten für sich entdecken, persönliche Patenschaften über sie übernehmen, ihre Gräber schmücken, mit ihnen sprechen und singen, und auch ihre Kinder in diese „Adoption“ beziehungsweise Aneignung der fremden Toten einbeziehen.

Nana Heidhuess nimmt in ihrem politischen Grundsatzartikel wichtige Fragen des Erinnerns, des Widerstehens und des Versöhnens am Beispiel von Menschen in Kolumbien auf, die Angehörige verloren haben. Dies gestaltet sich für die Personen oft besonders schmerzvoll, da sie an Orten leben, an denen Opfer und TäterInnen mitunter aus einer Familie stammen. Sie arbeitet den Charakter der kolumbianischen Übergangsjustiz unter dem Präsidenten Juan Manuel Santos heraus, der die Friedensverhandlungen im November 2012 mit der FARC-Guerilla begann. Öffentlichen Diskussionen kreisen um materielle und symbolische Wiedergutmachung und die Bedeutung öffentlichen Erinnerns an die mindestens 220.000 Toten, die 45.200 gewaltsam Verschwundenen, und die Hilfen für mindestens 6 Millionen Vertriebenen im eigenen Land. Selbstbezeichnete *victimias* (Angehörige der Toten) werden mit dem Opfergesetz von offizieller Seite provoziert, da

dies festlegt, wer als Opfer anerkannt wird – und wer nicht. Die „vielfach nachgewiesene Verantwortung von Polizei und Armee für Morde und außergerichtliche Hinrichtungen und die engen Verbindungen ehemaliger Regierungspolitiker zu den Paramilitärs haben ein tiefes Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen hinterlassen“. (S. 88) Für die Angehörigen, die sich gegen Landraub oder Großprojekte wehrten (Kleinbauern, indigene Gemeinden, soziale AktivistInnen), bedeutete *memoria* über viele Jahre hinweg nur eines: Widerstand und Opposition gegenüber dem Staat. Aus diesem Grunde sind neben den Formen des staatlichen Gedenkens auch immer wieder spezifische Formen der Wiederannäherung an die Verstorbenen (zum Beispiel Grabplatteninschriften für Ermordete und am Kummer Gestorbene, Pilgermärsche, Bootsprozessionen mit riesigen Portraits den Río Cuca herunter) zu finden. Im Beitrag wird auch danach gefragt, inwiefern sich Opferangehörige mit Mahnmalen identifizieren können oder sollen, etwa wenn diese von damaligen Tätern gestiftet wurden – oder wie sich eine Pastora, die selbst zwei erwachsene Kinder verlor, um Versöhnung in Trujillo (San Carlos) bemüht, da Opfer- und Täter-Zugehörigkeiten mitten durch die Familien und den Ort verliefen. Thematisiert wird auch das Recht auf Nichtverzeihen.

Ein Beitrag untersucht, wie sich Menschen ihren toten Angehörigen nähern können, von denen keinerlei menschliche Reste verblieben. Erzählt wird von einem „Suppenkoch“, der erklärte, dass er an zwei Orten Leichen in Säure auflöste. Das führte, so die Reporterin Marcela Turati, zur völligen Verzweiflung der Familienangehörigen, welche auf die Überreste ihrer Angehörigen hofften. Ihr Versuch, irgendwie mit der Tatsache umzugehen, dass von ihren Angehörigen keine physischen Spuren mehr zu finden waren, führte zu einer ungewöhnlichen Bewältigungsarbeit: Die Trauernden schrieben an den Stätten der Säurebottiche ihre Fragen an die Wände, verwandelten diesen Ort des Grauens zu einem künstlerischen Ort des Erinnerns, der symbolisch alle dort Ermordeten repräsentieren sollte.

Aufarbeiten und Erinnern

Eindrücklich erinnere ich mich an Marcela Turatis Artikel. „Der Horror kommt erst beim Schreiben“. Nach ihrer eigenen psychischen Verfassung bei ihrer Recherche befragt, schreibt sie, dass es ihr letztlich wie all denjenigen gehe, die grausame Menschenrechtsverletzungen akribisch recherchieren und selbst Morddrohungen erhalten: Sie spüre Anfälle anhaltender Traurigkeit, Wut, Allein-Sein-Wollen, Nicht-Rausgehen-Wollen, Paranoia, Angst- und Panikzustände, und auch Bauch- und Schulterschmerzattacken, die sie an eine für sie bedrohliche Situation bei einem Interview mit Tätern erinnern. Bemerkenswert konstatiert eine kolumbianische Reporterin, dass man auch auf die Lücken in der Erzählung hören muss. Ginna Morelo legt ihr Vorgehen bei Interviews mit Hinterbliebenen offen und weist auf langfristige Prozesse mit eigener harter Recherche hin. Dieser Journalismus der Erinnerungsarbeit fordere die eigene Emotionalität, Sinnlichkeit und das Mitempfinden extrem heraus, damit die Angehörigen das Gefühl der gleichen Augenhöhe haben. Sie spricht von wiederholten Begegnungen mit Angehörigen, die der Ermordung von Frauen und Kindern zusehen mussten, und der Zeit, die sie ihnen zum Erzählen und Erinnern lässt. Liebevoll erzählt sie von ihrer besonderen Beziehung zu ihrem Gesprächspartner Gildardo, der 13 Angehörige verlor, die Toten abholte und bestattete. Er wurde ihr Mentor in der Betrachtung der Dinge. Nachdem sie schließlich von seiner Ermordung erfuhr, fühlt sie sich wie gelähmt und konnte nur schwer wieder zurück in ihre Arbeit finden. Sie setzte Gildardo wegen seiner unbedingten Hoffnung, Geradlinigkeit und Menschenwürde im Artikel ein Denkmal. Nach ihrem Rückzug rappelte sie sich wieder auf. Was treibt sie an? Wohl eine trotzig, widerborstige Mischung – nicht aufgeben zu wollen, um den Angehörigen und den Opfern zu ihrem Recht zu verhelfen und um wohlmeinenden Aufforderungen zum Selbstschutz und dem Ende der Recherchen nicht nachzugeben.

Der El Salvadorianer Óscar Martínez interviewt Täter. Sein Credo ist: „Es macht nicht viel Sinn, ein Weinen zu beschreiben, wenn damit kein Ziel verbunden ist“. (S.136) Er beschreibt Beispiele der Kontaktnahme mit Tätern und die eigene Gefahr, in der er dabei selbst schwebt. Er erklärt, warum

er über Täter und ihre Taten schreibt, und erläutert seine Prinzipien (Ehrlichkeit, Respekt, Realismus) und der unbedingte Wille, die Informationen exakt zu recherchieren und sie einer möglichst großen Leserschaft zugänglich zu machen. Seiner Auffassung nach lernen andere Menschen aus dem Verhalten der Täter.

Entlarvt wird das „Bäckerei -Wunder“ in Acajutla, dem Waffenstillstand zwischen El Salvador's Jugendbanden. Es wird erkannt, dass die Gesetze der Mara Salva Trucha weiterhin gelten. Faktenreich wird außerdem die Tödlichkeit des Transits durch Mexiko erörtert. Mit bisher 120.000 Ermordeten und Verschwundenen wurde Mexiko zum Massengrab für TransitmigrantInnen aus Zentralamerika. Beschrieben werden repressive Migrationspolitik, korrupte Beamte und kriminelle Banden als Verantwortliche des Terrors gegen MigrantInnen auf ihrem Weg in die USA. Der Text macht auf Mütterkarawanen auf der Suche nach den Verschwundenen aufmerksam, die tausende Kilometer durch Mexiko laufen und in Gefängnissen sitzenden MigrantInnen helfen. Am Beispiel einer autonomen Gefängnisverwaltung durch einen noch nicht verurteilten Gewalttäter werden exemplarisch die Zustände in mexikanischen Knästen dargelegt. Das lässt Kräfteverhältnisse im Land erahnen, die Korruption, die Schwäche, die Mitverantwortung der Politik und der Institutionen und die Machtverhältnisse zwischen gewaltsamen Gruppen. Weitere Artikel diskutieren Chancen zur Gewalteinämmung in Mexiko, beispielsweise durch internationalen Druck auf Politik und Justiz oder die Kontrolle oder Abschaffung der Rüstungsexporte, wie etwa von Heckler und Koch.

Das Buch wird unbedingt zum Lesen empfohlen, denn es gibt Aufschluss über die aktuellen Geschehnisse in Mexiko und macht auf den Umgang und die Aufdeckung unterschiedlicher Formen von Terror in anderen Staaten Südamerikas aufmerksam. Es zeigt, was passiert, wenn staatliche Hoheit von den Interessen von Drogenmafia und transnationalen Konzernen unterlaufen wird und erörtert die erheblichen Folgen für die Hinterbliebenen, von denen viele sich nicht mit dem Schweigen über die Opfer abfinden wollen, und deshalb widerständig – bei Todesbedrohung für ihr eigenes Leben – ihre eigenen Toten und fremde Tote ehrwürdig bestatten und sie nicht allein lassen.

Anne Huffschmid, Wolf-Dieter Vogel, Nana Heidhues, Michael Krämer (Hg.) 2015:
TerrorZones. Gewalt und Gegenwehr in Lateinamerika.
Assoziation A, Berlin/Hamburg.
ISBN: 978-3-86241-447-5.
251 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Ena Bonar: Die dunklen Seiten des Menschseins. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1336>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Interessen und Ideale



Meinhard Creydt
**Der bürgerliche Materialismus
und seine Gegenspieler**
Interessenspolitik, Autonomie
und linke Denkfallen

Meinhard Creydt

Der bürgerliche Materialismus und seine Gegenspieler
Interessenspolitik, Autonomie und linke Denkfallen

*Eine Analyse der antagonistischen Kooperation von kapitalistischer
Wirtschaft und politischer „Vernunft“ und Ethik.*



Rezensiert von [Kai Paulsen](#)

Rechte und Linke geißeln gern die eigennützige Krämermentalität von Bürgern: Sie nähmen alles durch die Verkleinerungslinsen einer Gewinn- und Verlustrechnung wahr. Diesseits von Moralien und Ressentiments analysiert der vorliegende Band die Rationalität und die Grenzen des „bürgerlichen Materialismus“. Bürgerliche Materialisten beziehen sich auf „ihren“ Arbeitsplatz, auf den Erfolg „ihres“ Betriebs, auf die Rendite ihrer Geldanlage sowie auf das Florieren „unserer“ Wirtschaft als Bedingung dafür, ihre Interessen realisieren zu können. Meinhard Creydt arbeitet in seinem Buch den Unterschied zwischen dieser Perspektive der handelnden Akteure im kapitalistischen Wirtschaftsgeschehen und dessen objektiven Eigenlogiken, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten heraus. Wer diese Unterscheidung unterlasse, so die Position des Autors, komme zu politisch folgenschweren Fehleinschätzungen, erhebe beispielsweise „die Kapitalisten“ oder den Staat zum Souverän der Gesellschaft oder setze übertriebene Hoffnungen auf Verteilungskämpfe.

Der bürgerliche Materialismus bleibt Creydt zufolge unverstanden, solange nicht die Alternativen zu ihm durchgearbeitet werden. Diese schreiben häufig der modernen bürgerlichen Gesellschaft die Leistung oder den Auftrag zu, die kapitalistische Ökonomie zu zivilisieren. Das Anliegen ist dann, die Raubtierenergie des Tigers nutzen *und* ihn zugleich zähmen zu wollen. Letzteres sei die Aufgabe von Politik, Vernunft und Ethik. Unter Vermeidung von Reduktionismus und Funktionalismus widmet sich der Autor den Logiken der bürgerlichen Politik, der Denkweise der geistes- und sozialwissenschaftlichen Rationalität sowie den Konsequenzen einer Ethik des menschlichen Selbstwerts. Zum Thema wird die zumeist friedliche Koexistenz dieser drei Praxen mit dem bürgerlichen Materialismus. Der Autor beschreibt den bürgerlichen Materialismus und seine Gegenspieler als Wunschgegner. In ihren Horizonten bleibt befangen, wer sie gegeneinander ausspielt. Diese Gegnerschaft versperrt die notwendige Erweiterung des Horizonts. Der Band entwickelt eine Perspektive, die es erlaubt, über den Dualismus zwischen dem bürgerlichen Materialismus und seinen Gegenspielern hinauszugehen. Creydots Arbeit ist ein Beitrag zu einer Gesellschaftstheorie, die analysiert, wie die Einheit der verschiedenen Diskurse, Bereiche und Momente der Gesellschaft erst durch ihre Gegensätze funktioniert. Vermeintliche Kritik an der Gesellschaft stellt sich häufig als Kritik vom Standpunkt einer Sphäre der Gesellschaft an der anderen heraus. Eine solche Kritik bekommt das Gefüge der verschiedenen Gesellschaftsbereiche nicht in den Blick. Was als Kritik auftritt, macht faktisch häufig bloß die komplementäre Seite zum Kritisierten geltend, bildet dessen (Über-)Kompensation oder verselbständigt und verabsolutiert ein Moment des Kritisierten, das in ihm zu kurz kommt.

Im Unterschied zur Vorstellung vom Kapital als Mittel der Reichen zeigt der Verfasser, wie auch letztere der Eigenlogik des kapitalistischen Wirtschaftens unterworfen sind. Creydt kritisiert die

Verwechslung von Kapitalismuskritik mit Reichenkritik (Kapitel 1 und 5). Im Unterschied zu Hoffnungen auf eine Radikalisierung von Verteilungskämpfen „von unten“ arbeitet der Verfasser heraus, wie im vermeintlichen Sinn der Wahrung eigener Interessen auf ihre allzu kämpferische Durchsetzung verzichtet wird (Kapitel 2). Kapitel 3 arbeitet die „Grundzüge des den Kapitalismus akzeptierenden oder positiv wertschätzenden Bewusstseins“ (S. 53) heraus. Viele Linke entwickeln – so Creydt – wenig Aufmerksamkeit dafür, wie das in der Bevölkerung vorherrschende Bewusstsein allerhand Protest absorbiert und wie sich dieses Bewusstsein überwinden lässt. Der Verfasser kritisiert Vorstellungen, die dem Staat gegenüber der kapitalistischen Ökonomie zu viel Macht und Steuerungsmöglichkeiten zubilligen (Kapitel 4). Diese Vorstellungen finden sich zugleich bei reformistischen Linken *und* bei Pseudoradikalen wie dem Gegenstandpunkt-Netzwerk. Die linke Wertschätzung des Politisierens und des Rationalismus wird in Kapitel 9 bis 12 dargestellt und kritisiert. Ebenso das bei Linken beliebte Vorgehen, Vorstellungen von „Selbstzweck“ und „Menschenwürde“ gegen die bürgerliche Gesellschaft zu wenden, also deren Ideale gegen ihre Wirklichkeit auszuspielen.

Der Autor analysiert, wohin Politik ohne Kritik des Politisierens führt. „Imaginiert wird im Politisieren so etwas wie der erhöhte Standort des Feldherrn. Der zugehörigen Wahrnehmung ist eine Enthebung eigen“ (Creydt, S. 153). Das Politisieren gehe mit der „Stilisierung des Individuums zum Subjekt voll ‚eingebildeter Souveränität‘ und ‚unwirklicher Allgemeinheit‘ einher (Marx). Für die vom Politischen Erfüllten hat sich die politische Befreiung schon ereignet – im Citoyen-Enthusiasmus“ (ebd.). Nicht zuletzt an DDR und Sowjetunion macht Creydt weiterhin die Probleme deutlich, die mit einer Umerziehung der Bevölkerung und der Ambition verbunden sind, die angestrebte nachkapitalistische Gesellschaft vom Staat aus zu lenken und ihn als Spitze und Zentrum des Gemeinwesens aufzufassen. Im Kleinen findet sich diese Herangehensweisen auch im Wunschtraum von Ideologiekritikern, von denen im Folgenden noch die Rede sein wird. Sie möchten durch ständige Kritik der Ideologien die Bevölkerung erziehen. Sie imaginieren sich wie in Platons Modell als die geistig Besten oder als den „Lehrstand“, der die Masse regiert. „Wir machen uns eine große Autorität in der Kritik, hinreichend, um kritische Diktatoren werden zu können“ (Friedrich Schlegel).

An den allseits geschätzten Werten der Autonomie und des menschlichen Selbstwerts zeigt der Autor, wie diese zu eigenen Problemen führen. Die Menschenwürde stellt schon bei Kant eine die irdische Wirklichkeit übersteigende Substanz dar. Sie klammert die Sinne und Fähigkeiten, die Bedürfnisse und Interessen, den sozialen Austausch und gesellschaftlichen Stoffwechsel sowie dessen Gestaltung aus. Die Menschenwürde betrifft nicht das empirische Individuum, sondern seinen Status als Rechtssubjekt. Creydt nutzt Kants Position als Darstellung der mit der Menschenwürde verbundenen Denkweise. „Das empirische Individuum ist der Heteronomie unterworfen, es folgt Neigungen und Nützlichkeiten. Das ideale oder eigentliche Selbst ist autonom, und das heißt, es folgt der Idee von sich, der eigenen Gesetzgebung“ (Creydt, S. 199). Zwar widerspricht das moderne Konzept der Menschenwürde dem totalitären Projekt der moralisch-politischen Erziehung (zum „neuen Mensch“), spielt aber das, was an „dem“ Menschen als das Eigentliche, Höhere und Wesentliche ausgegeben wird, auf andere Weise gegen die empirisch vorfindlichen Individuen aus. Allerhand erscheint nun als unwesentlich für die Menschenwürde. Massive Schädigungen der empirisch vorfindlichen Menschen gelten dann als nicht zu beanstanden, wenn sie den menschlichen Kern *nicht* infrage stellen. Creydt demonstriert dies am Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1977 zur lebenslangen Haftstrafe. Sie gilt – in Kontinuität zur Trennung zwischen Seele und Körper – dem Gericht als unproblematisch, müsse doch der Häftling die Hoffnung auf Wiedererlangung der Freiheit nicht aufgeben.

Der Autor vertieft seine Auseinandersetzung mit der Einheit und dem Gegensatz zwischen dem bürgerlichen Materialismus und seinen Gegenspielern durch eine kritische Analyse gängiger linker Diskursfiguren. Als Material dafür wählt der Verfasser häufig Argumentationen der Zeitschrift „Gegenstandpunkt“ und ihr nahestehender Autor_innen. Diese in ihrer unermüdlichen Bildungsarbeit nicht zu unterschätzende ideologiekritische Strömung ist bei vielen Linken

unbeliebt. Der Verfasser zeigt in einer fairen Auseinandersetzung: Vom Extrem des schwarzen Schafs fallen Licht und Schatten auf die Denkweisen der weitverzweigten linken „Familie“. Für Creydt bilden die „Marxistische Gruppe“ beziehungsweise das Netzwerk um die Zeitschrift „Gegenstandspunkt“ wie in einer Versuchsanordnung den Fall, in dem viele der auch von anderen Linken vertretenen problematischen Positionen sich in seltener Reinheit artikulieren. Die Auseinandersetzung mit diesen linken Denkfallen bildet nicht das Hauptthema des Bandes, zieht sich aber wie ein roter Faden durch ihn hindurch.

Die komplexe Materie und ihre vielfältigen Bezüge hat der Autor gründlich durchgearbeitet. Die Darstellung ist didaktisch gut aufbereitet und regt die Leselust an. Der Band verdeutlicht die Spannweite der Thematik mit vielfältigen Beispielen. Er bietet immer wieder Stoff an, der es dem Leser erleichtert, die Argumente zu durchdenken und zu prüfen. Das Buch ist frisch und mit Witz formuliert. Der Verfasser zeigt überzeugend, wie viel von dem analysierten Thema abhängt – in Bezug auf das Nachdenken über die kapitalistische Gesellschaft, die Gesellschaftsveränderung und die nachkapitalistische Gesellschaft.

Meinhard Creydt 2015:

Der bürgerliche Materialismus und seine Gegenspieler. Interessenpolitik, Autonomie und linke Denkfallen.

VSA Verlag, Hamburg.

ISBN: 978-3-89965-654-1.

245 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Kai Paulsen: Interessen und Ideale. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/2016. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1331>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Die große Expansion des kapitalistischen Weltsystems



Immanuel Wallerstein

Das moderne Weltsystem III

Die große Expansion. Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert

Wallerstein erzählt die Geschichte der politisch-ökonomischen Expansion des kapitalistischen Weltsystems im langen 18. Jahrhundert.

Rezensiert von [Christin Bernhold](#) und [Christian Stache](#)

In seinem vierteiligen magnum opus erzählt Immanuel Wallerstein die Geschichte seit dem 15. Jahrhundert als Historie des kapitalistischen Weltsystems. Nach dem Übergang vom Feudalismus zur europäischen Weltwirtschaft (1450-1600, Band I) und dem niederländischen Hegemoniezyklus (1600-1750, Band II) wird die große Narration im dritten Band mit der politisch-ökonomischen Expansion der Weltwirtschaft unter britischer Hegemonie zwischen 1750 und 1850 fortgesetzt.

Die britische Hegemonie

Im Zentrum des kapitalistischen Weltsystems endete zwischen dem Frieden von Paris 1763 und 1815 die „letzte Phase des fortwährenden und offenen Ringens zwischen den beiden Anwärtern auf die Hegemonie“ (S. 80), Frankreich und Großbritannien. Der Siebenjährige Krieg markierte Wallerstein zufolge einen „Wendepunkt“ (S. 102) im Kampf um die Vorherrschaft, der den geringfügigen englischen Vorsprung (starker Staat und das Kolonialreich als Zulieferer und Absatzmarkt) in deutliche Vorteile verwandelt.

Der Krieg festigte die „Unterminierung der französischen Ökonomie in zwei entscheidenden Bereichen“ (S. 102): Erstens wurde der Komplex aus Handel und Industrie an der Atlantikküste ausgebremst und zweitens glitt der französische Staat in eine Verschuldungsspirale. Wallerstein beschreibt detailliert, wie vor allem Großbritanniens Baumwollindustrie derweil „auf Kosten aller anderen Länder [...] einen plötzlichen Anstieg der relativen Produktionseffizienz“ (S. 112) erreichte und unter dem Protektionismus des starken englischen Staates gedieh. Die 1780er-Jahre waren „das goldene Jahrzehnt britischen industriellen Wachstums“ (S. 121). Der französische Staat wurde darüber hinaus durch den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg geschwächt. Die Unterstützung der England untreuen Nordamerikaner machte den Trend zur Staatsverschuldung endgültig zu einem akuten Problem: Frankreich ging dem Bankrott entgegen. Außerdem wurde der Streit zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb des französischen Staates über den Umgang mit der drohenden Niederlage gegen England nicht gelöst. Vielmehr gipfelte er in der Französischen Revolution. Schritt für Schritt kam es so zu „einer beträchtlichen Vergrößerung der französisch-britischen Disparitäten“ (S. 122). Großbritannien gewann bis 1815 endgültig die Oberhand in Produktion, Handel und Finanzwesen und errang somit die Hegemonie im kapitalistischen Weltsystem.

Die Ausdehnung der europäischen Weltwirtschaft

Mit der ökonomischen Expansion der Weltwirtschaft im 18. Jahrhundert kam es zu einem „bedeutsamen Inkorporierungsschub“ (S. 181): Neben Indien, dem kolonialen Sprungbrett für den Erfolg der britischen Verknüpfung von Handel und Industrie, wurden zwischen 1750 und 1850 das Osmanische Reich, das Russische Reich und Westafrika in die Arbeitsteilung des kapitalistischen Weltsystems eingegliedert. Anhand dieser vier Beispiele entfaltet Wallerstein sein „Verlaufsmodell“ für den Inkorporierungsprozess: die neuen Gebiete sind der Weltwirtschaft erst äußerlich (externe Zonen), werden dann integriert und in Semiperipherien oder Peripherien des kapitalistischen Weltsystems verwandelt. Dieses Modell habe sich wiederholt, bis „an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert schließlich der gesamte Globus in die kapitalistische Weltwirtschaft einbezogen“ (S. 184) worden war.

Vor ihrer Eingliederung exportierten Indien, Russland, das Osmanische Reich und Westafrika Luxusgüter in die europäischen Zentren. Die Stärke ihrer politischen Organisation, die die Kontrolle über den Außenhandel einschloss, sorgte dafür, dass sie unabhängig vom kapitalistischen Weltsystem bleiben konnten. Die Zentren waren jedoch nun dazu in der Lage, diese „monopolistische Barriere“ (S. 192) niederzureißen. Den einsetzenden Inkorporierungsprozess sieht Wallerstein in der „unbedingten Notwendigkeit der Weltwirtschaft“ begründet, „ihre Grenzen auszudehnen“ (S. 184). „Bedeutsame Produktionsprozesse“ an allen vier Standorten wurden bis spätestens 1850 (in Westafrika vielleicht etwas später) zum „integralen Bestandteil von mehreren jener Warenketten“ umgewandelt, „welche die fortlaufende Arbeitsteilung der kapitalistischen Weltwirtschaft ausmachen“ (S. 185).

Im Zuge ihrer Inkorporierung sind auch die politisch-ökonomischen Strukturen der Neulinge verändert worden. Die (Semi-)Peripherien wurden zu Rohstoffexporteuren für die Zentren und zugleich zu Importeuren von deren Fertigerzeugnissen. Dies schließt auch eine gezielte Deindustrialisierung ein, im Falle Indiens etwa die Zerstörung der einheimischen verarbeitenden Textil-Industrie. Außerdem wurden in den neuen Peripherien ökonomische Großeinheiten in der Primärproduktion geschaffen oder im Handel mit den Primärgütern an den „Flaschenhälsen der Warenströme“ (S. 220) positioniert. In Indien entstanden die Indigo-Plantagen, im Osmanischen Reich die „plantagenähnlichen çiftlik“ (S. 222) für die Baumwoll- und Maisproduktion und in Westafrika Palmölplantagen, wo sich zudem einer der „Flaschenhälse in der Vertriebs- und Verkaufsstruktur“ (S. 224) für den weltweiten Sklavenhandel bildete. Im Zuge der „Einbindung der jeweiligen Produktionssphäre in die Warenketten der Weltwirtschaft“ (S. 241) wurde schließlich die „verstärkte Anwendung von Zwang gegen die Arbeitskraft“ (S. 241) forciert. In Russland erlebte zum Beispiel Ende des 18. und Mitte des 19. Jahrhunderts die „barshina“, die drückendste Form Leibeigenschaft durch Fronverpflichtung, ihre Hochzeit.

Die „zunehmende Einbindung in die Produktionsnetzwerke der Weltwirtschaft“ (S. 261) wurde von der „Einflechtung der jeweiligen politischen Strukturen in das Staatensystem“ (S. 247) begleitet. Die sich entwickelnden Staatsapparate durften aus der Sicht „des bestehenden Staatensystems weder zu stark noch zu schwach sein“ (S. 247). Nach innen konnten sie den Produktionsprozess beeinflussen und nach außen die Integration ins internationale Währungssystem sowie die Interaktion mit den diplomatischen Netzwerken des Staatensystems gewährleisten. In Indien verschwinden zum Beispiel das Mogulreich und andere kleine staatliche Einheiten zugunsten eines einheitlichen Kolonialstaats. Allein dem Russischen Reich gelang es, die Peripherisierung zumindest abzufedern. Durch ökonomische Zugeständnisse an Großbritannien, den gleichzeitigen Aufbau eines starken Staatsapparats mit einer großen Armee und die Expansion im Osten erkämpfte sich Russland den Status einer Semiperipherie.

Ein Jahrhundert ohne Revolutionen?

In der Ideal-Standard-Interpretation ist das lange 18. Jahrhundert ein Jahrhundert der Revolutionen: der großen Französischen, der industriellen in Großbritannien und der antikolonialen in den Amerikas. Einen „plötzlichen, dramatischen und weit reichenden Wandel“

(S. 7), mit dem vor allem „Diskontinuität“ (S. 7) betont werde, hat es im kapitalistischen Weltssystem seit dessen Konstitution im 15. Jahrhundert bis 1850 laut Wallerstein allerdings nicht gegeben. Denn „keine der großen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts“ habe eine „grundlegende Herausforderung“ (S. 371) für das kapitalistische Weltssystem dargestellt. „Vielmehr“, so Wallerstein weiter, „bedeuteten sie dessen weitere Konsolidierung und Verfestigung.“ (S. 372)

Die industrielle Revolution beispielsweise sei weniger ein einzigartiger Prozess der Entwicklung technischer (bessere/neue Maschinen und Mechanisierung) und humaner (Fabrik als neue Organisationsform) Produktivkräfte gewesen. Vielmehr solle man die Entwicklung „als Re-Urbanisierung und Re-Konzentration der führenden Industrien sowie als Bestrebung“ verstehen, „den Größenmaßstab der Produktion (scale)“ (S. 111) durch „verstärkte Mechanisierung des Produktionsprozesses“ (S. 84) zu erhöhen.

Auch die Französische Revolution ist laut Wallerstein vom Standpunkt der kapitalistischen Weltwirtschaft aus „weder eine grundlegende ökonomische noch eine grundlegende politische Transformation“ (S. 78) gewesen. Das Bürgertum habe sich nicht an die Macht gekämpft. Es hatte sie seit der Konstitution des kapitalistischen Weltsystems inne. Analog zur englischen Revolution hätten vielmehr verschiedene Fraktionen „innerhalb der Bourgeoisie“, die als Aristokratie und Bourgeoisie erschienen, einen „heftigen Kampf“ (S. 144) um die „Reformen des französischen Staatswesens“ (S. 160) geführt. Daher sei es auch unzutreffend, die Französische Revolution als bürgerlich oder liberal zu klassifizieren. Sie habe vielmehr den Moment angezeigt, an dem „der ideologische Überbau den Anschluss an die ökonomische Basis“ (S. 78) gefunden habe. Die „kulturell-ideologische Sphäre“ sei „endlich in Einklang mit der ökonomischen und politischen Realität“ (S. 161) gebracht worden. Diese „Revolution [...] im Bereich der Werte“ (S. 57, Fußnote 171) zeige daher auch nicht „den Beginn der bürgerlich-kapitalistischen Epoche an, sondern den Zeitpunkt ihrer vollständigen Reifung“ (S. 162).

Die siedlergetragene Dekolonisierung der Amerikas, Wallersteins Begriff für die Unabhängigkeitsbewegungen in Nord- und Südamerika, stuft er als „eine wirklich bemerkenswerte Umgestaltung des Staatensystems“ (S. 276) ein. Es habe sich aber lediglich um einen zeitweilig mit Waffengewalt ausgetragenen Streit zwischen den Kapitalisten beiderseits des Atlantiks darüber gehandelt, „wie die Einkünfte innerhalb der Elite verteilt werden sollten“ (S. 277). Die europäischen Siedler, die im Laufe der Zeit die Landwirtschaft und vor allem den Handel in den Kolonien dirigierten, waren bestrebt, ihren Anteil auf Kosten der Kolonialherren zu vergrößern.

Die siedlergetragene Dekolonisierung sowohl der Vereinigten als auch der lateinamerikanischen Staaten hat laut Wallerstein aber zweierlei eindeutig gezeigt. Erstens sorgen die ökonomischen Strukturen des kapitalistischen Weltsystems stets dafür, dass die nationale politische Unabhängigkeit bloß eine relative bleibt. Die neuen Mitglieder im internationalen Staatensystem sahen sich alle „auf die eine oder andere Weise der politisch-ökonomischen Bevormundung durch die neue Hegemonialmacht Großbritannien ausgesetzt“, wenngleich es den Vereinigten Staaten auch gelang, „die Rolle eines Statthalters (und damit eines potenziellen, später tatsächlichen Rivalen) einzunehmen“ (S. 371).

Zweitens mussten die Subalternen erkennen, dass der Kampf für die nationale Unabhängigkeit nicht zwingend ein Garant für soziale Verbesserungen sein muss. „Die Volksbewegungen“ in den Amerikas – der Indianer im Norden, der Sklaven, Schwarzen, Mulatten usw. im Süden – „wurden unterdrückt und durch die politischen Transformationen eher eingeschränkt denn entfesselt“ (S. 372).

Revolten und die erste antisystemische Revolution

Dennoch ist die Beteiligung der Ausgebeuteten an den Klassenkämpfen jener Zeit für Wallerstein

keineswegs vergebens oder für die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems unbedeutend gewesen.

Indigene Aufstände in Spanisch-Amerika, wie zum Beispiel unter der Führung Túpac Amarus II. 1780 bis 1783 in Peru, zählten zu einem der wesentlichen Motive für die Ausbildung der Unabhängigkeitsbewegungen. Sie hätten die kreolischen Siedler zum Handeln gezwungen. Gleichzeitig habe die Angst eben jener kreolischen Siedler infolge der „erfolgreichsten Sklavenrebellion in der Geschichte des kapitalistischen Weltsystems“ (S. 349) und der „Gründung der ersten schwarzen Republik“ (S. 347) auf St. Domingue/Haiti 1804 aber auch die Loslösung der spanisch-amerikanischen Kolonien verzögert. Die schwarzen Sklaven Haitis und die „indianische Landbevölkerung“ (S. 318), die den Kern der indigenen Revolten stellten, mussten zur Kenntnis nehmen, dass auf die neuen Herren Amerikas weder im antikolonialen Kampf noch in der postkolonialen Gesellschaft Verlass war. Haiti wurde international isoliert, während die „soziale Polarisierung“ (S. 344) in den Amerikas sogar zunahm.

Das Pendant zu diesen Aufständen in der (Semi)Peripherie war „die erste bedeutende antisystemische (d.h. antikapitalistische) Bewegung der Geschichte des modernen Weltsystems“ (S. 161) im Zentrum – die Revolution innerhalb der Französischen Revolution. Die „französischen Volksmassen“ (S. 161), Bauern und Sansculotten, wehrten sich gegen die „kapitalistische Offensive“ (S. 149), welche die Französische Revolution darstellte. Sie lehnten das Reformprogramm der „kapitalistischen Schichten“ (S. 151) ab, das darauf abzielte, die kollektiven Rechte der Bauern aufzuheben – was gleichbedeutend mit der Proletarisierung der Bauern war. Stattdessen forderten sie Brot und politische Rechte. Als Volksaufstand sei die Revolution „freilich ein Misserfolg“ gewesen, der aber die „intellektuelle Grundlage für alle nachfolgenden antisystemischen Bewegungen“ (S. 161) bilden sollte.

Wallersteins ungetrübter Blick auf die Verdammten dieser Erde in den Peripherien und die Ausgebeuteten in den Zentren, auf die beschränkte Reichweite der Revolutionen und auf ihre Funktionalität für die Entwicklung des Weltsystems im langen 18. Jahrhundert ist die große Stärke des dritten Bandes.

Immanuel Wallerstein 2004:

Das moderne Weltsystem III. Die große Expansion. Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert.

Promedia, Wien.

ISBN: 3-85371-223-1.

463 Seiten. 34,90 Euro.

Zitathinweis: Christin Bernhold und Christian Stache: Die große Expansion des kapitalistischen Weltsystems. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016, Antiimperialismus global. 43/ 2017. URL: <https://www.kritisch-lesen.de/c/1330>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:22.

Notizen aus der Redaktion

Kleiner Augenschmaus

Neben Bauchnabelpiercings, DJ Bobo und Seidentuchmalerei sind 3-D-Bilderbücher eine der vielen Merkwürdigkeiten, die die 1990er Jahre hervorgebracht haben. Menschen, die mit starrem Blick ihre Nase in Ansichtsexemplare versenkten, die Titel wie „Magic Eye“ oder „Phantastische Illusionen“ trugen, gehörten damals zum Inventar der Buchhandlungen. So auch ich. Leider zähle ich zu den Personen, denen dabei nie ein triumphierendes „Aha, ein Elefant!“ entwich. Für mich sind psychedelische Farbkringel und bunte Schlangenlinien immer Kringel und Linien geblieben. Ich war wohl eher der Batik-T-Shirt-Typ (eine weitere Merkwürdigkeit). Umso entzückter war ich, als ich erstmalig die „Optischen Enttäuschungen“ des Hallenser Designer-Duos Willy Dumaz und Ingo Hofmeister in der Auslage der Buchhandlung meines Vertrauens erspähte. Hier ist für jeden ein glänzendes Misserfolgs-Erlebnis dabei! Lustig dahingekrakter Nonsens inklusive entsprechender Lektüeranweisungen („Riechen Sie an dem Papier. Es riecht nach Papier!“) zaubern ein Lächeln auf das Gesicht aller von Alltag und permanenter Sinnsuche ermüdeten Menschen. Das Ganze handlich, dezent und unschlagbar günstig im pappeingebundenen Westentaschenformat. Umwelt und Geldbeutel danken! „Optische Enttäuschungen“ sind die Faust aufs Auge des Deutungsdrangs und guten Geschmacks und machen einfach Spaß. Offensichtlich nicht nur mir, denn neben den mittlerweile als Reihe erschienenen „Enttäuschungen“ sind brandneu außerdem die „Verbluffenden Verfindungen“ von Dumaz und Hofmeister erschienen – wie gewohnt versehen mit einem Warnhinweis von Willys Mutter: „Dieses Buch enthält viele patente Patente, die oft NUR AUF DEN ERSTEN BLICK zu einer Anmeldung taugen.“ Infos gibt es [hier](#). (S. B.)

EU-Kritik mit links

Z - Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 104, Dezember 2015: Griechenland, EU und die Linke. 226 S., 10 Euro.

Spätestens als sich im Sommer vergangenen Jahres die griechische Linkspartei SYRIZA dem von Deutschland diktierten Sparprogramm unterwarf, entbrannte in der europäischen Linken eine heftige Diskussion. Den Ausstieg aus der EU und dem Euro forderten die Einen; ein Europa von unten, vielleicht sogar im Rahmen der bestehenden Institutionen, die Anderen. Der aktuelle Schwerpunkt der Z, der Zeitschrift für marxistische Erneuerung, knüpft an die Diskussion an. Beleuchtet werden etwa SYRIZAs Strategie während der Verhandlungen, die Potenziale möglicher europaweiter Protestbewegungen und die Frage, ob sich ein Grexit für weite Teile der griechischen Bevölkerung überhaupt lohnen würde. Aus den rundum lesenswerten Beiträgen sticht einer heraus: Nico Biver zeigt detailliert auf, wie sich die soziale Basis der linken Parteien fundamental geändert hat. So entwickelte sich SYRIZA binnen weniger Jahre von einer Intellektuellen- zu einer Volkspartei. Das Problem: Der Partei fehle es an der gesellschaftlichen Verankerung, was sich in der vergleichsweise geringen Mitgliederzahl ausdrücke. Auch ein Blick auf die Beiträge außerhalb des Schwerpunkts lohnt sich. So überzeugen insbesondere die Artikel von Gerd Wiegel und John Lütten. Ersterer befasst sich mit der AfD, letzterer mit dem Zusammenhang von Struktur, Handlung und Herrschaft. Lütten argumentiert überzeugend für einen Marxismus, der Klassenverhältnisse ins Zentrum von Analyse und Praxis stellt. (S. F.)

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2019 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.